

Bundesgesetzblatt ¹³

Teil II

Z 1998 A

1984

Ausgegeben zu Bonn am 3. Februar 1984

Nr. 2

Tag	Inhalt	Seite
23. 1. 84	Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten an den Internationalen Zinnrat nach dem Sechsten Internationalen Zinn-Übereinkommen vom 26. Juni 1981 <small>neu: 180-34</small>	14
3. 1. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Jamaika über Technische Zusammenarbeit	54
3. 1. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzübereinkommens über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken	57
4. 1. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Niger über Finanzielle Zusammenarbeit	58
5. 1. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen	59
6. 1. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Elfenbeinküste über Finanzielle Zusammenarbeit	60
9. 1. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins	61
10. 1. 84	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zusatzübereinkommens zum deutsch-liechtensteinisch-österreichisch-schweizerischen Übereinkommen im Bereich der Sozialen Sicherheit	62
10. 1. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum	62
11. 1. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung	63
11. 1. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt	63
11. 1. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Bundesrepublik Komoren über Finanzielle Zusammenarbeit ...	64
11. 1. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über technische Handelshemmnisse	66
12. 1. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums	66
12. 1. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Übereinkunft zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel	67
12. 1. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation	67
13. 1. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Genfer Fassung des Abkommens von Nizza über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken	68

Mit dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes wird den Abonnenten die Neuauflage des Fundstellennachweises B, Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR, abgeschlossen am 31. Dezember 1983, gesondert übersandt.

**Verordnung
über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten an den Internationalen Zinnrat
nach dem Sechsten Internationalen Zinn-Übereinkommen vom 26. Juni 1981**

Vom 23. Januar 1984

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (BGBl. 1954 II S. 639), der durch das Gesetz vom 16. August 1980 (BGBl. II S. 941) neu gefaßt wurde, verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Für die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten an den Internationalen Zinnrat gilt das Sechste Internationale Zinn-Übereinkommen vom 26. Juni 1981. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 4 des in der Eingangsformel genannten Gesetzes vom 22. Juni 1954, der durch das Gesetz vom 28. Februar 1964 (BGBl. II S. 187) neu gefaßt wurde, auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 55 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 23. Januar 1984

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Sechstes Internationales Zinn-Übereinkommen

Sixth International Tin Agreement

(Übersetzung)

Preamble

The parties to this Agreement,

Recognizing:

- (a) The significant assistance to economic growth, especially in developing producing countries, that can be given by commodity agreements in helping to secure stabilization of prices and steady development of export earnings and of primary commodity markets;
- (b) The community and interrelationship of interests of, and the value of continued co-operation between, producing and consuming countries in order to support the purposes and principles of the United Nations and the United Nations Conference on Trade and Development and to resolve problems relevant to tin by means of an international commodity agreement, taking into account the role which the International Tin Agreement can play in the establishment of a new international economic order;
- (c) The exceptional importance of tin to numerous countries whose economy is heavily dependent upon favourable and equitable conditions for its production, consumption or trade;
- (d) The need to protect and foster the health and growth of the tin industry, especially in the developing producing countries, and to ensure adequate supplies of tin to safeguard the interests of consumers;
- (e) The importance to tin producing countries of maintaining and expanding their import purchasing power; and
- (f) The desirability of improving efficiency in the use of tin in both the developing and industrialized countries, as an aid to the conservation of world tin resources;

Have agreed as follows:

Chapter I

Objectives

Article 1

Objectives

The objectives of this Agreement are:

- (a) To provide for adjustment between world production and consumption of tin and to alleviate serious difficulties arising from surplus or shortage of tin, whether anticipated or real;
- (b) To prevent excessive fluctuations in the price of tin and in export earnings from tin;
- (c) To make arrangements which will help to increase the export earnings from tin, especially those of the developing producing countries, so as to provide such countries with resources for accelerated economic growth and

Präambel

Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –

von der Erkenntnis geleitet,

- a) daß Rohstoffübereinkommen erheblich dazu beitragen können, das Wirtschaftswachstum insbesondere der in Entwicklung befindlichen Erzeugerländer zu fördern, indem sie die Preisstabilität sowie eine stetige Entwicklung der Ausfuhrerlöse und der Rohstoffmärkte sichern helfen;
- b) daß die Gemeinsamkeit und der Zusammenhang der Interessen sowie die ständige Zusammenarbeit zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen und der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung dienen und durch ein internationales Rohstoffübereinkommen zur Lösung der Zinnprobleme beitragen, wobei die Rolle zu berücksichtigen ist, die dem Internationalen Zinn-Übereinkommen bei der Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zukommen kann;
- c) daß Zinn für zahlreiche Länder, deren Wirtschaft weitgehend von günstigen und gerechten Bedingungen der Zinnerzeugung, des Zinnverbrauchs oder des Zinnhandels abhängt, von außerordentlicher Bedeutung ist;
- d) daß es notwendig ist, das gesunde Wachstum der Zinnindustrie insbesondere in den in Entwicklung befindlichen Erzeugerländern zu schützen und zu fördern, um zur Wahrung der Interessen der Verbraucher eine ausreichende Versorgung mit Zinn zu gewährleisten;
- e) daß es für die Zinnerzeugerländer wichtig ist, ihre Einfuhrkraft zu erhalten und zu verstärken, und
- f) daß es wünschenswert ist, den Nutzeffekt der Verwendung von Zinn sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern im Hinblick auf die Erhaltung der Weltzinnvorkommen zu verstärken –

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel I

Zielsetzung

Artikel 1

Zielsetzung

Ziel dieses Übereinkommens ist es,

- a) einen Ausgleich zwischen Weltzinnerzeugung und -verbrauch zu schaffen und die sich aus einem erwarteten oder tatsächlichen Überangebot oder Mangel an Zinn ergebenden ernsthaften Schwierigkeiten zu mindern;
- b) übermäßige Schwankungen des Zinnpreises und der Ausfuhrerlöse bei Zinn zu verhindern;
- c) Vorkehrungen zu treffen, die zu einer Erhöhung der Ausfuhrerlöse bei Zinn insbesondere der in Entwicklung befindlichen Erzeugerländer führen, um diesen Ländern Mittel für ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum und eine

social development, while at the same time taking into account the interests of consumers;

- (d) To ensure conditions which will help to achieve a dynamic and rising rate of production of tin on the basis of a remunerative return to producers, which will help to secure an adequate supply at prices fair to consumers and to provide a long-term equilibrium between production and consumption;
- (e) To prevent widespread unemployment or under-employment and other serious difficulties which may result from maladjustments between the supply of and the demand for tin;
- (f) To improve further the expansion in the use of tin and the indigenous processing of tin, especially in the developing producing countries;
- (g) In the event of a shortage of supplies of tin occurring or being expected to occur, to take steps to secure an increase in the production of tin and a fair distribution of tin metal in order to mitigate serious difficulties which consuming countries might encounter;
- (h) In the event of a surplus of supplies of tin occurring or being expected to occur, to take steps to mitigate serious difficulties which producing countries might encounter;
- (i) To review disposals of non-commercial stocks of tin by Governments and to take steps which would avoid any uncertainties and difficulties which might arise;
- (j) To keep under review the need for the development and exploitation of new deposits of tin and for the promotion through, *inter alia*, the technical and financial assistance resources of the United Nations and other organizations within the United Nations system, of the most efficient methods of mining, concentration and smelting of tin ores;
- (k) To promote the development of the tin market in the developing producing countries in order to encourage a more important role for them in the marketing of tin; and
- (l) To continue the work of the International Tin Council under the Fifth International Tin Agreement (hereinafter referred to as the Fifth Agreement) and previous International Tin Agreements.

raschere soziale Entwicklung zu verschaffen; diese Vorkehrungen sollen jedoch zugleich den Interessen der Verbraucher dienen;

- d) Bedingungen zu schaffen, die zur Erzielung einer dynamischen und steigenden Produktionsrate bei Zinn auf der Grundlage lohnender Erzeugererlöse, zur Sicherung eines ausreichenden Angebots an die Verbraucher zu angemessenen Preisen sowie zur Herbeiführung eines langfristigen Gleichgewichts zwischen Erzeugung und Verbrauch beitragen;
- e) größere Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung sowie andere ernsthafte Schwierigkeiten zu verhindern, die sich aus einem Mißverhältnis zwischen Zinnangebot und Zinnnachfrage ergeben können;
- f) die gesteigerte Verwendung von Zinn und seine inländische Weiterverarbeitung insbesondere in den in Entwicklung befindlichen Erzeugerländern zu fördern;
- g) im Fall eines bestehenden oder erwarteten Zinnmangels Schritte zu unternehmen, um eine Steigerung der Zinnerzeugung und eine gerechte Verteilung des Zinnmetalls mit dem Ziel zu sichern, drohende ernsthafte Schwierigkeiten von den Verbraucherländern abzuwenden;
- h) im Fall eines bestehenden oder erwarteten Überangebots an Zinn Schritte zu unternehmen, um drohende ernsthafte Schwierigkeiten von den Erzeugerländern abzuwenden;
- i) den Absatz der nichtkommerziellen Zinnvorräte durch Regierungen zu überprüfen und Schritte zu unternehmen, die mögliche Ungewisheiten und Schwierigkeiten auszuräumen;
- j) die Notwendigkeit der Erschließung und des Abbaus neuer Zinnerzlager sowie der Förderung der wirksamsten Abbau-, Aufbereitungs- und Verhüttungsverfahren für Zinnerze fortlaufend zu überprüfen; diese Verfahren sind unter anderem durch die technischen und finanziellen Hilfsmittel der Vereinten Nationen sowie anderer Organisationen im Rahmen der Vereinten Nationen zu fördern;
- k) den Ausbau des Zinnmarkts in den in Entwicklung befindlichen Erzeugerländern zu fördern, um sie stärker am Zinnabsatz zu beteiligen, und
- l) die Tätigkeit des Internationalen Zinnrats aufgrund des Fünften Internationalen Zinn-Übereinkommens (im folgenden als „Fünftes Übereinkommen“ bezeichnet) und der vorangegangenen Internationalen Zinn-Übereinkommen fortzuführen.

Chapter II

Definitions

Article 2

Definitions

For the purposes of this Agreement:

“tin” means tin metal, any other refined tin or the tin content of concentrates or tin ore which has been extracted from its natural occurrence. For the purposes of this definition, “ore” shall be deemed to exclude (a) material which has been extracted from the ore body for a purpose other than that of being dressed, and (b) material which is discarded in the process of dressing;

“tin metal” means refined tin of good merchantable quality assaying not less than 99.75 per cent;

Kapitel II

Begriffsbestimmungen

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

bedeutet „Zinn“ das Zinnmetall, jedes sonstige reine Zinn oder den Zinngehalt des Zinnkonzentrats oder des aus einer natürlichen Lagerstätte gewonnenen Zinnerzes. Im Sinne dieser Begriffsbestimmung schließt der Ausdruck „Erz“ folgendes Material aus: a) aus dem Erzgestein zu anderen als Aufbereitungszwecken gewonnenes Material und b) bei der Aufbereitung anfallendes Abfallmaterial;

bedeutet „Zinnmetall“ raffiniertes Zinn von guter handelsüblicher Qualität mit einem Feingehalt von mindestens 99,75 vom Hundert;

„buffer stock“ means the buffer stock established by article 21 and operated in accordance with chapter XIII of this Agreement;

„government guarantees/government undertakings“ means the financial obligations to the Council which are committed by Members as security for financing the additional buffer stock in accordance with article 21. They may, when relevant, be provided by the appropriate agencies of the Members concerned. Members shall be liable to the Council up to the amount of their guarantees/undertakings;

„tin metal held“ means the metal holding of the buffer stock, including metal which has been bought for the buffer stock but not yet received, and excluding metal which has been sold from the buffer stock but not yet delivered, by the Buffer Stock Manager;

„tonne“ means a metric ton, i.e. 1,000 kilograms;

„control period“ means a period which has been so declared by the Council and for which a total permissible export tonnage has been fixed;

„quarter“ means a calendar quarter beginning on 1 January, 1 April, 1 July or 1 October;

„net exports“ means the amount exported in the circumstances set out in part one of annex C to this Agreement less the amount imported as determined in accordance with part two of the same annex;

„Member“ means a country whose Government has ratified, accepted, approved or acceded to this Agreement or has notified the depositary under article 53 that it will apply this Agreement provisionally, or an organization meeting the requirements of article 56;

„Producing Member“ means a Member which the Council has declared, with the consent of that Member, to be a Producing Member;

„Consuming Member“ means a Member which the Council has declared, with the consent of that Member, to be a Consuming Member;

A „simple majority“ is attained if a motion is supported by a majority of the votes cast by Members;

A „simple distributed majority“ is attained if a motion is supported by both a majority of the votes cast by Producing Members and a majority of the votes cast by Consuming Members;

A „two-thirds distributed majority“ is attained if a motion is supported by both a two-thirds majority of the votes cast by Producing Members and a two-thirds majority of the votes cast by Consuming Members;

„entry into force“ means, except when qualified, the initial entry into force of this Agreement, whether such entry into force is definitive or provisional in accordance with article 55;

„financial year“ means a period of one year beginning on 1 July and ending on 30 June of the next year;

A „session“ shall comprise one or more meetings of the Council.

bedeutet „Ausgleichslager“ das aufgrund des Artikels 21 angelegte und nach Kapitel XIII unterhaltene Lager;

bedeuten „Regierungsgarantien/Regierungsverpflichtungen“ die finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Rat, welche die Mitglieder als Sicherheit für die Finanzierung des zusätzlichen Ausgleichslagers nach Artikel 21 übernommen haben. Sie können gegebenenfalls von den entsprechenden Dienststellen der betreffenden Mitglieder zur Verfügung gestellt werden. Die Mitglieder haften gegenüber dem Rat bis zur Höhe ihrer Garantien/Verpflichtungen;

bedeutet „Zinnmetallbestand“ den Bestand an Metall im Ausgleichslager einschließlich des vom Geschäftsleiter des Ausgleichslagers für dieses bereits gekauften, jedoch noch nicht angelieferten Metalls sowie ausschließlich des vom Geschäftsleiter bereits verkauften, jedoch noch nicht ausgelieferten Metalls;

bedeutet „Tonne“ eine metrische Tonne, d.h. 1 000 Kilogramm;

bedeutet „Überwachungszeitraum“ einen vom Rat als solchen bezeichneten Zeitraum, für den eine zulässige Gesamtausfuhrtonnage festgesetzt wurde;

bedeutet „Vierteljahr“ das jeweils am 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober beginnende Kalendervierteljahr;

bedeuten „Nettoausfuhren“ die nach Maßgabe des Teiles Eins der Anlage C ausgeführte Menge abzüglich der nach Teil Zwei der genannten Anlage bestimmten Einfuhrmenge;

bedeutet „Mitglied“ ein Land, dessen Regierung dieses Übereinkommen ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat oder ihm beigetreten ist oder dem Verwahrer nach Artikel 53 notifiziert hat, daß sie dieses Übereinkommen vorläufig anwenden wird, oder eine Organisation, die den Erfordernissen des Artikels 56 gerecht wird;

bedeutet „Erzeugermitglied“ ein Mitglied, das der Rat mit Zustimmung des betreffenden Mitglieds zum Erzeugermitglied erklärt hat;

bedeutet „Verbrauchermitglied“ ein Mitglied, das der Rat mit Zustimmung des betreffenden Mitglieds zum Verbrauchermitglied erklärt hat;

ist eine „einfache Mehrheit“ erreicht, wenn ein Antrag von der Mehrheit der von den Mitgliedern abgegebenen Stimmen befürwortet wird;

ist eine „beiderseitige einfache Mehrheit“ erreicht, wenn ein Antrag sowohl von der Mehrheit der von den Erzeugermitgliedern abgegebenen Stimmen als auch von der Mehrheit der von den Verbrauchermitgliedern abgegebenen Stimmen befürwortet wird;

ist eine „beiderseitige Zweidrittelmehrheit“ erreicht, wenn ein Antrag sowohl von einer Zweidrittelmehrheit der von den Erzeugermitgliedern abgegebenen Stimmen als auch von einer Zweidrittelmehrheit der von den Verbrauchermitgliedern abgegebenen Stimmen befürwortet wird;

bedeutet „Inkrafttreten“, sofern nicht näher bestimmt, das ursprüngliche Inkrafttreten dieses Übereinkommens ohne Rücksicht darauf, ob es nach Artikel 55 endgültig oder vorläufig in Kraft tritt;

bedeutet „Rechnungsjahr“ die am 1. Juli beginnende und am 30. Juni des Folgejahrs endende Jahresfrist;

umfaßt eine „Tagung“ eine oder mehrere Sitzungen des Rates.

Part one**The International Tin Council:
Constitutional provisions****Chapter III****International Tin Council****Article 3****The continuation and the seat
of the International Tin Council**

1. The International Tin Council (hereinafter referred to as the Council), established by the previous International Tin Agreements, shall continue in being for the purpose of administering the Sixth International Tin Agreement, with the membership, powers and functions provided for in this Agreement.

2. The seat of the Council shall be in the territory of a Member.

3. Subject to the requirement in paragraph 2 of this article, the seat of the Council shall be in London, unless the Council, by a two-thirds distributed majority, decides otherwise.

Article 4**Composition of the Council**

1. The Council shall be composed of all the Members.

2. (a) Each Member shall be represented in the Council by one delegate and may designate alternates and advisers to attend its sessions.

(b) An alternate delegate shall be empowered to act and vote on behalf of the delegate during the latter's absence or in other special circumstances.

Article 5**Categories of membership**

1. Each Member shall be declared by the Council, with the consent of the Member concerned, to be a Producing or a Consuming Member, as soon as possible after receipt by the Council of notice from the depositary that such Member has deposited its instrument of ratification, acceptance, approval or accession under article 52 or article 54, or has given notification under article 53 that it will apply this Agreement provisionally.

2. The membership of Producing Members and Consuming Members shall be based respectively on their domestic mine production and their consumption of tin metal, provided that:

(a) The membership of a Producing Member which consumes a substantial proportion of tin metal derived from its own domestic mine production shall, with the consent of that Member, be based on its exports of tin; and

(b) The membership of a Consuming Member which produces from its own domestic mines a substantial proportion of the tin it consumes shall, with the consent of that Member, be based on its imports of tin.

3. In its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, or in its notification under article 53 that it will apply this Agreement provisionally, each Government may state the category of membership to which it considers that it should belong.

4. At its first session after the entry into force of this Agreement, the Council shall take the decisions necessary for

Teil Eins**Der Internationale Zinnrat:
Satzungbestimmungen****Kapitel III****Der Internationale Zinnrat****Artikel 3****Fortbestand und Sitz
des Internationalen Zinnrats**

(1) Der aufgrund der früheren Internationalen Zinn-Übereinkommen gegründete Internationale Zinnrat (im folgenden als „Rat“ bezeichnet) besteht zur Handhabung des Sechsten Internationalen Zinn-Übereinkommens in der Zusammensetzung und mit den Befugnissen und Aufgaben fort, wie sie in diesem Übereinkommen vorgesehen sind.

(2) Der Sitz des Rates befindet sich im Hoheitsgebiet eines Mitglieds.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 2 ist der Sitz des Rates in London, sofern nicht der Rat mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit etwas anderes beschließt.

Artikel 4**Zusammensetzung des Rates**

(1) Der Rat setzt sich aus sämtlichen Mitgliedern zusammen.

(2) a) Jedes Mitglied ist im Rat durch einen Delegierten vertreten; es kann Stellvertreter und Berater zur Teilnahme an den Ratstagungen ernennen.

b) Stellvertretende Delegierte sind berechtigt, bei Abwesenheit des Delegierten oder unter sonstigen besonderen Umständen im Namen des Delegierten zu handeln und abzustimmen.

Artikel 5**Mitgliederkategorien**

(1) Jedes Mitglied wird mit seiner Zustimmung vom Rat zum Erzeugermittglied oder Verbrauchermittglied erklärt; die Erklärung wird sobald wie möglich nach Eingang der Mitteilung des Verwahrers beim Rat abgegeben, daß das betreffende Mitglied seine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde nach Artikel 52 oder 54 hinterlegt oder nach Artikel 53 notifiziert hat, daß es dieses Übereinkommen vorläufig anwenden wird.

(2) Die Mitgliedschaft der Erzeugermittglieder und der Verbrauchermittglieder beruht jeweils auf ihrem einheimischen Zinnbergbau bzw. auf ihrem Zinnmetallverbrauch, jedoch mit der Maßgabe,

a) daß die Mitgliedschaft eines Erzeugermittglieds, das einen beträchtlichen Teil des in seinen eigenen einheimischen Bergwerken abgebauten Zinnmetalls verbraucht, mit Zustimmung dieses Mitglieds auf seine Zinnausfuhren gestützt wird und

b) daß die Mitgliedschaft eines Verbrauchermittglieds, das in seinen eigenen einheimischen Bergwerken einen beträchtlichen Teil des von ihm verbrauchten Zinns gewinnt, mit Zustimmung dieses Mitglieds auf seine Zinneinfuhren gestützt wird.

(3) Jede Regierung kann in ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde oder in ihrer Notifikation nach Artikel 53, daß sie dieses Übereinkommen vorläufig anwenden wird, die Mitgliederkategorie angeben, zu der das Mitglied ihrer Ansicht nach gehören sollte.

(4) Auf seiner ersten Tagung nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens faßt der Rat die zur Anwendung dieses Artikels

the application of this article, with the approval of Producing Members accounting for more than 50 per cent of their total percentages of production as set out in annex A to this Agreement and of Consuming Members accounting for more than 50 per cent of their total percentages of consumption as set out in annex B to this Agreement.

Article 6

Change of category

1. Where on the basis of the statistical position a Member has changed from the position of a Producing to that of a Consuming Member, or vice versa, the Council shall, on the request of that Member or on its own initiative with the Member's consent, consider the new position, decide the change of category and determine the percentage that would be applicable in accordance with the provisions of article 14, paragraph 4.

2. From the date of coming into effect of the percentage referred to in paragraph 1 of this article, the Member concerned shall cease to hold any of the rights and privileges, or to be bound by any of the obligations, under this Agreement which pertain to Members in its previous category, except any undischarged financial or other obligations incurred by the Member in its previous category, and shall acquire all the rights and privileges, and shall be bound by all the obligations, under this Agreement which pertain to Members in its new category.

Chapter IV

Powers and functions

Article 7

Powers and functions of the Council

The Council:

- (a) Shall have such powers and perform such functions as may be necessary for the administration and operation of this Agreement;
- (b) Shall have the power to borrow for the purposes of the Administrative Account established under article 17, or of the Buffer Stock Account in accordance with article 24;
- (c) Shall receive from the Executive Chairman, whenever it so requests, such information with regard to the holdings and operations of the buffer stock as it considers necessary to fulfil its functions under this Agreement;
- (d) May request Members to furnish available data concerning tin production, the production costs of tin, the level of tin production, tin consumption, international trade in and stocks of tin, and any other information necessary for the satisfactory administration of this Agreement not inconsistent with the national security provisions as laid down in article 47, and Members shall furnish to the fullest extent possible the information so requested;
- (e) Shall establish buffer stock operational rules which shall include, *inter alia*, financial measures to be applied to Members which fail to meet their obligations under article 22;
- (f) Shall publish after the end of each financial year a report on its activities for that year;
- (g) Shall publish after the end of each quarter, but not earlier than three months after the end of that quarter, unless the Council decides otherwise, a statement showing the

erforderlichen Beschlüsse, wobei die Zustimmung von Erzeugermittgliedern, auf die mehr als 50 v. H. der gesamten in Anlage A für die Erzeugermittglieder angegebenen Vmhundertsätze der Erzeugung entfallen, und von Verbrauchermitgliedern, auf die mehr als 50 v. H. der gesamten in Anlage B für die Verbrauchermitglieder angegebenen Vmhundertsätze des Verbrauchs entfallen, erforderlich ist.

Artikel 6

Wechsel der Kategorie

(1) Ist aufgrund der statistischen Lage ein Erzeugermittglied zu einem Verbrauchermitglied geworden oder umgekehrt, so prüft der Rat auf Antrag des betreffenden Mitglieds oder aus eigenem Entschluß, jedoch mit Zustimmung dieses Mitglieds, die neue Lage, beschließt den Wechsel der Kategorie und setzt den Vmhundertsatz fest, der nach Artikel 14 Absatz 4 anzuwenden wäre.

(2) Mit dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens des in Absatz 1 genannten Vmhundertsatzes scheidet das betreffende Mitglied mit sämtlichen ihm aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer Kategorie nach diesem Übereinkommen zukommenden Rechten, Vorrechten und Pflichten – mit Ausnahme der von dem Mitglied in seiner früheren Kategorie eingegangenen unerfüllten finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – aus seiner bisherigen Kategorie aus und rückt in sämtliche ihm aufgrund seiner Zugehörigkeit zu der neuen Kategorie nach dem Übereinkommen zukommenden Rechte, Vorrechte und Pflichten ein.

Kapitel IV

Befugnisse und Aufgaben

Artikel 7

Befugnisse und Aufgaben des Rates

Der Rat

- a) besitzt sämtliche zur Handhabung und Durchführung dieses Übereinkommens erforderlichen Befugnisse und erfüllt alle damit zusammenhängenden Aufgaben;
- b) ist befugt, für die Zwecke des nach Artikel 17 errichteten Verwaltungskontos oder des Ausgleichslagerkontos nach Artikel 24 Kredite aufzunehmen;
- c) erhält auf entsprechendes Verlangen vom Geschäftsführenden Vorsitzenden alle Auskünfte über Bestand und Verwendung des Ausgleichslagers, die er zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach diesem Übereinkommen für erforderlich erachtet;
- d) kann Mitglieder ersuchen, alle verfügbaren Angaben über Zinnerzeugung, Produktionskosten für Zinn, die Höhe der Zinnerzeugung, Zinnverbrauch, den internationalen Zinnhandel und Zinnvorräte sowie alle sonstigen für die ordentliche Handhabung dieses Übereinkommens erforderlichen und zu den Bestimmungen über die nationale Sicherheit in Artikel 47 nicht im Widerspruch stehenden Auskünfte mitzuteilen; die Mitglieder sind verpflichtet, die nachgesuchten Auskünfte soweit wie möglich zu erteilen;
- e) erstellt Durchführungsbestimmungen für das Ausgleichslager, die unter anderem finanzielle Maßnahmen umfassen, die auf Mitglieder anzuwenden sind, die ihren Verpflichtungen nach Artikel 22 nicht nachkommen;
- f) veröffentlicht nach Ablauf jedes Rechnungsjahrs einen Geschäftsbericht über dieses Jahr;
- g) veröffentlicht nach Ablauf jedes Vierteljahrs, jedoch nicht vor Ablauf von drei Monaten nach Ende des jeweiligen Vierteljahrs, sofern der Rat nichts anderes beschließt, eine Auf-

tonnage of tin metal held in the buffer stock at the end of that quarter;

- (h) Shall make whatever arrangements are appropriate for consultation and co-operation with:
- (i) The United Nations, its appropriate organs, particularly the United Nations Conference on Trade and Development, the specialized agencies, other organizations within the United Nations system and appropriate intergovernmental organizations; and
- (ii) Non-members which are Members of the United Nations or members of its specialized agencies or which were parties to the previous International Tin Agreements.

Article 8

Procedures of the Council

The Council:

- (a) Shall establish its own rules of procedure;
- (b) May make whatever arrangements it considers necessary to advise the Executive Chairman when the Council is not in session;
- (c) May at any time:
- (i) By a two-thirds distributed majority, delegate to any of the subsidiary bodies referred to in article 9 any power which the Council may exercise by a simple distributed majority, other than those relating to:
- Assessment and apportionment of contributions under articles 20 and 22 respectively;
 - Floor and ceiling prices under articles 27 and 31;
 - Assessment of export control under articles 32, 33, 34, 35 and 36; or
 - Action in the event of a tin shortage under article 40; and
- (ii) By a simple majority, revoke any delegation of powers to any subsidiary body.

Article 9

Subsidiary bodies of the Council

1. The following subsidiary bodies established by the Council under previous International Tin Agreements shall continue in being to assist the Council in the performance of its functions:

- (a) Economic and Price Review Panel;
- (b) Administrative Committee;
- (c) Buffer Finance Committee;
- (d) Committee on Costs and Prices;
- (e) Committee on Development;
- (f) Credentials Committee; and
- (g) Statistical Committee.

2. The Council may establish such other subsidiary bodies as it deems necessary.

3. The Council shall, by a two-thirds distributed majority, determine the membership and terms of reference of its subsidiary bodies.

4. Any subsidiary body may, unless the Council decides otherwise, establish its own rules of procedure.

5. Notwithstanding the continuation of the subsidiary bodies provided for in paragraph 1 of this article, the Council may at any time terminate any subsidiary body.

stellung, aus der die am Ende dieses Vierteljahrs im Ausgleichslager gehaltene Tonnage an Zinnmetall hervorgeht;

- h) trifft alle geeigneten Maßnahmen zur Konsultation und Zusammenarbeit
- i) mit den Vereinten Nationen, deren einschlägigen Organen, insbesondere der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, den Sonderorganisationen, sonstigen Organisationen im Rahmen der Vereinten Nationen, einschlägigen zwischenstaatlichen Organisationen und
- ii) mit Nichtmitgliedern, die Mitglieder der Vereinten Nationen oder ihrer Sonderorganisationen sind oder Vertragsparteien der früheren Internationalen Zinn-Übereinkommen waren.

Artikel 8

Verfahren des Rates

Der Rat

- a) gibt sich eine Geschäftsordnung;
- b) kann die ihm notwendig erscheinenden Vorkehrungen treffen, um den Geschäftsführenden Vorsitzenden zu beraten, wenn der Rat nicht tagt;
- c) kann jederzeit
- i) mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit jedem der in Artikel 9 bezeichneten nachgeordneten Organe jede Befugnis übertragen, die der Rat mit einfacher beiderseitiger Mehrheit ausüben darf, mit Ausnahme der sich auf folgende Gegenstände beziehenden Befugnisse:
- Festsetzung und Umlegung der Beiträge nach Artikel 20 bzw. Artikel 22;
 - Mindest- und Höchstpreise nach den Artikeln 27 und 31;
 - Anordnung der Ausführüberwachung nach den Artikeln 32, 33, 34, 35 und 36 oder
 - Maßnahmen im Fall eines Zinnmangels im Sinne des Artikels 40;
- ii) mit einfacher Mehrheit die Übertragung von Befugnissen auf eines dieser nachgeordneten Organe widerrufen.

Artikel 9

Nachgeordnete Organe des Rates

(1) Die folgenden vom Rat nach früheren Internationalen Zinn-Übereinkommen eingesetzten nachgeordneten Organe bleiben zur Unterstützung des Rates bei der Erfüllung seiner Aufgaben bestehen:

- a) Wirtschafts- und Preisprüfungsausschuß;
- b) Verwaltungsausschuß;
- c) Ausgleichslager-Finanzierungsausschuß;
- d) Ausschuß für Kosten und Preise;
- e) Ausschuß für Entwicklung;
- f) Vollmachtenprüfungsausschuß;
- g) Ausschuß für Statistik.

(2) Der Rat kann alle sonstigen nachgeordneten Organe einsetzen, die er für erforderlich hält.

(3) Der Rat regelt mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit die Besetzung und den Aufgabenbereich seiner nachgeordneten Organe.

(4) Jedes nachgeordnete Organ kann sich, sofern der Rat nichts anderes beschließt, eine Geschäftsordnung geben.

(5) Ungeachtet des Fortbestehens der nachgeordneten Organe nach Absatz 1 kann der Rat jederzeit jedes nachgeordnete Organ auflösen.

Article 10
Statistics and studies

The Council:

- (a) Shall make arrangements for the estimation, at least once in every quarter, of the probable production and consumption of tin during the following quarter or quarters, with a view to assessing the total statistical tin position for that period, and in this connection may take into account such other factors as are relevant;
- (b) Shall make arrangements for the continuing study of the production costs of tin, the level of tin production, price trends, market trends and the short-term and long-term problems of the world tin industry, and to this end shall undertake or promote such studies on problems of the tin industry as it deems appropriate;
- (c) Shall keep itself informed of new uses of tin and the development of substitute products which might replace tin in its traditional uses; and
- (d) Shall encourage closer relationships with and wider participation in organizations devoted to research into the efficient exploration for and production, processing and use of tin.

Chapter V
Organization and administration

Article 11
Executive Chairman
and Vice-Chairmen of the Council

1. The Council shall, by a two-thirds distributed majority and by ballot, appoint an independent Executive Chairman, who may be a national of one of the Members. The appointment of the Executive Chairman shall be considered at the first session of the Council after the entry into force of this Agreement.

2. A person shall not be eligible for appointment as Executive Chairman if he has been actively engaged in the tin industry or in the tin trade during the five years preceding the time of the appointment.

3. A member of the staff of the Council shall not be excluded from appointment as Executive Chairman by virtue of paragraph 2 of this article.

4. The Executive Chairman shall hold office for such period and on such other terms and conditions as the Council may determine.

5. The Executive Chairman shall convene sessions and preside over meetings of the Council; he shall have no vote.

6. The Council shall elect annually two Vice-Chairmen, one from among the delegates of the Producing Members and one from among the delegates of the Consuming Members. The two Vice-Chairmen shall be designated respectively First Vice-Chairman and Second Vice-Chairman. The First Vice-Chairman shall be selected for each alternate year from Producing Members and Consuming Members respectively.

7. If the Executive Chairman resigns or is permanently unable to perform his duties, the Council shall appoint a new Executive Chairman in accordance with the procedure provided for in paragraph 1 of this article. Pending such appointment, or during temporary absences of the Executive Chairman, he shall be replaced by the First Vice-Chairman, or if necessary by the Second Vice-Chairman, who shall have

Artikel 10
Statistiken und Untersuchungen

Der Rat

- a) trifft Vorsorge dafür, daß mindestens einmal in jedem Vierteljahr eine Schätzung der voraussichtlichen Zinnerzeugung und des voraussichtlichen Zinnverbrauchs in dem oder den darauffolgenden Vierteljahren durchgeführt wird, um die statistische Gesamtlage im Zinnbereich für diesen Zeitraum zu ermitteln; er kann in diesem Zusammenhang andere einschlägige Faktoren berücksichtigen;
- b) trifft Vorsorge für die ständige Untersuchung der Produktionskosten für Zinn, der Höhe der Zinnerzeugung, der Preis- und Markttendenzen sowie der kurz- und langfristigen Probleme der Weltzinnindustrie und veranlaßt oder fördert zu diesem Zweck ihm geeignet erscheinende Untersuchungen über Fragen der Zinnindustrie;
- c) unterrichtet sich laufend über neue Verwendungsmöglichkeiten für Zinn sowie die Entwicklung von Ersatzstoffen, die Zinn aus seinen herkömmlichen Verwendungsbereichen verdrängen könnten, und
- d) setzt sich für engere Beziehungen zu und eine umfassendere Beteiligung an Organisationen ein, die sich der Erforschung der wirksamen Erschließung, Erzeugung, Verarbeitung und Verwendung von Zinn widmen.

Kapitel V
Organisation und Verwaltung

Artikel 11
Geschäftsführender Vorsitzender
und Stellvertretende Vorsitzende des Rates

(1) Der Rat ernennt mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit und in namentlicher Abstimmung einen unabhängigen Geschäftsführenden Vorsitzenden, der Staatsangehöriger eines Mitglieds sein kann. Die Frage der Ernennung des Geschäftsführenden Vorsitzenden wird auf der ersten Rats-tagung nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens behandelt.

(2) Ein Bewerber für das Amt des Geschäftsführenden Vorsitzenden wird nicht berücksichtigt, wenn er in den fünf Jahren vor dem Zeitpunkt seiner Ernennung in der Zinnindustrie oder im Zinnhandel aktiv tätig gewesen ist.

(3) Ein Mitglied des Personals des Rates darf nicht nach Absatz 2 von der Ernennung zum Geschäftsführenden Vorsitzenden ausgeschlossen werden.

(4) Der Rat bestimmt die Amtszeit und die sonstigen Tätigkeitsbedingungen des Geschäftsführenden Vorsitzenden.

(5) Der Geschäftsführende Vorsitzende beruft die Tagungen des Rates ein und führt den Vorsitz auf seinen Sitzungen; er hat keine Stimme.

(6) Der Rat wählt jährlich zwei Stellvertretende Vorsitzende, einen aus der Mitte der Delegierten der Erzeugermitglieder und einen aus der Mitte der Delegierten der Verbrauchermitglieder. Die beiden Stellvertretenden Vorsitzenden werden jeweils als erster Stellvertretender Vorsitzender und als zweiter Stellvertretender Vorsitzender bezeichnet. Der erste Stellvertretende Vorsitzende wird für jeweils ein Jahr abwechselnd von den Erzeugermitgliedern und den Verbrauchermitgliedern gestellt.

(7) Tritt der Geschäftsführende Vorsitzende zurück oder ist er an der Wahrnehmung seiner Pflichten ständig verhindert, so ernennt der Rat nach Maßgabe des Absatzes 1 einen neuen Geschäftsführenden Vorsitzenden. Bis zu einer solchen Ernennung oder während der zeitweiligen Abwesenheit des Geschäftsführenden Vorsitzenden vertritt ihn der erste Stellvertretende Vorsitzende oder, falls erforderlich, der zweite

only the duties of presiding over meetings, unless the Council decides otherwise. The Council shall also provide in its rules of procedure for the appointment of an Acting Chief Executive Officer responsible for the administration and operation of this Agreement in accordance with article 13, during temporary absences of the Executive Chairman, or pending the appointment of a new Executive Chairman in accordance with this paragraph.

8. Where a Vice-Chairman replaces the Executive Chairman in pursuance of paragraph 7 of this article he shall have no vote; the right to vote of the Member he represents may be exercised in accordance with the provisions of article 4, paragraph 2 (b), or article 15, paragraph 3.

Article 12

Sessions of the Council

1. The Council shall, unless it decides otherwise, hold four sessions a year.

2. (a) Sessions shall be convened by the Executive Chairman or, after consultation with the First Vice-Chairman, by the Acting Chief Executive Officer. The Council, in addition to meeting in the other circumstances specifically provided for in this Agreement, shall also meet:

- (i) At the request of any five Members; or
- (ii) At the request of Members holding together at least 250 votes; or
- (iii) At the discretion of the Executive Chairman.

(b) The Secretary-General of the United Nations shall convene the first session of the Council under this Agreement to begin within eight days after its entry into force.

3. Sessions shall, unless otherwise decided by the Council, be held at the seat of the Council. Notice of sessions shall be given at least 15 days in advance, except in case of emergency, when sessions may be called on 72 hours' notice by the Executive Chairman, or where the provisions of this Agreement require otherwise.

4. Delegates holding two thirds of the total votes of all Producing Members and two thirds of the total votes of all Consuming Members shall together constitute a quorum for any meeting of the Council. If, on the day appointed for the opening of any session of the Council, there is not a quorum as defined above, a further meeting shall be convened after not less than seven days, at which delegates holding at least 500 votes of all Producing Members and at least 500 votes of all Consuming Members shall together constitute a quorum.

Article 13

The staff of the Council

1. The Executive Chairman appointed under article 11 shall be responsible to the Council for the administration and operation of this Agreement in accordance with the decisions of the Council.

2. The Executive Chairman shall also be responsible for the management of the administrative services and staff.

3. The Council shall appoint a Buffer Stock Manager (hereinafter referred to as the Manager) and a Secretary of the Council (hereinafter referred to as the Secretary) and shall determine the terms and conditions of service of those two officers.

Stellvertretende Vorsitzende; ihnen obliegt jedoch nur der Vorsitz auf den Sitzungen, sofern der Rat nicht etwas anderes beschließt. Der Rat trifft in seiner Geschäftsordnung auch Vorsorge für die Ernennung eines amtierenden Leitenden Bediensteten, der während der zeitweiligen Abwesenheit des Geschäftsführenden Vorsitzenden oder bis zur Ernennung eines neuen Geschäftsführenden Vorsitzenden nach dem vorliegenden Absatz für die Handhabung und Durchführung dieses Übereinkommens nach Artikel 13 verantwortlich ist.

(8) Tritt ein Stellvertretender Vorsitzender nach Absatz 7 an die Stelle des Geschäftsführenden Vorsitzenden, so hat er kein Stimmrecht; die Stimme des von ihm vertretenen Mitglieds kann nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b oder nach Artikel 15 Absatz 3 abgegeben werden.

Artikel 12

Tagungen des Rates

(1) Der Rat hält, sofern er nichts anderes beschließt, jährlich vier Tagungen ab.

(2) a) Die Tagungen werden vom Geschäftsführenden Vorsitzenden oder vom amtierenden Leitenden Bediensteten nach Beratung mit dem ersten Stellvertretenden Vorsitzenden einberufen. Zusätzlich zu Sitzungen unter den anderen ausdrücklich in diesem Übereinkommen vorgesehenen Bedingungen tritt der Rat auch zusammen

- i) auf Verlangen von fünf beliebigen Mitgliedern,
- ii) auf Verlangen von Mitgliedern, die zusammen über mindestens 250 Stimmen verfügen, oder
- iii) nach Ermessen des Geschäftsführenden Vorsitzenden.

b) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen beruft die erste Ratstagung aufgrund dieses Übereinkommens für einen Zeitpunkt innerhalb von acht Tagen nach seinem Inkrafttreten ein.

(3) Die Tagungen finden, sofern der Rat nichts anderes beschließt, am Sitz des Rates statt. Die Tagungen sind mindestens 15 Tage im voraus anzukündigen, außer in Notfällen, in denen sie vom Geschäftsführenden Vorsitzenden mit einer Frist von 72 Stunden einberufen werden können, oder in den Fällen, in denen dieses Übereinkommen etwas anderes vorschreibt.

(4) Der Rat ist beschlußfähig, wenn Delegierte, die über zwei Drittel der Gesamtstimmen aller Erzeugermittglieder verfügen, sowie Delegierte, die über zwei Drittel der Gesamtstimmen aller Verbrauchermittglieder verfügen, auf einer Ratssitzung anwesend sind. Ist der Rat an dem Tag, der für den Beginn einer Ratstagung festgesetzt wurde, nicht im obigen Sinne beschlußfähig, so ist frühestens nach sieben Tagen eine weitere Sitzung einzuberufen, bei der die Beschlußfähigkeit als gegeben gilt, wenn Delegierte anwesend sind, die insgesamt über mindestens 500 Stimmen aller Erzeugermittglieder und über mindestens 500 Stimmen aller Verbrauchermittglieder verfügen.

Artikel 13

Das Personal des Rates

(1) Der nach Artikel 11 ernannte Geschäftsführende Vorsitzende ist dem Rat für die Handhabung und Durchführung des Übereinkommens nach Maßgabe der Ratsbeschlüsse verantwortlich.

(2) Der Geschäftsführende Vorsitzende ist ferner für die Leitung der Verwaltung und des Personals zuständig.

(3) Der Rat ernennt einen Geschäftsleiter des Ausgleichslagers (im folgenden als „Geschäftsleiter“ bezeichnet) und einen Sekretär des Rates (im folgenden als „Sekretär“ bezeichnet) und bestimmt die Beschäftigungsbedingungen dieser beiden Bediensteten.

4. The Council shall give instructions to the Executive Chairman as to the manner in which the Manager is to carry out his responsibilities laid down in this Agreement.

5. The Executive Chairman shall be assisted by the staff considered necessary by the Council. All staff, including the Manager and the Secretary, shall be responsible to the Executive Chairman. The method of appointment and the conditions of employment of the staff shall be approved by the Council.

6. Neither the Executive Chairman nor members of the staff shall have any financial interest in the tin industry, tin trade, tin transport, tin publicity, or other activities related to tin.

7. In the performance of their duties, neither the Executive Chairman nor the members of the staff shall seek or receive instructions from any Government or person or authority other than the Council or a person acting on behalf of the Council under the terms of this Agreement. They shall refrain from any action which might reflect on their position as international officials responsible only to the Council. Each Member undertakes to respect the exclusively international character of the responsibilities of the Executive Chairman and the members of the staff and not to seek to influence them in the discharge of their responsibilities.

8. No information concerning the administration or operation of this Agreement shall be revealed by the Executive Chairman, the Manager, the Secretary or other staff of the Council, except as may be authorized by the Council or as is necessary for the proper discharge of their duties under this Agreement.

Chapter VI Votes in the Council

Article 14 Percentages and votes

1. The Producing Members shall together hold 1,000 votes. Each Producing Member shall receive five initial votes; the remainder shall be divided among the Producing Members as nearly as possible in proportion to their individual percentages of production as set out in the tables established or revised by the Council in accordance with paragraph 3 or paragraph 4 of this article.

2. The Consuming Members shall together hold 1,000 votes. Each Consuming Member shall receive five initial votes, or, if there are more than 30 Consuming Members, the highest whole number so that the total of such initial votes shall not exceed 150; the remainder shall be divided among the Consuming Members as nearly as possible in proportion to their individual percentages of consumption as set out in the tables established or revised by the Council in accordance with paragraph 3 or paragraph 4 of this article.

3. For the purposes of paragraphs 1 and 2 of this article, the Council, at its first session, shall establish tables of percentages of production and consumption for Producing and Consuming Members respectively. The tables so established shall take effect immediately.

4. The tables established in accordance with paragraph 3 of this article shall thereafter be revised by the Council annually and whenever there are changes in membership or in the category of any Member. The tables so revised shall take effect immediately.

(4) Der Rat erteilt dem Geschäftsführenden Vorsitzenden Anweisungen dazu, wie der Geschäftsleiter seine in diesem Übereinkommen niedergelegten Pflichten wahrzunehmen hat.

(5) Der Geschäftsführende Vorsitzende wird durch das vom Rat für notwendig angesehene Personal unterstützt. Das gesamte Personal, einschließlich des Geschäftsleiters und des Sekretärs, untersteht dem Geschäftsführenden Vorsitzenden. Das Einstellungsverfahren sowie die Beschäftigungsbedingungen des Personals bedürfen der Zustimmung des Rates.

(6) Der Geschäftsführende Vorsitzende und das Personal dürfen an der Zinnindustrie, am Zinnhandel, am Zinntransport, an der Werbung für Zinn oder an sonstigen mit Zinn zusammenhängenden Tätigkeiten finanziell nicht beteiligt sein.

(7) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dürfen der Geschäftsführende Vorsitzende und das Personal weder Weisungen von Regierungen, Einzelpersonen oder Behörden, außer vom Rat oder von einer aufgrund dieses Übereinkommens namens des Rates handelnden Einzelpersonen, einholen noch solche Weisungen entgegennehmen. Sie haben sich jeder Tätigkeit zu enthalten, die ihrer Stellung als internationale, nur dem Rat verantwortliche Bedienstete abträglich sein könnte. Jedes Mitglied verpflichtet sich, den ausschließlich internationalen Charakter der Aufgaben des Geschäftsführenden Vorsitzenden und der Mitglieder des Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

(8) Über Durchführung und Handhabung dieses Übereinkommens dürfen der Geschäftsführende Vorsitzende, der Geschäftsleiter, der Sekretär und sonstige Personalmitglieder des Rates nur insoweit Auskunft erteilen, als sie dazu vom Rat ermächtigt werden oder als dies für die ordnungsgemäße Wahrnehmung ihrer Pflichten nach dem Übereinkommen notwendig ist.

Kapitel VI Stimmen im Rat

Artikel 14 Vomhundertsätze und Stimmen

(1) Auf die Erzeugermitglieder entfallen insgesamt 1 000 Stimmen. Jedes Erzeugermitglied erhält fünf Grundstimmen; die verbleibenden Stimmen werden unter den Erzeugermitgliedern so genau wie möglich im Verhältnis ihrer jeweiligen Vomhundertsätze der Erzeugung aufgeteilt, wie sie in den vom Rat nach Absatz 3 oder Absatz 4 erstellten oder revidierten Tabellen aufgeführt sind.

(2) Auf die Verbrauchermitglieder entfallen insgesamt 1 000 Stimmen. Jedes Verbrauchermitglied erhält fünf Grundstimmen oder, wenn mehr als 30 Verbrauchermitglieder vorhanden sind, die höchste ganze Zahl, wobei die Gesamtzahl der Grundstimmen 150 nicht überschreiten darf; die verbleibenden Stimmen werden unter den Verbrauchermitgliedern so genau wie möglich im Verhältnis ihrer jeweiligen Vomhundertsätze des Verbrauchs aufgeteilt, wie sie in den vom Rat nach Absatz 3 oder Absatz 4 erstellten oder revidierten Tabellen aufgeführt sind.

(3) Für die Zwecke der Absätze 1 und 2 erstellt der Rat auf seiner ersten Tagung Tabellen der Vomhundertsätze der Erzeugung und des Verbrauchs für die Erzeuger- bzw. Verbrauchermitglieder. Die so erstellten Tabellen treten sofort in Kraft.

(4) Die nach Absatz 3 erstellten Tabellen werden danach vom Rat jährlich und bei jedem Wechsel der Mitgliedschaft oder der Mitgliederkategorie revidiert. Die so revidierten Tabellen treten sofort in Kraft.

5. For the purposes of paragraphs 3 and 4 of this article, the Council shall determine the distribution or redistribution of percentages of production for the Producing Members in accordance with annex F to this Agreement.

6. The Council may, by a two-thirds distributed majority, revise annex F.

7. For the purposes of paragraphs 3 and 4 of this article, the Council shall determine the distribution or redistribution of percentages of consumption for Consuming Members on the basis of the average of the consumption of tin of each Consuming Member for each of the three preceding calendar years.

8. No Member shall have more than 450 votes.

9. There shall be no fractional votes.

Article 15

Voting procedure of the Council

1. Each Member shall be entitled to cast the number of votes it holds in the Council. When voting, a Member shall not divide its votes. When abstaining, a Member shall be deemed not to have cast its votes.

2. Decisions of the Council shall, except where otherwise provided, be taken by a simple distributed majority.

3. Any Member may, in a form satisfactory to the Council, authorize any other Member to represent its interests and to exercise its voting rights at any session or meeting of the Council.

Chapter VII

Privileges and immunities

Article 16

Privileges and immunities

1. The Council shall have legal personality. It shall in particular have the capacity to contract, to acquire and dispose of movable and immovable property and to institute legal proceedings.

2. The Council shall have in the territory of each Member, to the extent consistent with its law, such exemption from taxation on the assets, income and other property of the Council as may be necessary for the discharge of its functions under this Agreement.

3. The Council shall be accorded in the territory of each Member such currency exchange facilities as may be necessary for the discharge of its functions under this Agreement.

4. The status, privileges and immunities of the Council in the territory of the host Government shall be governed by a Headquarters Agreement between the host Government and the Council.

Part two

Financial provisions

Chapter VIII

Accounts and audit

Article 17

Financial accounts

1. (a) There shall be kept two accounts – the Administrative Account and the Buffer Stock Account – for the administration and operation of this Agreement.

(5) Für die Zwecke der Absätze 3 und 4 bestimmt der Rat die Verteilung oder Neuverteilung der Vomhundertsätze der Erzeugung für die Erzeugermitglieder nach Anlage F.

(6) Der Rat kann mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit Anlage F revidieren.

(7) Für die Zwecke der Absätze 3 und 4 bestimmt der Rat die Verteilung oder Neuverteilung der Vomhundertsätze des Verbrauchs für die Verbrauchermitglieder auf der Grundlage des Durchschnitts des Zinnverbrauchs jedes Verbrauchermitglieds in jedem der drei vorangegangenen Kalenderjahre.

(8) Ein Mitglied darf nicht mehr als 450 Stimmen haben.

(9) Teilstimmen sind nicht zulässig.

Artikel 15

Abstimmungsverfahren des Rates

(1) Jedes Mitglied ist berechtigt, die Anzahl der Stimmen abzugeben, die es im Rat besitzt. Ein Mitglied darf seine Stimmen bei der Abstimmung nicht teilen. Enthält ein Mitglied sich der Stimme, so gilt diese als nicht abgegeben.

(2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, bedürfen die Beschlüsse des Rates der beiderseitigen einfachen Mehrheit.

(3) Jedes Mitglied kann in einer dem Rat genehmen Weise jedes andere Mitglied ermächtigen, auf Tagungen oder Sitzungen des Rates seine Interessen zu vertreten und sein Stimmrecht auszuüben.

Kapitel VII

Vorrechte und Immunitäten

Artikel 16

Vorrechte und Immunitäten

(1) Der Rat besitzt Rechtspersönlichkeit. Er hat insbesondere die Fähigkeit, Verträge zu schließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen sowie vor Gericht zu stehen.

(2) Der Rat genießt im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds in dem mit dessen Recht übereinstimmenden Ausmaß insoweit Steuerbefreiung für seine Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte, als dies zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach diesem Übereinkommen erforderlich ist.

(3) Dem Rat werden im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds alle Devisenerleichterungen gewährt, deren er zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach diesem Übereinkommen bedarf.

(4) Die Rechtsstellung sowie die Vorrechte und Immunitäten des Rates im Hoheitsgebiet der Gastregierung werden durch ein Sitzabkommen zwischen der Gastregierung und dem Rat geregelt.

Teil Zwei

Finanzbestimmungen

Kapitel VIII

Rechnungslegung und Rechnungsprüfung

Artikel 17

Finanzkonten

(1) a) Zur Handhabung und Durchführung dieses Übereinkommens werden zwei getrennte Konten unterhalten, das Verwaltungskonto und das Ausgleichslagerkonto.

(b) The administrative expenses of the Council, including the remuneration of the Executive Chairman, the Manager, the Secretary and the staff, shall be entered into the Administrative Account.

(c) Any expenditure which is solely attributable to buffer stock transactions or operations, including expenses for borrowing arrangements, storage, commission and insurance, shall be entered into the Buffer Stock Account by the Manager.

(d) The liability of the Buffer Stock Account for any other type of expenditure shall be decided by the Executive Chairman.

2. The Council shall not be responsible for the expenses of delegates to the Council or the expenses of their alternates and advisers.

Article 18

Currency of payments

Cash payments to the Administrative Account by Members under articles 20 and 60, cash payments to the Buffer Stock Account by Members under articles 22 and 23, cash payments from the Administrative Account to Members under article 60 and cash payments from the Buffer Stock Account to Members under articles 22, 23 and 26 shall be assessed in the currency of the host country and paid in that currency or, at the option of the Member concerned, the equivalent of the amount due in the currency of the host country at the rate of exchange on the date of payment may be paid in any currency which is freely convertible into the currency of the host country on foreign exchange markets.

Article 19

Audit

1. The Council shall appoint auditors for the purpose of auditing its books of account.

2. The Council shall, as soon as possible after the end of each financial year, publish the independently audited Administrative and Buffer Stock Accounts, provided that such Buffer Stock Accounts shall not be published earlier than three months after the end of the financial year to which they relate.

Chapter IX

The Administrative Account

Article 20

The budget

1. The Council shall, at its first session after the entry into force of this Agreement, approve the budget of income and expenditure of the Administrative Account for the period between the date of entry into force of this Agreement and the end of the first financial year. Thereafter, it shall approve an annual budget for each financial year. If at any time during any financial year, because of unforeseen circumstances which have arisen or are likely to arise, the balance remaining in the Administrative Account is likely to be inadequate to meet the administrative expenses of the Council, the Council may approve a supplementary budget for the remainder of that financial year.

2. On the basis of the budgets described in paragraph 1 of this article, the Council shall assess in the currency of the host country the contribution to the Administrative Account of each Member, which shall be liable to pay its full contribution to the Council on notice of assessment. Each Member shall pay, in respect of each vote which it holds on the date of assessment, one two-thousandth of the total amount required.

b) Die Verwaltungsausgaben des Rates einschließlich der Bezüge des Geschäftsführenden Vorsitzenden, des Geschäftsleiters, des Sekretärs und des Personals werden in das Verwaltungskonto eingestellt.

c) Alle Ausgaben, die ausschließlich auf Geschäfte des Ausgleichslagers zurückzuführen sind, einschließlich der Ausgaben für Kreditvereinbarungen, Lagerung, Kommissionen und Versicherung, werden vom Geschäftsleiter in das Ausgleichslagerkonto eingestellt.

d) Die Belastung des Ausgleichslagerkontos mit Ausgaben anderer Art unterliegt der Entscheidung des Geschäftsführenden Vorsitzenden.

(2) Der Rat übernimmt nicht die Auslagen der Ratsdelegierten oder ihrer Stellvertreter und Berater.

Artikel 18

Währung

Barzahlungen an das Verwaltungskonto seitens der Mitglieder nach den Artikeln 20 und 60, Barzahlungen an das Ausgleichslagerkonto seitens der Mitglieder nach den Artikeln 22 und 23, Barzahlungen aus dem Verwaltungskonto an Mitglieder nach Artikel 60 sowie Barzahlungen aus dem Ausgleichslagerkonto an Mitglieder nach den Artikeln 22, 23, und 26 werden in der Währung des Gastlands berechnet und geleistet; auf Wunsch des betreffenden Mitglieds kann der Gegenwert des in der Währung des Gastlands geschuldeten Betrags zu dem am Zahltag jeweils gültigen Tageskurs auch in jeder auf den Devisenmärkten frei in die Währung des Gastlands konvertierbaren Währung gezahlt werden.

Artikel 19

Rechnungsprüfung

(1) Der Rat ernennt Revisoren für die Prüfung seiner Geschäftsbücher.

(2) Nach Ablauf jedes Rechnungsjahrs veröffentlicht der Rat so bald wie möglich die von unabhängigen Bücherrevisoren geprüften Verwaltungs- und Ausgleichslagerkonten; das Ausgleichslagerkonto darf jedoch nicht früher als drei Monate nach Ablauf des entsprechenden Rechnungsjahrs veröffentlicht werden.

Kapitel IX

Das Verwaltungskonto

Artikel 20

Der Haushalt

(1) Auf seiner ersten Tagung nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens genehmigt der Rat den Haushalt des Verwaltungskontos in Einnahmen und Ausgaben für die Zeit zwischen dem Inkrafttreten des Übereinkommens und dem Ende des ersten Rechnungsjahrs. In der Folgezeit genehmigt er einen Jahreshaushalt für jedes Rechnungsjahr. Erweist sich zu irgendeinem Zeitpunkt eines Rechnungsjahrs wegen bereits eingetretener oder wahrscheinlich eintretender unvorhergesehener Umstände, daß das Verwaltungskonto-Guthaben zur Deckung der Verwaltungskosten des Rates vermutlich nicht ausreicht, so kann der Rat für das restliche Rechnungsjahr einen Ergänzungshaushalt genehmigen.

(2) Auf der Grundlage der in Absatz 1 beschriebenen Haushalte bemißt der Rat den in der Währung des Gastlands an das Verwaltungskonto abzuführenden Betrag jedes Mitglieds, das nach Mitteilung des Betrags diesen in voller Höhe an den Rat zu zahlen hat. Jedes Mitglied entrichtet ein Zweitausendstel des erforderlichen Gesamtbetrags für jede Stimme, über die es am Tag der Bemessung verfügt.

3. Any Member which fails to pay its contribution to the Administrative Account within six months of the date of notice of assessment may be deprived by the Council of its right to vote. If such a Member fails to pay its contribution within 12 months of the date of notice of assessment, the Council may deprive it of any other rights under this Agreement, provided that the Council shall, on receipt of any such outstanding contribution, restore to the Member concerned the rights of which it has been deprived under this paragraph.

Chapter X The Buffer Stock Account

Article 21

Establishment and size of the buffer stock

In order to achieve the objectives of this Agreement there shall be established, *inter alia*, a buffer stock consisting of a normal stock of 30,000 tonnes of tin metal to be financed from government contributions, and an additional stock of 20,000 tonnes of tin metal to be financed from borrowing, using as security stock warrants and, if necessary, government guarantees/government undertakings.

Article 22

Financing of the normal buffer stock

1. The financing of the normal buffer stock shall at all times be shared equally between Producing and Consuming Members. Such financing may, where relevant, be provided by the appropriate agencies of the Members concerned.

2. An initial contribution amounting to the cash equivalent of 10,000 tonnes of tin metal shall be due on entry into force of this Agreement. Subsequent contributions amounting to the cash equivalent of the remaining 20,000 tonnes of tin metal shall become due on such date or dates as the Council may determine.

3. The contributions referred to in paragraph 2 of this article shall be apportioned by the Council among Members in accordance with their respective percentages of production or consumption as set out in the tables established or revised by the Council in accordance with paragraph 3 or paragraph 4 of article 14 which are in effect at the time of the apportionment of contributions.

4. The amounts of the contributions referred to in paragraph 2 of this article shall be determined on the basis of the floor price in effect at the date when the contributions are called.

5. The initial contribution of a Member due in accordance with paragraph 2 of this article may, with the consent of that Member, be made by transfer from the Buffer Stock Account held under the Fifth Agreement.

6. If at any time the Council holds cash assets in the Buffer Stock Account the total amount of which exceeds the cash equivalent of 10,000 tonnes of tin metal at the prevailing floor price, the Council may authorize refunds out of such excess to Members in proportion to the contributions they have made under this article. At the request of a Member the refund to which it is entitled may be retained in the Buffer Stock Account.

7. Whilst this Agreement is in force provisionally, and notwithstanding the provisions of paragraphs 2 and 3 of this article, the contribution of a Member to be apportioned by the Council shall not exceed 125 per cent of its contribution based on its percentage of production or consumption as set out in annex A or annex B to this Agreement.

(3) Entrichtet ein Mitglied nicht binnen sechs Monaten nach Mitteilung der Bemessung seinen Beitrag an das Verwaltungskonto, so kann der Rat ihm sein Stimmrecht entziehen. Entrichtet ein solches Mitglied seinen Beitrag nicht binnen zwölf Monaten nach Mitteilung der Bemessung, so kann der Rat ihm alle sonstigen Rechte aus diesem Übereinkommen entziehen; nach Eingang derartiger rückständiger Beiträge hat der Rat das betreffende Mitglied jedoch in sämtliche Rechte wieder einzusetzen, die ihm nach diesem Absatz entzogen wurden.

Kapitel X Das Ausgleichslagerkonto

Artikel 21

Errichtung und Umfang des Ausgleichslagers

Um die Ziele dieses Übereinkommens zu verwirklichen, wird unter anderem ein Ausgleichslager errichtet, das aus einem Normalvorrat von 30 000 Tonnen Zinnmetall besteht, der aus Beiträgen der Regierungen finanziert wird, sowie aus einem zusätzlichen Vorrat von 20 000 Tonnen Zinnmetall, der über Kreditaufnahme finanziert wird, wobei Lagerscheine und erforderlichenfalls Regierungsgarantien/Regierungsverpflichtungen als Sicherheit dienen.

Artikel 22

Finanzierung des normalen Ausgleichslagers

(1) Die Finanzierung des normalen Ausgleichslagers wird stets von den Erzeugermitgliedern und den Verbrauchermitgliedern zu gleichen Teilen getragen. Diese Finanzierung kann gegebenenfalls durch die entsprechenden Stellen der betroffenen Mitglieder erfolgen.

(2) Ein Grundbeitrag in bar im Gegenwert von 10 000 Tonnen Zinnmetall ist bei Inkrafttreten dieses Übereinkommens fällig. Folgebeiträge in bar im Gegenwert der restlichen 20 000 Tonnen Zinnmetall werden zu einem Zeitpunkt oder zu Zeitpunkten fällig, die der Rat bestimmt.

(3) Die in Absatz 2 genannten Beiträge werden vom Rat auf die Mitglieder nach Maßgabe ihrer jeweiligen Vornhundertsätze der Erzeugung oder des Verbrauchs umgelegt, wie sie in den vom Rat nach Artikel 14 Absatz 3 oder Absatz 4 erstellten oder revidierten zum Zeitpunkt der Beitragsumlegung gültigen Tabellen aufgeführt sind.

(4) Die Höhe der in Absatz 2 genannten Beiträge wird auf der Grundlage des Mindestpreises bestimmt, der zu dem Zeitpunkt gültig ist, zu dem die Beiträge aufgerufen werden.

(5) Der nach Absatz 2 fällige Grundbeitrag eines Mitglieds kann mit Zustimmung des betreffenden Mitglieds durch Überweisung aus dem Ausgleichslagerkonto des Fünften Zinn-Übereinkommens geleistet werden.

(6) Verfügt der Rat zu einem gegebenen Zeitpunkt über ein Barguthaben im Ausgleichslagerkonto, dessen Gesamtbetrag den auf der Grundlage des jeweils geltenden Mindestpreises errechneten Gegenwert in bar von 10 000 Tonnen Zinnmetall übersteigt, so kann der Rat aus diesem Überschuss Rückerstattungen an die Mitglieder im Verhältnis ihrer nach diesem Artikel geleisteten Beiträge genehmigen. Auf Antrag eines Mitglieds kann die ihm zustehende Rückerstattung im Ausgleichslagerkonto verbleiben.

(7) Für die Dauer der vorläufigen Gültigkeit dieses Übereinkommens und ungeachtet der Absätze 2 und 3 darf der vom Rat umzulegende Beitrag eines Mitglieds 125 v. H. seines auf der Grundlage seines in Anlage A oder Anlage B angegebenen Vornhundertsatzes der Erzeugung oder des Verbrauchs errechneten Beitrags nicht übersteigen.

Article 23

**Arrears in contributions
to the Buffer Stock Account**

1. If a Member does not fulfil its obligation to contribute to the Buffer Stock Account by the date such contribution becomes due, it shall be considered to be in arrears. A Member in arrears for 60 days or more shall not count as a Member for the purpose of a decision by the Council under paragraph 2 of this article.

2. The voting and other rights in the Council of a Member in arrears for 60 days or more under paragraph 1 of this article shall be suspended, unless the Council, by a two-thirds distributed majority, decides otherwise, provided that any delay in the fulfilment of a Member's obligation to contribute to the Buffer Stock Account shall not be regarded as arrears for the purposes of this paragraph if such delay has occurred exclusively in respect of that part of the contribution which exceeds the amount corresponding to its share of the estimated cost given in annex G to this Agreement.

3. The Council may call for coverage of arrears by other Members on a voluntary basis.

4. When the default has been remedied to the satisfaction of the Council, the voting and other rights of the Member in arrears shall be restored. If the arrears have been made good by other Members, these Members shall be fully reimbursed.

Article 24

Borrowing for the buffer stock

1. The Council may borrow for the purposes of the buffer stock and upon the security of tin warrants held by the buffer stock such sum or sums as it deems necessary. The terms and conditions of any such borrowings shall be approved by the Council.

2. The Council may, by a two-thirds distributed majority, make any other arrangements it sees fit in order to supplement its resources.

3. All charges connected with these borrowings and arrangements shall be assigned to the Buffer Stock Account.

Article 25

Relationship with the Common Fund for Commodities

When the Common Fund becomes operational the Council shall negotiate with the Fund for mutually acceptable terms and modalities for an association agreement with the Common Fund, in order to seek to take full advantage of the facilities of the Fund.

Chapter XI

Liquidation of the buffer stock

Article 26

Liquidation procedure

1. On the termination of this Agreement, all buffer stock operations under article 28, article 29, article 30 or article 31 shall cease. The Manager shall thereafter make no further purchase of tin and may sell tin only as authorized by paragraph 2, paragraph 3 or paragraph 8 of this article.

2. Unless the Council substitutes other arrangements for those contained in this article, the Manager shall, in

Artikel 23

**Zahlungsrückstände
bei Beträgen zum Ausgleichslagerkonto**

(1) Erfüllt ein Mitglied seine Verpflichtung, einen Beitrag zum Ausgleichslagerkonto zu leisten, nicht bis zum Fälligkeitszeitpunkt, so gilt es als mit seinen Beitragszahlungen im Rückstand befindlich. Ein Mitglied, das 60 oder mehr Tage im Rückstand ist, wird für die Zwecke eines Ratsbeschlusses nach Absatz 2 nicht als Mitglied gerechnet.

(2) Die Stimm- und sonstigen Rechte eines Mitglieds, das nach Absatz 1 sechzig oder mehr Tage mit seinen Beitragszahlungen im Rückstand ist, im Rat werden suspendiert, sofern der Rat nicht mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit etwas anderes beschließt, wobei eine Verzögerung bei der Erfüllung der Verpflichtung eines Mitglieds, einen Beitrag zum Ausgleichslagerkonto zu leisten, nicht als Zahlungsrückstand im Sinne dieses Absatzes zu betrachten ist, wenn diese Verzögerung ausschließlich bei demjenigen Teil des Beitrags eingetreten ist, der den Betrag übersteigt, der dem Anteil des Mitglieds an den in Anlage G angegebenen geschätzten Kosten entspricht.

(3) Der Rat kann andere Mitglieder auffordern, Zahlungsrückstände freiwillig auszugleichen.

(4) Ist der Zahlungsverzug zur Zufriedenheit des Rates beendet worden, so wird das in Zahlungsrückstand befindliche Mitglied wieder in seine Stimm- und sonstigen Rechte eingesetzt. Ist der Zahlungsrückstand von anderen Mitgliedern ausgeglichen worden, so ist der jeweilige Betrag diesen Mitgliedern in vollem Umfang rückzuerstatten.

Artikel 24

Kreditaufnahme für das Ausgleichslager

(1) Der Rat kann für Zwecke des Ausgleichslagers und unter Sicherheitsleistung der Zinnlagerscheine des Ausgleichslagers einen oder mehrere ihm notwendig erscheinende Kredite aufnehmen. Die Kreditbedingungen bedürfen der Genehmigung des Rates.

(2) Der Rat kann mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit andere von ihm als geeignet erachtete Vorkehrungen zur Ergänzung seiner Mittel treffen.

(3) Das Ausgleichslagerkonto wird mit sämtlichen mit diesen Kreditaufnahmen und Vorkehrungen verbundenen Unkosten belastet.

Artikel 25

Beziehungen zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe

Sobald der Gemeinsame Fonds für Rohstoffe seine Geschäftstätigkeit aufnimmt, verhandelt der Rat mit dem Fonds über gegenseitig annehmbare Bedingungen und Modalitäten für ein Assoziierungsabkommen mit dem Gemeinsamen Fonds, um sich um die volle Nutzung der Fazilitäten des Fonds zu bemühen.

Kapitel XI

Auflösung des Ausgleichslagers

Artikel 26

Auflösungsverfahren

(1) Mit Beendigung dieses Übereinkommens endet die gesamte Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers nach Artikel 28, 29, 30 oder 31. Der Geschäftsleiter darf danach Zinn nicht mehr ankaufen und es nur noch insoweit verkaufen, als er dazu nach Absatz 2, 3 oder 8 ermächtigt ist.

(2) Sofern der Rat nicht die in diesem Artikel enthaltenen Regelungen durch andere ersetzt, hat der Geschäftsleiter im

connection with the liquidation of the buffer stock, take the steps set out in paragraphs 3, 4, 5, 6, 7, 8 and 11 of this article.

3. As soon as possible after the termination of this Agreement, the Manager shall set aside from the balance remaining in the Buffer Stock Account a sum which, in his estimation, is sufficient to repay any borrowings which may be outstanding under article 24, and to meet the total expenses of liquidation of the buffer stock in accordance with the provisions of this article. Should the balance remaining in the Buffer Stock Account be inadequate for these purposes, the Manager shall sell sufficient tin over such period and in such quantities as the Council may decide in order to provide the additional sum required.

4. Subject to and in accordance with the terms of this Agreement, the share of each Member in the buffer stock shall be refunded to that Member.

5. For the purpose of ascertaining the share of each Member in the buffer stock, the Manager shall adopt the following procedure:

- (a) The contributions made by each Member in cash to the buffer stock shall be determined;
- (b) All the tin held by the Manager on the date of termination of this Agreement shall be valued on the basis of an appropriate price for tin on that date on a recognized market to be agreed by the Council, and an amount to that value shall be added to the total cash held by him at that date after setting aside a sum as required by paragraph 3 of this article;
- (c) If the total arrived at under subparagraph (b) above is greater than the sum total of all the contributions made to the buffer stock by all Members, the surplus shall be apportioned among Members in proportion to the total contributions to the buffer stock of each Member determined in accordance with subparagraph (a) above, multiplied by the number of days that such contributions have been at the disposal of the Manager on the termination of this Agreement. For the purpose of calculating the number of days that a contribution has been at the disposal of the Manager neither the day on which the contribution was received by him nor the day of the termination of this Agreement shall be counted. The amount of surplus so apportioned to each Member shall be added to the total of the contributions of that Member determined in accordance with subparagraph (a) above. In calculating the apportionment of such a surplus a forfeited contribution shall not be regarded as having been at the disposal of the Manager during the period of forfeiture;
- (d) If the total arrived at under subparagraph (b) above is less than the sum of all the contributions made to the buffer stock by all Members, the deficit shall be apportioned among Members in proportion to their total contributions. The amount of the deficit so apportioned to each Member shall be deducted from the total of the contributions of that Member determined in accordance with subparagraph (a) above;
- (e) The result of the foregoing calculation shall, in the case of each Member, be treated as its share of the buffer stock.

6. Subject to the provisions of paragraph 3 of this article, the share of each Member in the cash and tin available for distribution in accordance with paragraph 5 of this article shall be allocated to it, provided that if any Member has forfeited the whole or part of its rights to participate in the proceeds of the liquidation of the buffer stock by virtue of article 20, article 23, article 36, article 48 or article 58, it shall to that extent be

Zusammenhang mit der Auflösung des Ausgleichslagers die in den Absätzen 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 11 dargelegten Schritte zu unternehmen.

(3) So bald wie möglich nach Beendigung dieses Übereinkommens sondert der Geschäftsleiter aus dem im Ausgleichslagerkonto verbliebenen Guthaben einen Betrag aus, der nach seiner Schätzung ausreicht, um alle nach Artikel 24 aufgenommenen noch ausstehenden Kredite zurückzuzahlen und die gesamten Ausgaben für die Auflösung des Ausgleichslagers nach diesem Artikel zu decken. Genügt das im Ausgleichslagerkonto verbliebene Guthaben nicht für diese Zwecke, so veräußert der Geschäftsleiter während eines vom Rat beschlossenen Zeitraums und in den vom Rat beschlossenen Mengen genügend Zinn, um den erforderlichen zusätzlichen Betrag zu beschaffen.

(4) Im Einklang mit diesem Übereinkommen wird der Anteil jedes Mitglieds am Ausgleichslager dem betreffenden Mitglied rückerstattet.

(5) Zur Feststellung des Anteils jedes Mitglieds am Ausgleichslager wendet der Geschäftsleiter folgendes Verfahren an:

- a) Die von jedem Mitglied in bar an das Ausgleichslager entrichteten Beiträge werden ermittelt;
- b) das gesamte am Tag der Beendigung dieses Übereinkommens beim Geschäftsleiter vorhandene Zinn wird auf der Grundlage eines angemessenen Preises für Zinn bewertet, der an diesem Tag auf einem vom Rat zu bestimmenden anerkannten Markt gilt; ein Betrag in dieser Höhe wird sodann dem gesamten an diesem Tag beim Geschäftsleiter vorhandenen Barvermögen nach Aussonderung eines Betrags nach Absatz 3 hinzugerechnet;
- c) übersteigt der nach Buchstabe b errechnete Gesamtbetrag den Gesamtbetrag aller von sämtlichen Mitgliedern an das Ausgleichslager geleisteten Beiträge, so ist der Überschuß im Verhältnis der nach Buchstabe a ermittelten Gesamtbeiträge jedes Mitglieds zum Ausgleichslager, multipliziert mit der Zahl der Tage, während deren diese Beiträge dem Geschäftsleiter bis zur Beendigung dieses Übereinkommens zur Verfügung standen, unter den Mitgliedern aufzuteilen. Bei der Berechnung der Zahl der Tage, während deren ein Betrag dem Geschäftsleiter zur Verfügung stand, zählt weder der Tag, an dem der Beitrag beim Geschäftsleiter einging, noch der Tag der Beendigung dieses Übereinkommens. Der in dieser Weise jedem Mitglied zugesprochene Überschußanteil wird den nach Buchstabe a ermittelten Gesamtbeiträgen des betreffenden Mitglieds zugeschlagen. Bei der Berechnung eines derartigen Überschußanteils wird ein verwirkter Beitrag so angesehen, als habe er während des Zeitraums der Verwirkung dem Geschäftsleiter nicht zur Verfügung gestanden;
- d) unterschreitet der nach Buchstabe b errechnete Gesamtbetrag den Gesamtbetrag aller von sämtlichen Mitgliedern an das Ausgleichslager geleisteten Beiträge, so ist der Fehlbetrag im Verhältnis der Gesamtbeiträge der Mitglieder unter diesen aufzuteilen. Der in dieser Weise auf jedes Mitglied entfallende Anteil am Fehlbetrag wird von den nach Buchstabe a ermittelten Gesamtbeiträgen des betreffenden Mitglieds abgezogen;
- e) das Ergebnis der oben erläuterten Berechnungen gilt für jedes Mitglied als dessen Anteil am Ausgleichslager.

(6) Vorbehaltlich des Absatzes 3 wird der Anteil jedes Mitglieds an den zur Verteilung nach Absatz 5 zur Verfügung stehenden Barmitteln und Zinnvorräten dem betreffenden Mitglied zugewiesen; hat jedoch ein Mitglied seine Rechte auf Beteiligung am Erlös aus der Auflösung des Ausgleichslagers nach Artikel 20, 23, 36, 48 oder 58 ganz oder teilweise verwirkt, so ist es insoweit von der Rückerstattung seines Anteils

excluded from the refund of its share and the resulting residue shall be apportioned among the other Members in proportion to their respective shares in the buffer stock.

7. The ratio of tin to cash allocated under the provisions of paragraphs 4, 5 and 6 of this article to each Member shall be the same.

8. (a) Each Member shall be repaid the cash allocated to it as the result of the procedure set out in paragraph 5 of this article.

(b) The tin so allocated to each Member shall be transferred to it in such instalments and over such period as the Council may deem appropriate, provided that, if the total quantity of tin to be transferred to Members is less than 30,000 tonnes, the period shall not exceed 24 months from the termination of this Agreement. If the total quantity of tin is 30,000 tonnes or more, it shall be transferred to Members at an average rate of 10,000 tonnes in each period of 12 months from the termination of this Agreement.

(c) In making each transfer, the Council shall have regard, *inter alia*, for:

- (i) The total quantity of tin available for distribution;
- (ii) The effects that the release of such quantity of tin may have on the market; and
- (iii) The interests of Members with a view to ensuring continued supply of tin.

(d) At the option of any Member any such instalment may be sold and the net proceeds of such sale paid to that Member.

9. Notwithstanding the liquidation procedure provided for in this article, any tin allocated to Members in accordance with paragraph 8 of this article may be transferred to the buffer stock of a subsequent International Tin Agreement.

10. Any tin allocated to a Member which is not a party to a succeeding International Tin Agreement shall be returned to that Member not later than six months after the termination of this Agreement.

11. When all the tin has been disposed of in accordance with paragraph 8 of this article, the Manager shall distribute among Members any balance remaining of the sum set aside under paragraph 3 of this article in the proportions allocated to each Member in accordance with paragraph 5 of this article.

Part three
Economic provisions

Chapter XII
Floor and ceiling prices

Article 27
Floor and ceiling prices

1. For the purposes of this Agreement there shall be floor and ceiling prices for tin metal, which shall be expressed in Malaysian ringgit or in any other currency which the Council may decide. The range between the floor and ceiling prices shall be 30 per cent of the floor price and shall be divided into three equal sectors.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this article, the initial floor and ceiling prices shall be those in effect under the Fifth Agreement at the date of termination of that Agreement.

ausgeschlossen; der dadurch verbleibende Restbetrag wird unter den anderen Mitgliedern im Verhältnis ihrer jeweiligen Anteile am Ausgleichslager aufgeteilt.

(7) Das Verhältnis zwischen Zinnmengen und Barmitteln, die nach den Absätzen 4, 5 und 6 zugewiesen werden, ist für jedes Mitglied gleich.

(8) a) Jedem Mitglied wird der Barbetrag rückerstattet, der ihm als Ergebnis des in Absatz 5 niedergelegten Verfahrens zugewiesen wird.

b) Die in dieser Weise jedem Mitglied zugewiesene Zinnmenge wird ihm in den Raten und innerhalb des Zeitraums, die der Rat als angemessen erachtet, ausgeliefert; jedoch darf der Zeitraum, wenn die gesamte an die Mitglieder auszuliefernde Zinnmenge weniger als 30 000 Tonnen beträgt, 24 Monate von der Beendigung dieses Übereinkommens an nicht überschreiten. Wenn die gesamte Zinnmenge 30 000 Tonnen oder mehr beträgt, werden je Zeitraum von 12 Monaten von der Beendigung dieses Übereinkommens an durchschnittlich 10 000 Tonnen an die Mitglieder ausgeliefert.

c) Bei jeder Auslieferung berücksichtigt der Rat unter anderem

- i) die Gesamtmenge des zur Verteilung zur Verfügung stehenden Zinns;
- ii) die Wirkung, welche die Freigabe einer solchen Zinnmenge auf den Markt haben kann, und
- iii) die Interessen der Mitglieder im Hinblick auf die Sicherstellung einer stetigen Zinnversorgung.

d) Auf Wunsch eines Mitglieds kann jede derartige Rate verkauft und der Nettoverkaufserlös an das betreffende Mitglied ausgezahlt werden.

(9) Ungeachtet des in diesem Artikel vorgesehenen Auflösungsverfahrens kann das den Mitgliedern nach Absatz 8 zugewiesene Zinn auch auf das Ausgleichslager eines späteren Internationalen Zinn-Übereinkommens übertragen werden.

(10) Einem Mitglied, das nicht Vertragspartei eines späteren Internationalen Zinn-Übereinkommens ist, zugewiesenes Zinn ist dem betreffenden Mitglied spätestens sechs Monate nach Beendigung dieses Übereinkommens zurückzugeben.

(11) Ist über den gesamten Zinnvorrat nach Absatz 8 verfügt worden, so verteilt der Geschäftsleiter einen etwaigen Restbetrag des nach Absatz 3 ausgesonderten Betrags unter den Mitgliedern im Verhältnis der jedem Mitglied nach Absatz 5 zugewiesenen Anteile.

Teil Drei
Wirtschaftsbestimmungen

Kapitel XII
Mindest- und Höchstpreise

Artikel 27
Mindest- und Höchstpreise

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens werden Mindest- und Höchstpreise für Zinnmetall festgesetzt, die in malaysischen Ringgit oder in einer anderen vom Rat zu bestimmenden Währung ausgedrückt sind. Die Spanne zwischen Mindest- und Höchstpreis beträgt 30 v. H. des Mindestpreises und wird in drei gleiche Abschnitte unterteilt.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 sind die anfänglichen Mindest- und Höchstpreise diejenigen, die nach dem Fünften Zinn-Übereinkommen bei dessen Beendigung in Kraft waren.

3. At its first session after the entry into force of this Agreement, and thereafter on the basis of continuing studies conducted by the Economic and Price Review Panel or by such other body as the Council may decide, or in accordance with the provisions of article 31, the Council shall review, and may revise, the floor and ceiling prices with a view to attaining the objectives of this Agreement.

4. If the Council does not determine new floor and ceiling prices at its first session after the entry into force of this Agreement, the floor price shall remain the same as that in effect at the date of the termination of the Fifth Agreement and the ceiling price shall be 130 per cent of the floor price.

5. In conducting its reviews of floor and ceiling prices, the Council shall take into account the short-term developments and the various levels and trends of tin production and consumption, the production costs of tin, the existing capacity for mine production, the adequacy of the current price to maintain sufficient future mine production capacity and other relevant factors affecting movements in the price of tin.

6. The Council shall publish without delay any revised floor and ceiling prices, including any provisional or revised price determined under article 31.

Chapter XIII

Management of buffer stock operations

Article 28

Operation of the buffer stock

1. The Manager shall, in conformity with article 13 and within the provisions of this Agreement and the framework of instructions of the Council, be responsible to the Executive Chairman for the operation of the buffer stock.

2. For the purposes of this article, the market price of tin shall be the price of tin in that market recognized by the Council at the termination of the Fifth Agreement or such other price as the Council may at any time decide.

3. If the market price of tin:

- (a) Is equal to or greater than the ceiling price, the Manager shall, unless instructed by the Council to operate otherwise and subject to articles 29 and 31, offer for sale at the market price on recognized markets such tin as is at his disposal until the market price of tin falls below the ceiling price or the tin at his disposal is exhausted;
- (b) Is in the upper sector of the range between the floor and ceiling prices, the Manager may operate on recognized markets at the market price in order to prevent the market price from rising too steeply, provided he is a net seller of tin;
- (c) Is in the middle sector of the range between the floor and ceiling prices, the Manager may operate only if so authorized by a two-thirds distributed majority of the Council;
- (d) Is in the lower sector of the range between the floor and ceiling prices, the Manager may operate on recognized markets at the market price in order to prevent the market price from falling too steeply, provided he is a net buyer of tin; or
- (e) Is equal to or less than the floor price, the Manager shall, unless instructed by the Council to operate otherwise, if he has funds at his disposal and subject to articles 29 and 31, offer to buy tin on recognized markets at the market

(3) Auf seiner ersten Tagung nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens und danach auf der Grundlage vom Wirtschafts- und Preisprüfungsausschuß oder von einem anderen durch den Rat zu bestimmenden Gremium durchgeführter laufender Untersuchungen oder nach Maßgabe des Artikels 31 überprüft der Rat die Mindest- und Höchstpreise und kann sie zur Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens neu festsetzen.

(4) Setzt der Rat auf seiner ersten Tagung nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens keine neuen Mindest- und Höchstpreise fest, so bleibt der Mindestpreis derselbe, der bei Beendigung des Fünften Zinn-Übereinkommens in Kraft war, und der Höchstpreis beträgt 130 v. H. des Mindestpreises.

(5) Bei der Durchführung seiner Überprüfungen der Mindest- und Höchstpreise hat der Rat die kurzfristigen Entwicklungen sowie die verschiedenen Höhen und Entwicklungstendenzen der Zinnerzeugung und des Zinnverbrauchs, die Produktionskosten für Zinn, die vorhandene Förderkapazität, die Angemessenheit des jeweils gültigen Preises im Hinblick auf die Beibehaltung ausreichender künftiger Förderkapazitäten sowie sonstige einschlägige Faktoren zu berücksichtigen, welche die Bewegung des Zinnpreises beeinflussen.

(6) Der Rat veröffentlicht unverzüglich alle neu festgesetzten Mindest- und Höchstpreise einschließlich der nach Artikel 31 bestimmten vorläufigen oder neu festgesetzten Preise.

Kapitel XIII

Leitung des Ausgleichslagers

Artikel 28

Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers

(1) Der Geschäftsleiter ist nach Maßgabe des Artikels 13 und der sonstigen Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie im Rahmen der Weisungen des Rates dem Geschäftsführenden Vorsitzenden für die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers verantwortlich.

(2) Im Sinne dieses Artikels ist der Marktpreis für Zinn der Zinnpreis auf dem vom Rat bei Beendigung des Fünften Übereinkommens anerkannten Markt oder ein sonstiger vom Rat jeweils festgesetzter Preis.

(3) Wenn der Marktpreis für Zinn

- a) den Höchstpreis erreicht oder übersteigt, hat der Geschäftsleiter, sofern er nicht vom Rat eine andere Weisung erhält und vorbehaltlich der Artikel 29 und 31 das von ihm auf Lager gehaltene Zinn zum Marktpreis auf anerkannten Märkten zum Verkauf anzubieten, bis der Marktpreis für Zinn unter den Höchstpreis fällt oder der dem Geschäftsleiter zur Verfügung stehende Zinnvorrat erschöpft ist;
- b) sich im oberen Abschnitt der Preisspanne zwischen Mindest- und Höchstpreis bewegt, kann der Geschäftsleiter auf anerkannten Märkten zum Marktpreis handeln, um ein allzu kräftiges Ansteigen des Marktpreises zu verhindern, vorausgesetzt er ist Nettoverkäufer von Zinn;
- c) sich im mittleren Abschnitt der Preisspanne zwischen Mindest- und Höchstpreis bewegt, darf der Geschäftsleiter nur tätig werden, wenn der Rat dies mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit genehmigt;
- d) sich im unteren Abschnitt der Preisspanne zwischen Mindest- und Höchstpreis bewegt, kann der Geschäftsleiter auf anerkannten Märkten zum Marktpreis handeln, um ein allzu kräftiges Fallen des Marktpreises zu verhindern, vorausgesetzt er ist Nettoverkäufer von Zinn;
- e) den Mindestpreis erreicht oder unterschreitet, hat der Geschäftsleiter, sofern er nicht vom Rat eine andere Weisung erhält und sofern er Mittel zur Verfügung hat, vorbehaltlich der Artikel 29 und 31 auf anerkannten Märkten als

price until the market price of tin is above the floor price or the funds at his disposal are exhausted.

4. For the purposes of this Agreement recognized markets shall be taken to mean the Penang Straits Tin Market, the London Metal Exchange, and/or any other market which may from time to time be recognized by the Council for the purposes of the operation of the buffer stock.

5. The Manager may engage in forward transactions under paragraph 3 of this article only if these will be completed before the termination date of this Agreement or before some other date after the termination of this Agreement as determined by the Council.

Article 29

Restriction or suspension of buffer stock operations

1. Notwithstanding the provisions of article 28, paragraph 3 (b) and (d), the Council may restrict or suspend forward transactions of tin when the Council considers it necessary to achieve the purposes of this Agreement.

2. Notwithstanding the provisions of article 28, paragraph 3 (a) and (e), the Council, if in session, may restrict or suspend the operations of the buffer stock if, in its opinion, the discharge of the obligations laid upon the Manager by those subparagraphs will not achieve the purposes of this Agreement.

3. At such times as the Council is not in session, the power to restrict or suspend operations under paragraph 2 of this article shall be vested in the Executive Chairman.

4. The Executive Chairman may at any time revoke a restriction or suspension made under paragraph 3 of this article.

5. Immediately after a decision by the Executive Chairman to restrict or suspend the operations of the buffer stock under paragraph 3 of this article, he shall convene a session of the Council to review such decision. Such session shall be held within 14 days after the date of the restriction or suspension.

6. The Council may confirm or cancel any restriction or suspension under paragraph 3 of this article. If the Council does not come to a decision, buffer stock operations shall continue without the restriction or shall be resumed in accordance with the provisions of article 28.

7. So long as any restriction or suspension of the operations of the buffer stock determined in accordance with this article remains in force, the Council shall review this decision at intervals of not longer than six weeks. If at a session to make such a review the Council does not come to a decision in favour of the continuation of the restriction or suspension, buffer stock operations shall continue without the restriction or shall be resumed.

Article 30

Other operations of the buffer stock

1. The Council may authorize the Manager to buy tin from, or sell tin to or for the account of, a governmental non-commercial stock. The Council may also authorize the Manager to buy tin from contributing countries to the buffer stock of the Fifth Agreement from their share of the liquidation of the buffer stock under that Agreement. The provisions of article 28, paragraph 3, shall not apply to buying or selling of tin for which authority has been given in accordance with the provisions of this paragraph.

Käufer von Zinn zum Marktpreis aufzutreten, bis der Marktpreis für Zinn den Mindestpreis überschreitet oder die ihm zur Verfügung stehenden Mittel erschöpft sind.

(4) Im Sinne dieses Übereinkommens gelten als anerkannte Märkte der Penang-Straits-Zinnmarkt, die Londoner Metallbörse und/oder alle anderen Märkte, die vom Rat von Zeit zu Zeit zum Zweck der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers anerkannt werden.

(5) Der Geschäftsleiter darf Termingeschäfte nach Absatz 3 nur dann abschließen, wenn sie vor Beendigung dieses Übereinkommens oder vor einem anderen vom Rat festzusetzenden Zeitpunkt nach Beendigung des Übereinkommens abgewickelt werden.

Artikel 29

Einschränkung oder Aussetzung der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers

(1) Ungeachtet des Artikels 28 Absatz 3 Buchstaben b und d kann der Rat Termingeschäfte mit Zinn einschränken oder aussetzen, wenn er dies zur Erreichung der Zwecke dieses Übereinkommens für notwendig hält.

(2) Ungeachtet des Artikels 28 Absatz 3 Buchstaben a und e kann der Rat, sofern er zu einer Tagung zusammengetreten ist, die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers einschränken oder aussetzen, wenn nach seiner Meinung die Erfüllung der dem Geschäftsleiter durch die genannten Bestimmungen auferlegten Verpflichtungen nicht zur Erreichung der Zwecke dieses Übereinkommens führen wird.

(3) Außerhalb der Ratstagungen liegt die Befugnis zur Einschränkung oder Aussetzung der Geschäftstätigkeit nach Absatz 2 beim Geschäftsführenden Vorsitzenden.

(4) Der Geschäftsführende Vorsitzende kann jederzeit eine nach Absatz 3 beschlossene Einschränkung oder Aussetzung wieder aufheben.

(5) Der Geschäftsführende Vorsitzende hat unmittelbar nach seinem Beschluß, die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers nach Absatz 3 einzuschränken oder auszusetzen, eine Ratstagung zur Überprüfung dieses Beschlusses einzuberufen. Eine solche Tagung findet binnen 14 Tagen nach dem Einschränkungs- oder Aussetzungsbeschluß statt.

(6) Der Rat kann jede Einschränkung oder Aussetzung nach Absatz 3 bestätigen oder aufheben. Faßt der Rat keinen Beschluß, so wird die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers nach Maßgabe des Artikels 28 ohne Einschränkung fortgesetzt oder wieder aufgenommen.

(7) Während der Anwendungsdauer einer Einschränkung oder Aussetzung der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers nach diesem Artikel hat der Rat seinen diesbezüglichen Beschluß in Zeitabständen von längstens sechs Wochen zu überprüfen. Gelangt der Rat auf einer Tagung, auf der er eine solche Überprüfung vorzunehmen hat, nicht zu einem Beschluß zugunsten der Aufrechterhaltung einer Einschränkung oder Aussetzung, so wird die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers ohne Einschränkung fortgesetzt oder wieder aufgenommen.

Artikel 30

Sonstige Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers

(1) Der Rat kann den Geschäftsleiter ermächtigen, Zinn aus nichtkommerziellen Regierungsvorräten zu kaufen oder an solche oder für Rechnung solcher Bestände zu verkaufen. Außerdem kann der Rat den Geschäftsleiter ermächtigen, Zinn von den zum Ausgleichslager des Fünften Übereinkommens beitragenden Ländern aus deren Anteil an der Auflösung des Ausgleichslagers im Rahmen jenes Übereinkommens zu kaufen. Artikel 28 Absatz 3 findet keine Anwendung auf den An- oder Verkauf von Zinn, für den eine Ermächtigung nach dem vorliegenden Absatz erteilt wurde.

2. Notwithstanding the provisions of articles 28 and 29, the Council may authorize the Manager, if his funds are inadequate to meet his operational expenses, to sell sufficient quantities of tin at the current price to meet expenses.

Article 31

The buffer stock and changes in exchange rates

1. The Executive Chairman may convene, or any Member may request him to convene, a session of the Council immediately to review the floor and ceiling prices if the Executive Chairman or the Member, as the case may be, considers that changes in exchange rates make such a review necessary. Sessions may be convened under this paragraph at less than seven days' notice.

2. In the circumstances set forth in paragraph 1 of this article, the Executive Chairman may, pending the session of the Council referred to in that paragraph, provisionally restrict or suspend the operations of the buffer stock, if such a restriction or suspension is in his opinion necessary to prevent buying or selling of tin by the Manager to an extent likely to prejudice the purposes of this Agreement.

3. A restriction or a suspension of buffer stock operations under this article may be confirmed, amended or cancelled by the Council. If the Council does not come to a decision, buffer stock operations, if provisionally restricted or suspended, shall continue without the restriction or shall be resumed.

4. Within 30 days of its decision to confirm, amend or cancel a restriction or a suspension of buffer stock operations under this article, the Council shall consider the determination of provisional floor and ceiling prices and may determine these prices. If the Council does not determine provisional floor and ceiling prices in accordance with this paragraph, the existing floor and ceiling prices shall, subject to the provisions of paragraph 6 of this article, remain in effect.

5. Within 90 days from the establishment of provisional floor and ceiling prices the Council shall review these prices and may determine new floor and ceiling prices. If the Council does not determine new floor and ceiling prices in accordance with this paragraph, the provisional floor and ceiling prices shall become the current floor and ceiling prices.

6. If the Council does not determine provisional floor and ceiling prices in accordance with paragraph 4 of this article, it may at any subsequent session determine what the floor and ceiling prices shall be.

7. Buffer stock operations shall be resumed in accordance with the provisions of article 28 on the basis of such floor and ceiling prices as are determined in accordance with paragraph 4, paragraph 5 or paragraph 6 of this article, as the case may be.

Chapter XIV Export control

Article 32

Determination of export control

1. When at least 70 per cent of the maximum volume of the buffer stock established under article 21, or the maximum volume of the buffer stock established under article 21 as modified by the financial provisions of article 22, paragraph 7, whichever is less, is held in tin metal in the buffer stock, the

(2) Ungeachtet der Artikel 28 und 29 kann der Rat den Geschäftsleiter ermächtigen, zur Deckung seiner mit der Geschäftstätigkeit im Zusammenhang stehenden Ausgaben hinreichende Zinnmengen zum Tagespreis zu verkaufen, falls er nicht über ausreichende Mittel verfügt.

Artikel 31

Ausgleichslager und Wechselkursänderungen

(1) Der Geschäftsführende Vorsitzende kann aus eigenem Entschluß oder auf Antrag eines Mitglieds eine Ratstagung zu dem Zweck einberufen, die Mindest- und Höchstpreise sogleich zu überprüfen, wenn nach Ansicht des Geschäftsführenden Vorsitzenden bzw. des betreffenden Mitglieds Wechselkursänderungen eine derartige Überprüfung erfordern. Aufgrund dieses Absatzes können Tagungen auch mit einer kürzeren Frist als sieben Tage einberufen werden.

(2) Unter den in Absatz 1 vorgesehenen Umständen kann der Geschäftsführende Vorsitzende bis zu der in jenem Absatz erwähnten Ratstagung die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers vorläufig einschränken oder aussetzen, wenn solche Maßnahmen nach seiner Meinung notwendig sind, um zu verhüten, daß der Geschäftsleiter in einem die Zwecke dieses Übereinkommens wahrscheinlich gefährdenden Ausmaß Zinn kauft oder verkauft.

(3) Eine Einschränkung oder Aussetzung der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers nach diesem Artikel kann vom Rat bestätigt, geändert oder aufgehoben werden. Kommt kein Ratsbeschluß zustande, so wird die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers, sofern sie vorläufig eingeschränkt oder ausgesetzt wurde, ohne Einschränkung fortgesetzt oder wieder aufgenommen.

(4) Binnen 30 Tagen nach seinem Beschluß, eine Einschränkung oder Aussetzung der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers nach diesem Artikel zu bestätigen, zu ändern oder aufzuheben, hat der Rat die Frage der Festsetzung vorläufiger Mindest- und Höchstpreise zu prüfen und kann diese Preise festsetzen. Setzt der Rat keine vorläufigen Mindest- und Höchstpreise nach diesem Absatz fest, so behalten die bestehenden Mindest- und Höchstpreise vorbehaltlich des Absatzes 6 ihre Gültigkeit.

(5) Binnen 90 Tagen nach Festsetzung vorläufiger Mindest- und Höchstpreise hat der Rat diese Preise zu überprüfen und kann neue Mindest- und Höchstpreise festsetzen. Setzt der Rat keine neuen Mindest- und Höchstpreise nach diesem Absatz fest, so werden die vorläufigen Mindest- und Höchstpreise die derzeitigen Mindest- und Höchstpreise.

(6) Setzt der Rat keine vorläufigen Mindest- und Höchstpreise nach Absatz 4 fest, so kann er auf jeder folgenden Tagung über die Mindest- und Höchstpreise Beschluß fassen.

(7) Die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers wird nach Maßgabe des Artikels 28 aufgrund der nach Absatz 4, 5 oder 6 des vorliegenden Artikels festgesetzten Mindest- und Höchstpreise wieder aufgenommen.

Kapitel XIV Ausfuhrüberwachung

Artikel 32

Festsetzung der Ausfuhrüberwachung

(1) Sobald mindestens 70 v. H. der Höchstmenge des nach Artikel 21 errichteten Ausgleichslagers oder die durch die Finanzierungsvorschriften des Artikels 22 Absatz 7 geänderte Höchstmenge des nach Artikel 21 errichteten Ausgleichslagers, je nachdem, welche Menge niedriger liegt, im Aus-

Council may, by a two-thirds distributed majority, declare a control period.

2. When at least 80 per cent of the maximum volume of the buffer stock established under article 21, or the maximum volume of the buffer stock established under article 21 as modified by the financial provisions of article 22, paragraph 7, whichever is less, is held in tin metal in the buffer stock, the Council may declare a control period.

3. In declaring a control period under paragraph 1 or paragraph 2 of this article, the Council shall fix a total permissible export tonnage for Producing Members for such control period, taking into account the estimates of production and consumption made under article 10, subparagraph (a), the quantity of tin metal and cash held in the buffer stock, the quantity, availability and probable trend of other stocks of tin, the trade in tin, the current price of tin metal and any other relevant factors.

4. It shall also be the duty of the Council to adjust supply to demand so as to maintain the price of tin metal between the floor and ceiling prices. The Council shall also aim to maintain available in the buffer stock tin metal and cash adequate to rectify discrepancies between supply and demand which may arise.

5. The limitation of exports under this Agreement in each control period shall depend on the decision of the Council, and no such limitation shall operate in any period unless the Council has declared it to be a control period and fixed a total permissible export tonnage in respect of it.

6. The Council may declare control periods and fix total permissible export tonnages notwithstanding the restriction or suspension of buffer stock operations in accordance with the provisions of article 29 or article 31.

7. A total permissible export tonnage previously fixed under paragraph 3 of this article may be increased, but not decreased, by the Council during the control period to which it relates.

8. If, during a control period for which a total permissible export tonnage has been fixed in accordance with paragraph 3 of this article, the 15-day moving average of the market price of tin remains at or above the upper limit of the lower sector of the price range established under article 27 for 12 consecutive market days, the permissible export tonnage shall be increased so that the total permissible export tonnage for the whole of that period shall be either:

(a) The level of exports for the corresponding period calculated on the basis of the quarterly average level of exports during the last four consecutive quarters which preceded the control period and which were not declared control periods; or

(b) 110 per cent of the total permissible export tonnage fixed for that control period;

whichever is the greater.

9. Notwithstanding the provisions of paragraph 8 of this article, the total permissible export tonnage for that control period shall not be increased if:

(a) A period of less than three months has elapsed since the imposition of export control immediately preceded by an interval during which no limitation of exports was in force and prior to the first of the 12 consecutive market days referred to in paragraph 8 of this article; or

gleichslager in Form von Zinnmetall gehalten werden, kann der Rat mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit einen Überwachungszeitraum verkünden.

(2) Sobald mindestens 80 v. H. der Höchstmenge des nach Artikel 21 errichteten Ausgleichslagers oder die durch die Finanzierungsvorschriften des Artikels 22 Absatz 7 geänderte Höchstmenge des nach Artikel 21 errichteten Ausgleichslagers, je nachdem, welche Menge niedriger liegt, im Ausgleichslager in Form von Zinnmetall gehalten werden, kann der Rat einen Überwachungszeitraum verkünden.

(3) Bei Verkündung eines Überwachungszeitraums nach Absatz 1 oder 2 setzt der Rat für Erzeugermittglieder für diesen Überwachungszeitraum eine zulässige Gesamtausfuhrtonnage fest, wobei er die nach Artikel 10 Buchstabe a vorgenommenen Erzeugungs- und Verbrauchsschätzungen, die im Ausgleichslager vorhandenen Zinnmetall- und Barbestände sowie die Menge, die Verfügbarkeit und die vermutliche Entwicklung sonstiger Zinnbestände, den Zinnhandel, den derzeitigen Zinnmetallpreis und sonstige einschlägige Faktoren berücksichtigt.

(4) Der Rat ist außerdem verpflichtet, das Angebot der Nachfrage anzupassen, um den Zinnmetallpreis zwischen Mindest- und Höchstpreis zu halten. Ferner wird der Rat bestrebt sein, im Ausgleichslager Zinnmetall und Barmittel verfügbar zu halten, die zur Behebung etwa auftretender Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage ausreichen.

(5) Eine Ausfuhrbeschränkung nach diesem Übereinkommen während eines Überwachungszeitraums bedarf eines Ratsbeschlusses; eine Ausfuhrbeschränkung findet nur in solchen Zeiträumen statt, die der Rat zu Überwachungszeiträumen erklärt und für die er eine zulässige Gesamtausfuhrtonnage festgesetzt hat.

(6) Der Rat kann ungeachtet einer Einschränkung oder Aussetzung der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers nach Artikel 29 oder 31 Überwachungszeiträume verkünden und zulässige Gesamtausfuhrtonnagen festsetzen.

(7) Der Rat kann eine bereits nach Absatz 3 festgesetzte zulässige Gesamtausfuhrtonnage während des Überwachungszeitraums, für den sie gültig ist, erhöhen, jedoch nicht herabsetzen.

(8) Bleibt der fünfzehntägige gleitende Durchschnitt des Marktpreises für Zinn während eines Überwachungszeitraums, für den eine zulässige Gesamtausfuhrtonnage nach Absatz 3 festgesetzt wurde, während 12 aufeinanderfolgender Börsentage auf oder über der oberen Grenze des unteren Preisbereichs der nach Artikel 27 festgesetzten Preisbereiche so wird die zulässige Ausfuhrtonnage so erhöht, daß die zulässige Gesamtausfuhrtonnage für den gesamten Zeitraum entweder

a) der Höhe der Ausfuhr für den entsprechenden Zeitraum entspricht, die auf der Grundlage der vierteljährlichen Durchschnittshöhe der Ausfuhr während der dem Überwachungszeitraum vorangehenden letzten vier aufeinanderfolgenden Vierteljahre, die nicht zu Überwachungszeiträumen erklärt wurden, errechnet wird, oder

b) 110 v. H. der für diesen Überwachungszeitraum festgesetzten zulässigen Gesamtausfuhrtonnage entspricht,

je nachdem, welcher Wert höher liegt.

(9) Ungeachtet des Absatzes 8 darf die zulässige Gesamtausfuhrtonnage für diesen Überwachungszeitraum nicht erhöht werden,

a) wenn seit der Einführung der Ausfuhrüberwachung, der unmittelbar eine Zwischenzeit voranging, in der keine Ausfuhrbeschränkung in Kraft war, und vor dem ersten der in Absatz 8 genannten 12 aufeinanderfolgenden Börsentage ein Zeitraum von weniger als drei Monaten verstrichen ist oder

(b) The latest known market price was in the lower sector of the price range, provided that, if the requirements set forth in paragraph 8 of this article continue to be met, such increase shall immediately take effect when the market price recovers to the upper limit of that sector or any higher level.

10. For the purposes of this article the market price of tin shall be the price of tin in the Penang Straits Tin Market, unless the Council decides otherwise.

11. When the Council has declared a control period and has fixed a total permissible export tonnage in respect of that period, the Council may at the same time call upon any country which is also a producer of tin from mines within its territory or territories to put into effect for that period such a limitation of its exports of tin derived from such production as may be agreed to be appropriate between the Council and the country concerned. The Council may also consult with countries which are consumers of tin with a view to improving the effectiveness of controls on supplies of tin coming on to international markets.

12. The Council may consult with Consuming Members on appropriate measures not inconsistent with other international agreements on trade, with the objective, during a control period, of seeking to provide a preference as regards the import of tin from Producing Members.

Article 33 Control periods

1. Control periods shall correspond to quarters, provided that, on any occasion when the limitation of exports is being introduced for the first time during the currency of this Agreement or is being re-introduced after an interval during which there has been no limitation of exports, the Council may declare as a control period any period not longer than five months or shorter than two months, ending on 31 March, 30 June, 30 September or 31 December.

2. A total permissible export tonnage which has become effective shall not cease to be effective during the course of the control period to which it relates by reason only of the fact that the buffer stock holding has fallen below the minimum tonnage of tin metal required under article 32, paragraphs 1 and 2, or any other tonnage substituted therefor under those paragraphs.

3. A control period already declared may be cancelled before, or terminated during, the currency of that period by the Council.

4. Notwithstanding the provisions of this article, if, under the Fifth Agreement, a total permissible export tonnage has been fixed in respect of the last quarter of that Agreement and is still effective at the termination of that Agreement, and unless the Council decides otherwise at its first session:

- (a) A control period which is in effect at the time of entry into force of this Agreement shall be deemed to have been declared under this Agreement; and
- (b) The total permissible export tonnage for such control period shall be at the same quarterly rate as that fixed under the Fifth Agreement for the last quarter of that Agreement, unless and until revised by the Council in accordance with the provisions of article 32.

Article 34

Division of total permissible export tonnage

1. The total permissible export tonnage for any control period shall be divided among Producing Members in

(b) wenn sich der letzte bekannte Marktpreis im unteren Abschnitt der Preisspanne befand, mit der Maßgabe, daß diese Erhöhung, falls die in Absatz 8 dargelegten Voraussetzungen weiterhin erfüllt werden, sogleich wirksam wird, wenn der Marktpreis wieder bis zur oberen Grenze dieses Abschnitts oder darüber hinaus steigt.

(10) Im Sinne dieses Artikels ist der Marktpreis für Zinn der Zinnpreis auf dem Penang-Straits-Zinnmarkt, sofern der Rat nichts anderes beschließt.

(11) Hat der Rat einen Überwachungszeitraum verkündet und eine zulässige Gesamtausfuhrtonnage für diesen Zeitraum festgesetzt, so kann er gleichzeitig jedes Land, das Zinn aus Bergwerken innerhalb seines Hoheitsgebiets oder seiner Hoheitsgebiete abbaut, auffordern, für die aus dieser Erzeugung entnommenen Zinnausfuhren während des genannten Zeitraums eine Beschränkung anzuordnen, die zwischen dem Rat und dem betreffenden Land als angemessen vereinbart wird. Der Rat kann außerdem Konsultationen mit Zinnverbraucherländern führen, um die Wirksamkeit der Überwachung der auf die internationalen Märkte gelangenden Zinnlieferungen zu verbessern.

(12) Der Rat kann mit Verbrauchermittgliedern Konsultationen über geeignete Maßnahmen führen, die mit anderen internationalen Handelsübereinkünften vereinbar sind, mit dem Ziel, sich während eines Überwachungszeitraums um eine Vorzugsbehandlung hinsichtlich der Einfuhr von Zinn aus Erzeugermittgliedern zu bemühen.

Artikel 33 Überwachungszeiträume

(1) Die Überwachungszeiträume fallen mit den Kalender- vierteljahren zusammen; wird jedoch die Ausfuhrbeschränkung erstmalig während der Laufzeit dieses Übereinkommens eingeführt oder nach einer Zwischenzeit, in der es keine Ausfuhrbeschränkung gab, wieder eingeführt, so kann der Rat jeden Zeitraum zum Überwachungszeitraum erklären, der höchstens fünf und mindestens zwei Monate beträgt und am 31. März, 30. Juni, 30. September oder 31. Dezember abläuft.

(2) Eine wirksam gewordene zulässige Gesamtausfuhrtonnage wird während des Überwachungszeitraums, für den sie gültig ist, nicht dadurch unwirksam, daß der Ausgleichs- lagerbestand die nach Artikel 32 Absätze 1 und 2 vorgeschriebene oder nach denselben Bestimmungen geänderte Mindesttonnage an Zinnmetall unterschreitet.

(3) Ein bereits verkündeter Überwachungszeitraum kann vom Rat vor seinem Beginn rückgängig gemacht oder während seiner Laufzeit beendet werden.

(4) Ist aufgrund des Fünften Übereinkommens für dessen letztes Vierteljahr eine bei Beendigung jenes Übereinkommens noch wirksame zulässige Gesamtausfuhrtonnage festgesetzt worden, so gilt ungeachtet dieses Artikels und sofern der Rat auf seiner ersten Tagung nichts anderes beschließt, folgendes:

- a) Ein bei Inkrafttreten des vorliegenden Übereinkommens laufender Überwachungszeitraum gilt als ein aufgrund dieses Übereinkommens verkündeter Zeitraum;
- b) die in einem solchen Überwachungszeitraum zulässige Gesamtausfuhrtonnage muß der Vierteljahresquote entsprechen, die aufgrund des Fünften Übereinkommens für dessen letztes Vierteljahr festgesetzt war, sofern und solange der Rat sie nicht nach Artikel 32 neu festsetzt.

Artikel 34

Aufteilung der zulässigen Gesamtausfuhrtonnage

(1) Die in einem Überwachungszeitraum zulässige Gesamtausfuhrtonnage wird auf die Erzeugermittglieder im Verhältnis

proportion to their production or export figures, as appropriate, for the last four consecutive quarters which preceded the control period and which were not declared control periods. In the division of the total permissible export tonnage under this paragraph, the Council shall give due consideration to any circumstances referred to in rule 6 of annex F to this Agreement, or stated by any Producing Member as being exceptional according to rule 9 of annex F, and may, with the consent of other Producing Members, use for that Member production or export figures, as appropriate, relating to another period decided by the Council.

2. (a) Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this article, the Council may, with the consent of a Producing Member, reduce its share in the total permissible export tonnage and redistribute the tonnage of the reduction among the other Producing Members in proportion to the percentages of those Members or, if circumstances so require, in some other manner.

(b) The quantity of tin determined according to subparagraph (a) above for any Producing Member for any control period shall, for the purposes of this article, be deemed to be the permissible export tonnage of that Member for that control period.

3. The net exports of tin from each Producing Member for each control period shall be limited, except as otherwise provided for in this Agreement, to the permissible export tonnage for that Member for that control period.

4. Each Producing Member shall take such measures as may be necessary to maintain and enforce the provisions of this article so that its exports shall correspond as closely as possible to its permissible export tonnage for any control period.

5. (a) It shall be the duty of any Producing Member which considers that it may be unable to export in any control period as much tin as it is entitled to export in accordance with its permissible export tonnage for that control period to make a declaration to that effect to the Council as soon as possible, but in any case not later than two calendar months after the date upon which such permissible export tonnage has become effective.

(b) If the Council has received such a declaration, or is of the opinion that any Producing Member may be unable to export in any control period as much tin as it is entitled to export in accordance with its permissible export tonnage, the Council may take such steps as will, in its opinion, ensure that the total permissible export tonnage will in fact be exported.

6. For the purposes of this article, the Council may decide that exports of tin from any Producing Member shall include the tin content of any material derived from the mineral production of the Member concerned.

Article 35 Point of export

Tin shall be deemed to have been exported if, in the case of a Member named in annex C to this Agreement, the formalities set out in that annex opposite the name of that Member have been completed, provided that:

- (a) The Council may, from time to time, with the consent of the Member concerned, revise annex C, and any such revision shall have effect as if it were included in that annex; and
- (b) If any tin is exported from any Producing Member by any method which is not provided for in annex C, the Council

ihrer Erzeugungs- bzw. Ausfuhrzahlen aufgeteilt, wie sie für die letzten vier aufeinanderfolgenden dem betreffenden Überwachungszeitraum vorangegangenen Vierteljahre galten, die nicht zu Überwachungszeiträumen erklärt wurden. Bei der Aufteilung der zulässigen Gesamtausfuhrtonnage nach diesem Absatz berücksichtigt der Rat gebührend sämtliche Umstände, die in Anlage F Regel 6 aufgeführt sind oder nach Anlage F Regel 9 von einem Erzeugermitglied als außergewöhnlich geltend gemacht werden; der Rat kann mit Zustimmung der anderen Erzeugermitglieder in bezug auf das betreffende Mitglied Erzeugungs- bzw. Ausfuhrzahlen verwenden, die sich auf einen anderen von ihm festgesetzten Zeitraum beziehen.

(2) a) Ungeachtet des Absatzes 1 kann der Rat mit Zustimmung eines Erzeugermitglieds dessen Anteil an der zulässigen Gesamtausfuhrtonnage herabsetzen und die freigewordene Tonnage unter die übrigen Erzeugermitglieder im Verhältnis ihrer Vornhundertsätze oder, wenn die Umstände dies erfordern, in sonstiger Weise verteilen.

b) Die nach Buchstabe a für ein Erzeugermitglied für einen Überwachungszeitraum festgesetzte Zinnmenge gilt für die Zwecke dieses Artikels als die während des betreffenden Überwachungszeitraums zulässige Ausfuhrtonnage dieses Mitglieds.

(3) Die Nettozinnausfuhren jedes Erzeugermitglieds für jeden Überwachungszeitraum werden, sofern in diesem Überkommen nichts anderes bestimmt ist, auf die für dieses Mitglied während dieses Überwachungszeitraums zulässige Ausfuhrtonnage beschränkt.

(4) Jedes Erzeugermitglied ergreift sämtliche zur Einhaltung und Durchsetzung dieses Artikels erforderlichen Maßnahmen mit dem Ziel, seine Ausfuhren so eng wie möglich an seine in dem jeweiligen Überwachungszeitraum zulässige Ausfuhrtonnage anzunähern.

(5) a) Jedes Erzeugermitglied, das nach seiner Auffassung vielleicht nicht in der Lage sein wird, während eines Überwachungszeitraums soviel Zinn auszuführen, wie es nach Maßgabe seiner zulässigen Ausfuhrtonnage in dem betreffenden Überwachungszeitraum auszuführen berechtigt ist, ist verpflichtet, so bald wie möglich, in jedem Fall jedoch spätestens zwei Kalendermonate nach Wirksamwerden der betreffenden zulässigen Ausfuhrtonnage, eine entsprechende Erklärung gegenüber dem Rat abzugeben.

b) Hat der Rat eine derartige Erklärung erhalten oder ist er der Auffassung, daß ein Erzeugermitglied vielleicht nicht in der Lage sein wird, während eines Überwachungszeitraums soviel Zinn auszuführen, wie es nach Maßgabe seiner zulässigen Ausfuhrtonnage auszuführen berechtigt ist, so kann er diejenigen Schritte unternehmen, die nach seiner Auffassung gewährleisten, daß die zulässige Gesamtausfuhrtonnage tatsächlich ausgeführt wird.

(6) Für die Zwecke dieses Artikels kann der Rat beschließen, daß auch der Zinngehalt jedes aus dem Abbau von Mineralien eines Erzeugermitglieds gewonnenen Materials unter seine Zinnausfuhren fällt.

Artikel 35 Ausfuhrort

Zinn gilt als ausgeführt, wenn im Fall eines in Anlage C genannten Mitglieds die darin neben seinem Namen aufgeführten Förmlichkeiten erledigt sind; dabei gilt jedoch folgendes:

- a) Mit Zustimmung des betreffenden Mitglieds kann der Rat von Zeit zu Zeit die Anlage C revidieren; der revidierte Wortlaut ist wirksam, als sei er Teil der Anlage;
- b) führt ein Erzeugermitglied auf eine in Anlage C nicht geregelte Weise Zinn aus, so bestimmt der Rat, ob dieses Zinn

shall determine whether such tin shall be deemed to have been exported for the purposes of this Agreement and, if so, the time at which such export shall be deemed to have taken place.

Article 36

Penalties relating to export control

1. (a) If, notwithstanding the provisions of article 34, the net exports of tin from a Producing Member in any control period exceed its permissible export tonnage for that control period by more than 5 per cent, the Council may require the Member concerned to make an additional contribution to the buffer stock not exceeding the tonnage by which such exports exceed its permissible export tonnage. Such a contribution shall be in tin metal or in cash or in such proportions of tin metal and cash and before such date or dates as the Council may decide. That part, if any, of the contribution which is to be paid in cash shall be calculated at the floor price in effect on the date of the decision. That part, if any, of the contribution which is to be made in tin metal shall be included in and shall not be additional to the permissible export tonnage of the Member in question for the control period in which such contribution is due to be made.

(b) If, notwithstanding the provisions of article 34, the aggregate net exports of tin from a Producing Member in any four successive control periods, including, if appropriate, the control period referred to in subparagraph (a) above, exceed by more than 1 per cent the aggregate of its permissible export tonnages for those periods, the permissible export tonnage of that Member during each of the four subsequent control periods may be reduced by one quarter of the aggregate tonnage so over-exported or, if the Council so decides, by any greater fraction not exceeding one half. Such reduction shall take effect in and from the control period following that in which the decision was taken by the Council.

(c) If, after any four such successive control periods during which the aggregate net exports of tin from a Member have exceeded its permissible export tonnage as mentioned in subparagraph (b) above, the aggregate net exports of tin from that Member in any four further successive control periods, which shall not include any control period covered by subparagraph (b) above, exceed the aggregate of the permissible export tonnages for those four control periods, the Council may, in addition to reducing the total permissible export tonnage of that Member in accordance with the provisions of subparagraph (b) above, declare that the Member shall forfeit a part, which shall on the first occasion not exceed one half, of its rights to participation on liquidation of the buffer stock. The Council may at any time restore to the Member concerned the portion of its rights so forfeited on such terms and conditions as it may determine.

(d) It shall be the duty of a Producing Member which has exported a tonnage of tin in excess of its permissible export tonnage and of any tonnage permitted by article 34 and by other provisions of this article to take effective steps to correct its breach of this Agreement at the earliest possible opportunity. The Council, when deciding the action to be taken under this paragraph, shall take account of any failure to take steps or delay in doing so.

2. For the purposes of subparagraphs (a), (b) and (c) of paragraph 1 of this article, total permissible export tonnages which have been fixed in respect of control periods, tonnages which have been exported in excess of such permissible export tonnages, and penalties which have been imposed,

als ausgeführt im Sinne dieses Übereinkommens gilt und, wenn ja, zu welcher Zeit solche Ausfuhren als durchgeführt gelten.

Artikel 36

Bußen im Zusammenhang mit der Ausfuhrüberwachung

(1) a) Übersteigen ungeachtet des Artikels 34 die Nettozinnausfuhren eines Erzeugermittglieds während eines Überwachungszeitraums seine in dem betreffenden Zeitraum zulässige Ausfuhrtonnage um mehr als 5 v. H., so kann der Rat verlangen, daß das betreffende Mitglied bis zu der Menge, um die derartige Ausfuhren seine zulässige Ausfuhrtonnage überschreiten, einen zusätzlichen Beitrag zum Ausgleichslager leistet. Ein derartiger Beitrag ist in Zinnmetall oder in Bargeld oder in solchen Zinnmetall- und Bargeldanteilen und bis zu dem oder den Zeitpunkten zu leisten, die der Rat beschließt. Ein in Bargeld zu erbringender Beitragsanteil wird unter Zugrundelegung des zum Zeitpunkt des Beschlusses gültigen Mindestpreises errechnet. Ein in Zinnmetall zu erbringender Beitragsanteil wird in die zulässige Ausfuhrtonnage des betreffenden Mitglieds in dem Überwachungszeitraum, in dem eine derartige Beitragsleistung zu erbringen ist, einbezogen und nicht auf die genannte Ausfuhrtonnage aufgeschlagen.

b) Überschreitet ungeachtet des Artikels 34 die Gesamtmenge der Nettozinnausfuhren eines Erzeugermittglieds während vier aufeinanderfolgender Überwachungszeiträume, gegebenenfalls einschließlich des Überwachungszeitraums nach Buchstabe a, die Gesamtmenge seiner in diesen Zeiträumen zulässigen Ausfuhrtonnage um mehr als 1 v. H., so kann die zulässige Ausfuhrtonnage dieses Mitglieds während jedes der vier nachfolgenden Überwachungszeiträume um ein Viertel der in dieser Weise über die zulässige Menge hinaus ausgeführten Gesamttonnage oder, falls der Rat dies beschließt, um einen die Hälfte nicht überschreitenden größeren Bruchteil herabgesetzt werden. Eine derartige Herabsetzung wird in und mit dem Überwachungszeitraum wirksam, der auf den Zeitraum folgt, in dem der Rat diesen Beschluß gefaßt hat.

c) Überschreitet nach vier solchen aufeinanderfolgenden Überwachungszeiträumen, in denen die Gesamtmenge der Nettozinnausfuhren eines Mitglieds seine zulässige Ausfuhrtonnage in der unter Buchstabe b bezeichneten Weise überschritten hat, die Gesamtmenge der Nettozinnausfuhren dieses Mitglieds in vier weiteren aufeinanderfolgenden Überwachungszeiträumen unter Ausschluß der unter Buchstabe b fallenden Überwachungszeiträume die Gesamtmenge der in diesen vier Überwachungszeiträumen zulässigen Ausfuhrtonnagen, so kann der Rat die zulässige Gesamtausfuhrtonnage des betreffenden Mitglieds nach Buchstabe b herabsetzen und darüber hinaus das Mitglied eines Teiles seiner Beteiligungsrechte bei Auflösung des Ausgleichslagers, der beim ersten Mal die Hälfte nicht übersteigen darf, für verlustig erklären. Der Rat kann jederzeit zu Bedingungen, die in sein Ermessen gestellt sind, das betreffende Mitglied in den so verwirkten Teil seiner Rechte wieder einsetzen.

d) Ein Erzeugermittglied, das eine Zinntonnage ausgeführt hat, die seine zulässige Ausfuhrtonnage sowie jede weitere nach Artikel 34 und nach sonstigen Bestimmungen des vorliegenden Artikels gestattete Tonnage übersteigt, ist verpflichtet, zum frühestmöglichen Zeitpunkt wirksame Schritte zur Behebung einer solchen Verletzung dieses Übereinkommens einzuleiten. Bei der Beschlußfassung über ein Vorgehen aufgrund dieses Buchstabens hat der Rat zu berücksichtigen, ob derartige Schritte unterlassen oder verzögert wurden.

(2) Für die Zwecke des Absatzes 1 Buchstaben a, b und c gelten mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens für Überwachungszeiträume festgesetzte zulässige Gesamtausfuhrtonnagen, über die zulässigen Ausfuhrtonnagen hinaus ausgeführte Tonnagen sowie nach dem Fünften Übereinkommen

under the Fifth Agreement, shall be deemed, as from the entry into force of this Agreement, to have been fixed, exported or imposed, respectively, under this Agreement.

Article 37
Special exports

1. At any time when it has declared a control period the Council may, by a two-thirds distributed majority, permit the export (hereinafter referred to as a special export) of a specified quantity of tin in addition to the permissible export tonnage referred to in article 34, paragraph 1, on the condition that:

- (a) It considers that the proposed special export is destined to form part of a governmental stockpile; and
- (b) It considers that the proposed special export is unlikely to be used for any commercial or industrial purpose during the currency of this Agreement.

2. The Council may, by a two-thirds distributed majority, impose such conditions upon a special export as it deems necessary.

3. If the provisions of article 39 and the conditions imposed by the Council under paragraph 2 of this article are fulfilled, a special export shall not be taken into account when the provisions of article 34, paragraphs 2 and 4, and article 36, paragraph 1, are being applied.

4. The Council may, by a two-thirds distributed majority, at any time revise the conditions in paragraph 1 of this article, provided that any such revision shall be without prejudice to anything done by a Member in pursuance of permission given and conditions already imposed under paragraph 2 of this article.

Article 38
Special deposits

1. A Producing Member may at any time, with the consent of the Council, make special deposits of tin metal with the Manager. A special deposit shall not be treated as part of the buffer stock and shall not be at the disposal of the Manager.

2. A Producing Member which has informed the Council of its intention of making a special deposit of tin metal originating within its territory shall, subject to furnishing such evidence as the Council may require to identify the metal or the concentrates for conversion into tin metal which is the subject of the special deposit, be permitted to export such metal or concentrates in addition to any permissible export amount that may have been allocated to that Member under article 34 and, subject to the compliance by the Producing Member with the requirements of article 39, the provisions of article 34, paragraphs 2 and 4, and of article 36, paragraph 1, shall not apply to such exports.

3. Special deposits may be accepted by the Manager only at such place or places as may be convenient to him.

4. The Executive Chairman shall notify the Members of the receipt of any such special deposit, but not sooner than three months after the date of receipt.

5. A Producing Member which has made a special deposit of tin metal may withdraw the whole or part of that special deposit in order to fulfil the whole or part of its permissible export amount in any control period. In such a case the amount withdrawn from the special deposit shall be regarded as having been exported for the purposes of export control in the control period in which the withdrawal was made.

verhängte Bußen als nach dem vorliegenden Übereinkommen festgesetzt, ausgeführt bzw. verhängt.

Artikel 37
Sonderausfuhren

(1) Jederzeit, nachdem der Rat einen Überwachungszeitraum verkündet hat, kann er mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit die Ausfuhr einer bestimmten Zinnmenge (im folgenden als Sonderausfuhr bezeichnet) zusätzlich zu der in Artikel 34 Absatz 1 angegebenen zulässigen Ausfuhrtonnage genehmigen,

- a) sofern er der Auffassung ist, daß die geplante Sonderausfuhr in einen staatlichen Vorrat eingebracht werden soll, und
- b) sofern er der Auffassung ist, daß die geplante Sonderausfuhr während der Laufzeit dieses Übereinkommens voraussichtlich nicht für kommerzielle oder gewerbliche Zwecke verwendet wird.

(2) Der Rat kann mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit die ihm notwendig erscheinenden Bedingungen für Sonderausfuhren aufstellen.

(3) Wird Artikel 39 und den Bedingungen des Rates nach Absatz 2 des vorliegenden Artikels entsprochen, so werden Sonderausfuhren bei der Anwendung des Artikels 34 Absätze 2 und 4 und des Artikels 36 Absatz 1 nicht berücksichtigt.

(4) Der Rat kann jederzeit mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit die Bedingungen des Absatzes 1 revidieren; eine derartige Revision läßt jedoch sowohl die Maßnahmen, die ein Mitglied aufgrund einer erteilten Genehmigung durchgeführt hat, als auch die bereits nach Absatz 2 aufgestellten Bedingungen unberührt.

Artikel 38
Sondereinlagerungen

(1) Mit Zustimmung des Rates kann ein Erzeugermitglied jederzeit Sondereinlagerungen von Zinnmetall beim Geschäftsleiter vornehmen. Eine Sondereinlagerung gilt nicht als Teil des Ausgleichslagers und steht dem Geschäftsleiter nicht zur Verfügung.

(2) Einem Erzeugermitglied, das dem Rat seine Absicht mitgeteilt hat, eine Sondereinlagerung von Zinnmetall aus seinem Hoheitsgebiet vorzunehmen, kann vorbehaltlich der Beibringung aller vom Rat angeforderten Beweismittel zur Identifizierung des Metalls oder der in Zinnmetall, das den Gegenstand der Sondereinlagerung bildet, umzuwandelnden Konzentrate gestattet werden, dieses Metall oder diese Konzentrate zusätzlich zur zulässigen Ausfuhrmenge auszuführen, die dem betreffenden Mitglied nach Artikel 34 zugeteilt wurde; erfüllt das Erzeugermitglied die Erfordernisse des Artikels 39, so finden Artikel 34 Absätze 2 und 4 und Artikel 36 Absatz 1 keine Anwendung auf derartige Ausfuhren.

(3) Sondereinlagerungen braucht der Geschäftsleiter nur an dem oder den ihm genehmen Orten anzunehmen.

(4) Der Geschäftsführende Vorsitzende notifiziert den Mitgliedern die Annahme einer derartigen Sondereinlagerung frühestens drei Monate nach der Annahme.

(5) Ein Erzeugermitglied, das eine Sondereinlagerung von Zinnmetall vorgenommen hat, kann die Einlagerung ganz oder teilweise abziehen, um seine in einem bestimmten Überwachungszeitraum zulässige Ausfuhrmenge ganz oder teilweise zu erfüllen. In einem solchen Fall gilt die aus der Sondereinlagerung abgezogene Menge als in dem Überwachungszeitraum, in dem die Menge abgezogen wird, für die Zwecke der Ausfuhrüberwachung ausgeführt.

6. In any quarter which has not been declared a control period any special deposit shall be at the disposal of the Member which has made the deposit, subject only to the provisions of article 39, paragraph 8.

7. All charges incurred in connection with any special deposit shall be borne by the Member making the deposit and no charges shall be borne by the Council.

Article 39

Stocks held by Producing Members

1. (a) The stocks of tin held by any Producing Member which have not been exported within the definition for that Member contained in annex C to this Agreement shall not at any time during a control period exceed the tonnage shown for that Member in annex D to this Agreement.

(b) Such stocks shall not include tin in the course of transport between the mine and the point of export as defined in annex C.

(c) The Council may revise annex D, but, if in so doing it has increased the tonnage listed in annex D for any Member, it may impose conditions, including conditions as to period and subsequent export, in relation to any such addition.

2. Any increase in the proportion approved under article 39, paragraph (a), of the Fifth Agreement and still operative at the termination of that Agreement and any conditions imposed in connection therewith shall be deemed to have been approved or imposed under this Agreement, unless the Council decides otherwise within six months after the entry into force of this Agreement.

3. Any special deposit made under article 38 shall be deducted from the amount of stocks permitted under this article to be held during a control period by the Producing Member concerned.

4. (a) Where in the territory of a Producing Member listed in annex E to this Agreement tin ore is unavoidably extracted from its natural occurrence in the mining of the other minerals mentioned in that annex and for that reason the limitation of stocks prescribed in paragraph 1 of this article would unreasonably restrict the mining of those other minerals, additional stocks of tin-in-concentrates may be held within that territory to the extent that these are certified by the Government of that Member as having been won exclusively in association with those other minerals and actually retained in the territory of that Member, provided that the proportion which such additional stocks bear to the total amount of the other minerals mined shall not at any time exceed the proportion stated in annex E.

(b) Except with the consent of the Council, the export of such additional stocks shall not commence until after the liquidation of all the tin metal in the buffer stock and the rate of export thereafter shall not exceed one-fortieth of the whole or 250 tonnes, whichever is the greater, in each quarter.

5. Members listed in annex D or annex E shall, in consultation with the Council, make regulations governing the maintenance, protection and control of such additional stocks as may be approved in accordance with this article.

6. The Council may, with the consent of the Producing Member concerned, revise annexes D and E.

(6) In einem Vierteljahr, das nicht zum Überwachungszeitraum erklärt wurde, stehen Sondereinlagerungen dem Mitglied, das sie vorgenommen hat, vorbehaltlich des Artikels 39 Absatz 8 zur Verfügung.

(7) Sämtliche im Zusammenhang mit einer Sondereinlagerung entstehenden Kosten gehen zu Lasten des einlagernden Mitglieds; der Rat übernimmt keine Kosten.

Artikel 39

Vorräte der Erzeugermittglieder

(1) a) Die Zinnvorräte eines Erzeugermittglieds, die nicht im Sinne der für das betreffende Mitglied in Anlage C enthaltenen Begriffsbestimmungen ausgeführt wurden, dürfen während eines Überwachungszeitraums zu keiner Zeit die für das betreffende Mitglied in Anlage D ausgewiesene Tonnage überschreiten.

b) Zu derartigen Vorräten rechnet nicht das in der Beförderung zwischen dem Bergwerk und dem Ausfuhrort im Sinne der Anlage C befindliche Zinn.

c) Der Rat kann die Anlage D revidieren; erhöht er dabei die für ein bestimmtes Mitglied in Anlage D ausgewiesene Tonnage, so kann er hinsichtlich einer derartigen Erhöhung Bedingungen einschließlich solcher betreffend den Zeitraum und die nachfolgende Ausfuhr aufstellen.

(2) Eine nach Artikel 39 Buchstabe a des Fünften Übereinkommens genehmigte und bei Beendigung jenes Übereinkommens noch gültige Erhöhung sowie im Zusammenhang damit auferlegte Bedingungen gelten als nach dem vorliegenden Übereinkommen genehmigt oder auferlegt, sofern der Rat nicht binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des vorliegenden Übereinkommens etwas anderes beschließt.

(3) Sondereinlagerungen nach Artikel 38 werden von der Menge abgesetzt, die aufgrund dieses Artikels während eines Überwachungszeitraums von dem betreffenden Erzeugermittglied auf Vorrat gehalten werden darf.

(4) a) Wird im Hoheitsgebiet eines in Anlage E genannten Erzeugermittglieds Zinnerz zwangsläufig aus seiner natürlichen Lagerstätte gemeinsam mit den anderen in der genannten Anlage bezeichneten Mineralien abgebaut und würde sich die in Absatz 1 angeordnete Vorratsbeschränkung aus diesem Grund in unangemessener Weise auf die Förderung dieser anderen Mineralien auswirken, so dürfen in dem betreffenden Hoheitsgebiet zusätzliche Vorräte an Zinnkonzentraten insoweit angelegt werden, als die Regierung des betreffenden Mitglieds amtlich bestätigen kann, daß die Zinnkonzentrate ausschließlich in Verbindung mit derartigen anderen Mineralien gewonnen wurden und tatsächlich im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitglieds zurückbehalten werden; das Verhältnis zwischen derartigen zusätzlichen Vorräten und der Gesamtmenge der sonstigen abgebauten Mineralien darf jedoch zu keiner Zeit das in Anlage E genannte Zahlenverhältnis überschreiten.

b) Außer in den vom Rat genehmigten Fällen darf mit der Ausfuhr derartiger zusätzlicher Vorräte erst nach Auflösung des gesamten Bestands an Zinnmetall im Ausgleichslager begonnen werden; ferner darf die Ausfuhrmenge sodann ein Vierzigstel der Gesamtmenge oder 250 Tonnen, je nachdem, welcher Wert höher liegt, in jedem Vierteljahr nicht übersteigen.

(5) Die in Anlage D oder Anlage E aufgeführten Mitglieder stellen in Konsultation mit dem Rat Vorschriften über Unterhaltung, Schutz und Überwachung derjenigen zusätzlichen Vorräte auf, die etwa nach diesem Artikel genehmigt werden.

(6) Mit Zustimmung des betreffenden Erzeugermittglieds kann der Rat die Anlagen D und E revidieren.

7. Each Producing Member shall forward to the Council, at such intervals as the Council may require, statements as to the stocks of tin within its territory which have not been exported in accordance with the definition for that Member in annex C. Such statements shall not include tin in course of transport between the mine and the point of export as defined in annex C. These statements shall show separately the stocks held under paragraph 4 of this article.

8. A Producing Member which makes special deposits under article 38 or which is permitted to increase tonnages in accordance with the provisions of paragraph 1 of this article shall, not later than 12 months before the termination of this Agreement, inform the Council of its plans for the disposal of such special deposits or the export of all or part of such increased tonnages, but not including additional stocks whose export is governed by paragraph 4 of this article, and shall consult with the Council as to the best means of making such export without avoidable disruption of the tin market. The Producing Member concerned shall give due consideration to the recommendations of the Council.

Chapter XV Tin shortage

Article 40

Action in the event of a tin shortage

1. If, at any time when the price is in or above the upper sector, the Council concludes that a serious shortage of supplies of tin has developed or is likely to develop, the Council:

- (a) Shall terminate any export control which might be in operation and recommend the level of stocks which should not be exceeded; and
- (b) Shall recommend to Members that they take all possible steps to ensure as rapid an increase as possible in the amount of tin which they are able to make available.

2. The Council shall determine the period of time during which measures provided for in this article shall remain in effect; such period shall be reckoned in quarters, it being understood that, when these measures are applied for the first time under this Agreement or are applied again after an interval when there was no recognized shortage, the Council may declare as a period of applicability of these measures any period not longer than five months or shorter than one month and ending on 31 March, 30 June, 30 September or 31 December.

3. The Council may cancel any measures taken on the basis of this article before their coming into effect or terminate them while in progress or extend them from quarter to quarter.

4. In the light of the Council's estimates of production and consumption made under article 10, subparagraph (a), and taking into account the amount of tin metal and cash held in the buffer stock and all other relevant factors, in particular the utilization of production capacity, the availability of other tin stocks and the trend in current prices, the Council shall carry out any studies necessary to enable it to estimate total tin demand and availability for the declared period and such subsequent periods as it may determine.

5. The Council may, by a two-thirds distributed majority, invite Members to enter into such arrangements with it as may assure Consuming Members an equitable distribution of the available supplies of tin.

(7) Jedes Erzeugermitglied leitet dem Rat in den von diesem bestimmten Zeitabständen Aufstellungen über die Zinnvorräte innerhalb seines Hoheitsgebietes zu, die nicht im Sinne der für dieses Mitglied in Anlage C enthaltenen Begriffsbestimmungen ausgeführt wurden. In derartigen Aufstellungen ist das in der Beförderung zwischen dem Bergwerk und dem Ausfuhrort im Sinne der Anlage C befindliche Zinn nicht aufzunehmen. In den Aufstellungen sind nach Absatz 4 angelegte Vorräte gesondert auszuweisen.

(8) Ein Erzeugermitglied, das Sondereinlagerungen nach Artikel 38 vornimmt oder dem eine Erhöhung seiner Tonnage nach Absatz 1 des vorliegenden Artikels gestattet wird, unterrichtet den Rat spätestens 12 Monate vor Beendigung dieses Übereinkommens über seine Pläne hinsichtlich der Veräußerung derartiger Sondereinlagerungen oder der Ausfuhr sämtlicher oder eines Teiles derartiger erhöhter Tonnagen unter Ausschluß zusätzlicher Vorräte, deren Ausfuhr in Absatz 4 des vorliegenden Artikels geregelt ist, und konsultiert den Rat, in welcher Weise solche Ausfuhr ohne vermeidbare Störung des Zinnmarkts am besten vorgenommen werden können. Das betreffende Erzeugermitglied hat die Empfehlungen des Rates gebührend zu beachten.

Kapitel XV Zinnmangel

Artikel 40

Maßnahmen im Fall eines Zinnmangels

(1) Kommt der Rat zu irgendeinem Zeitpunkt, zu dem sich der Preis im oberen Abschnitt oder darüber befindet, zu dem Schluß, daß sich ein ernsthafter Mangel des Zinnangebots entwickelt hat oder zu entwickeln droht, so wird der Rat

- a) jede möglicherweise geltende Ausfuhrüberwachung beenden und die Vorratshöhe empfehlen, die nicht überschritten werden soll;
- b) den Mitgliedern empfehlen, alle nur möglichen Schritte mit dem Ziel zu unternehmen, eine möglichst rasche Steigerung der Zinnmenge zu bewirken, die sie anbieten können.

(2) Der Rat setzt den Zeitraum fest, während dessen die in diesem Artikel vorgesehenen Maßnahmen Gültigkeit haben; dieser Zeitraum wird in Vierteljahren gerechnet, wobei davon ausgegangen wird, daß der Rat, sofern diese Maßnahmen zum ersten Mal im Rahmen dieses Übereinkommens angewendet oder nach einer Zwischenzeit, in der kein anerkannter Zinnmangel herrschte, erneut angewendet werden, jeden Zeitraum, der höchstens fünf Monate und mindestens einen Monat beträgt und am 31. März, 30. Juni, 30. September oder 31. Dezember endet, zu einem Zeitraum erklären kann, in dem die Maßnahmen anzuwenden sind.

(3) Der Rat kann alle aufgrund dieses Artikels getroffenen Maßnahmen vor ihrem Inkrafttreten aufheben, während ihrer Gültigkeit beenden oder von einem Vierteljahr zum anderen verlängern.

(4) Angesichts der nach Artikel 10 Buchstabe a vom Rat durchgeführten Erzeugungs- und Verbrauchsschätzungen und unter Berücksichtigung der im Ausgleichslager vorhandenen Zinnmetall- und Barbestände sowie aller sonstigen einschlägigen Faktoren, insbesondere der Ausnutzung der Produktionskapazität, der Verfügbarkeit sonstiger Zinnbestände und der Entwicklung der derzeitigen Preise, führt der Rat alle Untersuchungen durch, die ihm eine Schätzung des gesamten Bedarfs und Aufkommens an Zinn in dem erklärten Zeitraum und sämtlichen folgenden von ihm bestimmten Zeiträumen ermöglichen.

(5) Der Rat kann mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit die Mitglieder auffordern, mit ihm Vereinbarungen zu treffen, die den Verbrauchermitgliedern eine gerechte Verteilung des verfügbaren Zinnaufkommens gewährleisten.

6. The Council may consult with Producing Members on appropriate measures not inconsistent with other international agreements on trade, with the objective, in the event of a shortage of tin, of seeking to provide a preference as regards the supply of tin to Consuming Members.

7. The Council shall, at each session held while this article is in effect, review the results of measures taken under this article since the preceding session.

Part four
Other provisions

Chapter XVI
Obligations of Members

Article 41
General obligations

1. Members shall during the currency of this Agreement use their best endeavours and co-operate to promote the attainment of its objectives.

2. Members shall accept as binding all decisions of the Council under this Agreement.

3. Without prejudice to the general scope of paragraph 1 of this article, Members shall in particular observe the following:

- (a) They shall not, so long as sufficient quantities of tin are available to meet their full requirements, prohibit or limit the use of tin for specified end-uses, except in circumstances in which such prohibition or limitation would not be inconsistent with other international agreements on trade;
- (b) They shall create conditions which would encourage the economic exploitation of deposits in accordance with market requirements; and
- (c) They shall encourage the conservation of the natural resources of tin by preventing the premature abandonment of deposits.

Article 42
Differential and remedial measures

Developing Consuming Members, and least developed countries which are Members, whose interests are adversely affected by measures taken under this Agreement may apply to the Council for appropriate differential and remedial measures. The Council shall consider taking such appropriate measures in accordance with paragraph 3 of section III of resolution 93 (IV) of the United Nations Conference on Trade and Development.

Article 43
Consultation

The Council shall consult, at the request of any Member, on factors directly affecting supply or demand. The Council may submit its recommendations to Members for their consideration.

Article 44
Obstacles to trade

1. The Council shall, in the light of its studies of the tin market, identify obstacles to the expansion of trade in tin, semi-finished tin products and finished tin products.

(6) Der Rat kann mit den Erzeugermitgliedern Konsultationen über geeignete Maßnahmen führen, die mit sonstigen internationalen Handelsübereinkünften vereinbar sind, mit dem Ziel, sich im Fall eines Zinnmangels um eine Vorzugsbehandlung hinsichtlich der Lieferung von Zinn an Verbrauchermitglieder zu bemühen.

(7) Der Rat überprüft auf jeder Tagung, die während der Geltungsdauer dieses Artikels stattfindet, die Ergebnisse der seit der letzten Tagung aufgrund dieses Artikels getroffenen Maßnahmen.

Teil Vier
Sonstige Bestimmungen

Kapitel XVI
Pflichten der Mitglieder

Artikel 41
Allgemeine Pflichten

(1) Während der Laufzeit dieses Übereinkommens bemühen sich die Mitglieder nach besten Kräften um die Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens und arbeiten hierbei zusammen.

(2) Die Mitglieder erkennen sämtliche aufgrund dieses Übereinkommens vom Rat gefaßten Beschlüsse als bindend an.

(3) Unbeschadet der allgemeinen Tragweite des Absatzes 1 beachten die Mitglieder insbesondere folgendes:

- a) Solange ausreichende Zinnmengen zur Deckung ihres vollen Bedarfs vorhanden sind, verbieten oder beschränken die Mitglieder die Verwendung von Zinn für bestimmte Endverbrauchs Zwecke nur dann, wenn derartige Verbote oder Beschränkungen mit sonstigen internationalen Handelsübereinkünften vereinbar sind;
- b) die Mitglieder schaffen Bedingungen, die geeignet sind, den wirtschaftlichen Abbau der Vorkommen entsprechend den Erfordernissen des Marktes zu fördern;
- c) die Mitglieder fördern die Erhaltung der natürlichen Zinnvorkommen, indem sie die vorzeitige Aufgabe von Abbaustätten verhindern.

Artikel 42
Differenzierte Maßnahmen und Abhilfemaßnahmen

Die in Entwicklung befindlichen Verbrauchermitglieder sowie die am wenigsten entwickelten Länder, die Mitglieder sind, können sich, soweit ihre Interessen durch nach diesem Übereinkommen getroffene Maßnahmen beeinträchtigt werden, wegen geeigneter differenzierter Maßnahmen und Abhilfemaßnahmen an den Rat wenden. Der Rat prüft, ob solche geeigneten Maßnahmen nach Abschnitt III Absatz 3 der Entschließung 93 (IV) der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung getroffen werden sollen.

Artikel 43
Konsultationen

Der Rat führt auf Ersuchen eines Mitglieds Konsultationen über Faktoren, die eine unmittelbare Auswirkung auf Angebot und Nachfrage haben. Der Rat kann den Mitgliedern seine Empfehlungen zur Prüfung vorlegen.

Artikel 44
Handelshemmnisse

(1) Der Rat stellt anhand seiner Untersuchungen über den Zinnmarkt die Hemmnisse fest, die der Ausweitung des Handels mit Zinn, Halbfertigerzeugnissen aus Zinn und Fertigerzeugnissen aus Zinn im Wege stehen.

2. The Council may, taking into account the provisions of paragraph 1 of this article, adopt recommendations itself, or seek to have recommendations adopted in other appropriate organizations, with a view to reducing, and where possible fully eliminating, such obstacles. The Council shall periodically examine the results achieved through the implementation of such recommendations.

Article 45

Fair labour standards

Members declare that, in order to avoid the depression of living standards and the introduction of unfair competitive conditions in world trade, they will seek to ensure fair labour standards in the tin industry.

Article 46

Disposal of tin from non-commercial stockpiles

1. A Member desiring to dispose of tin from its non-commercial stockpile shall, upon adequate notice, consult with the Council concerning its disposal plans.

2. When a Member gives notice of a plan to dispose of tin from its non-commercial stockpile, the Council shall promptly enter into official consultations on the plan with that Member for the purpose of ensuring adequate fulfilment of the provisions of paragraph 4 of this article.

3. The Council shall from time to time review the progress of such disposals and may make recommendations to the Member concerned. Such Member shall give due consideration to the recommendations of the Council.

4. Disposals from non-commercial stockpiles shall be made with due regard to the protection of tin producers, processors and consumers against avoidable disruption of their usual markets and against adverse consequences of such disposals on the investment of capital in exploration and development of new supplies and the health and growth of tin mining in the territory or territories of Producing Members. The disposals shall be in such amounts and over such periods as will not interfere unduly with production and employment in the tin industry in the territory or territories of Producing Members and as will avoid creating hardships to the economies of Producing Members.

Article 47

National security

Nothing in this Agreement shall be construed as requiring a Member to furnish any information the disclosure of which it considers contrary to its essential security interests.

Chapter XVII

Complaints and disputes

Article 48

Complaints

1. Any complaint that any Member has committed a breach of this Agreement for which a remedy is not provided elsewhere in this Agreement shall, at the request of the Member making the complaint, be referred to the Council for decision.

(2) Der Rat kann unter Berücksichtigung des Absatzes 1 selbst Empfehlungen annehmen oder sich um die Annahme von Empfehlungen in anderen zuständigen Organisationen bemühen, um derartige Hemmnisse abzubauen oder nach Möglichkeit ganz zu beseitigen. Der Rat prüft in regelmäßigen Zeitabständen die bei der Durchführung dieser Empfehlungen erzielten Ergebnisse.

Artikel 45

Gerechte Arbeitsbedingungen

Um eine Verschlechterung des Lebensstandards und die Entwicklung unlauterer Wettbewerbsbedingungen im Welt-handel zu vermeiden, erklären die Mitglieder, sich um die Sicherung gerechter Arbeitsbedingungen in der Zinnindustrie bemühen zu wollen.

Artikel 46

Absatz von Zinn aus nichtkommerziellen Vorräten

(1) Wünscht ein Mitglied, Zinn aus nichtkommerziellen Vorräten abzusetzen, so führt es mit dem Rat innerhalb einer angemessenen Frist Konsultationen über seine Absatzpläne.

(2) Sobald ein Mitglied von seinen Plänen hinsichtlich des Absatzes von Zinn aus nichtkommerziellen Vorräten Mitteilung macht, nimmt der Rat mit dem betreffenden Mitglied amtliche Konsultationen über diese Pläne auf, um sicherzustellen, daß Absatz 4 ordnungsgemäß befolgt wird.

(3) Der Rat überprüft von Zeit zu Zeit die Durchführung derartiger Absatzmaßnahmen und kann gegenüber dem betreffenden Mitglied Empfehlungen aussprechen. Das Mitglied berücksichtigt die Empfehlungen des Rates in gebührender Weise.

(4) Der Absatz von Zinn aus nichtkommerziellen Vorräten ist unter gebührender Berücksichtigung des Schutzes der Zinnerzeuger, -verarbeiter und -verbraucher gegen vermeidbare Störungen ihrer traditionellen Märkte und gegen schädliche Auswirkungen eines derartigen Absatzes auf die Investition von Kapital zur Erforschung und Erschließung neuer Lieferquellen sowie auf die Lebensfähigkeit und das gesunde Wachstum des Zinnbergbaus in dem oder den Hoheitsgebieten der Erzeugermittglieder vorzunehmen. Der Absatz hat in solchen Mengen und im Lauf solcher Zeiträume zu erfolgen, daß Erzeugung und Beschäftigung in der Zinnindustrie in dem oder den Hoheitsgebieten der Erzeugermittglieder nicht übermäßig beeinträchtigt und Härten für die Volkswirtschaft der Erzeugermittglieder vermieden werden.

Artikel 47

Nationale Sicherheit

Dieses Übereinkommen darf nicht so ausgelegt werden, als verpflichte es ein Mitglied, Angaben zu machen, deren Preisgabe nach seiner Ansicht seinen wesentlichen Sicherheitsbelangen zuwiderläuft.

Kapitel XVII

Beschwerden und Streitigkeiten

Artikel 48

Beschwerden

(1) Eine Beschwerde des Inhalts, ein Mitglied habe sich einer Verletzung dieses Übereinkommens schuldig gemacht, für die in sonstigen Bestimmungen des Übereinkommens keine Abhilfe vorgesehen ist, wird auf Antrag des beschwerdeführenden Mitglieds dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

2. Except where otherwise provided in this Agreement, no Member shall be found to have committed a breach of this Agreement unless a resolution to that effect is passed. Any such finding shall specify the nature and extent of the breach.

3. If the Council finds under this article that a Member has committed a breach of this Agreement, the Council may, unless some other penalty is provided elsewhere in this Agreement, deprive the Member concerned of its voting and other rights until it has remedied the breach or has otherwise fulfilled its obligations.

4. For the purposes of this article, the expression "breach of this Agreement" shall be deemed to include the breach of any condition imposed by the Council or failure to fulfil any obligation laid upon a Member in accordance with this Agreement.

5. Any Member which considers its economic interests under this Agreement seriously injured by action taken by any other Member or Members, other than action taken in time of war, may complain to the Council.

6. On receipt of such a complaint the Council shall review the facts of the situation and shall, by a majority of the total votes held by all Consuming Members and a majority of the total votes held by all Producing Members, decide whether the complainant Member is justified in its complaint and shall, if it so decides, permit the complainant Member to withdraw from this Agreement.

Article 49

Disputes

1. Any dispute concerning the interpretation or application of this Agreement which is not settled by negotiation shall, at the request of any Member, be referred to the Council for decision.

2. Where a dispute has been referred to the Council in accordance with this article, a majority of Members or any Members holding not less than one third of the votes in the Council may require the Council, after full discussion, to seek the opinion of the advisory panel referred to in paragraph 3 of this article on the issues in dispute before giving its decision.

3. (a) Unless the Council by a unanimous decision of votes cast agrees otherwise, the panel shall consist of:

- (i) Two persons, one having wide experience in matters of the kind in dispute and the other having legal standing and experience, nominated by the Producing Members;
- (ii) Two such persons nominated by the Consuming Members; and
- (iii) A chairman selected unanimously by the four persons nominated above or, if they fail to agree, by the Executive Chairman.

(b) Persons appointed to the advisory panel shall act in their personal capacity and without instructions from any Government.

(c) The expenses of the advisory panel shall be paid by the Council.

4. The opinion of the advisory panel and the reasons therefor shall be submitted to the Council, which, after considering all the relevant information, shall decide the dispute.

(2) Sofern in diesem Übereinkommen nicht etwas anderes bestimmt ist, darf ein Mitglied einer Verletzung dieses Übereinkommens nur für schuldig befunden werden, wenn eine diesbezügliche Entschließung angenommen wird. In derartigen Entscheidungen sind Art und Umfang der Verletzung anzugeben.

(3) Entschidet der Rat aufgrund dieses Artikels, daß ein Mitglied sich einer Verletzung dieses Übereinkommens schuldig gemacht hat, so kann er, sofern das Übereinkommen nicht an sonstiger Stelle eine andere Buße vorsieht, dem betreffenden Mitglied sein Stimmrecht und seine sonstigen Rechte entziehen, bis es die Verletzung wiedergutmacht hat oder seinen Verpflichtungen in anderer Weise nachgekommen ist.

(4) Im Sinne dieses Artikels umfaßt die Bezeichnung „Verletzung dieses Übereinkommens“ auch die Verletzung einer vom Rat gestellten Bedingung und die Nichteinhaltung einer einem Mitglied aufgrund des Übereinkommens auferlegten Verpflichtung.

(5) Ein Mitglied, das der Auffassung ist, daß seine Wirtschaftsinteressen im Rahmen dieses Übereinkommens durch Maßnahmen eines anderen Mitglieds oder mehrerer anderer Mitglieder – ausgenommen Maßnahmen in Kriegszeiten – ernstlich verletzt sind, kann beim Rat Beschwerde einlegen.

(6) Nach Eingang einer derartigen Beschwerde prüft der Rat die Sachlage und entscheidet mit der Mehrheit der Gesamtstimmen aller Verbrauchermmitglieder und der Mehrheit der Gesamtstimmen aller Erzeugermmitglieder, ob die Beschwerde des betreffenden Mitglieds begründet ist; hält der Rat die Beschwerde für begründet, so gestattet er dem beschwerdeführenden Mitglied, von diesem Übereinkommen zurückzutreten.

Artikel 49

Streitigkeiten

(1) Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt wird, ist auf Antrag eines Mitglieds dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

(2) Ist eine Streitigkeit dem Rat nach diesem Artikel vorgelegt worden, so kann er von einer Mehrheit von Mitgliedern oder von Mitgliedern, auf die mindestens ein Drittel der Ratsstimmen entfällt, aufgefordert werden, nach umfassender Erörterung ein Gutachten der in Absatz 3 genannten Beratungsgruppe über die strittigen Fragen einzuholen, bevor er seine Entscheidung trifft.

(3) a) Wenn der Rat nicht mit Einstimmigkeit sämtlicher abgebener Stimmen etwas anderes beschließt, setzt sich die Beratungsgruppe wie folgt zusammen:

- i) aus zwei von den Erzeugermmitgliedern benannten Personen, von denen die eine ausgedehnte Erfahrungen in Fragen der strittigen Art und die andere Ansehen und Erfahrung als Jurist besitzt;
- ii) aus zwei von den Verbrauchermmitgliedern benannten Personen, welche die gleichen Voraussetzungen erfüllen, und
- iii) aus einem Vorsitzenden, der einstimmig von den vier nach obigem Verfahren benannten Personen oder, falls diese zu keiner Einigung gelangen, vom Geschäftsführenden Vorsitzenden bestellt wird.

b) Die in die Beratungsgruppe berufenen Personen sind in persönlicher Eigenschaft und ohne Weisungen irgendeiner Regierung tätig.

c) Die Ausgaben der Beratungsgruppe bestreitet der Rat.

(4) Das Gutachten der Beratungsgruppe wird mit einer Begründung dem Rat vorgelegt, der nach Prüfung aller erheblichen Unterlagen die Streitigkeit entscheidet.

Chapter XVIII
Final provisions

Article 50
Depositary

The Secretary-General of the United Nations is hereby designated as the depositary of this Agreement.

Article 51
Signature

This Agreement shall be open for signature at United Nations Headquarters in New York from 3 August 1981 to 30 April 1982 inclusive by parties to the Fifth Agreement and by other States which are members of UNCTAD.

Article 52
Ratification, acceptance or approval

This Agreement shall be subject to ratification, acceptance or approval by the signatory Governments in accordance with their respective constitutional procedures. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the depositary.

Article 53
Notification of provisional application

1. A signatory Government which intends to ratify, accept or approve this Agreement, or a Government for which the Council has established conditions for accession under the provisions of article 54, but which has not yet been able to deposit its instrument, may at any time notify the depositary that it will, within the limitations of its constitutional and/or legislative procedures, apply this Agreement provisionally either when it enters into force in accordance with article 55 or, if it is already in force, at a specified date.

2. Any Government referred to in paragraph 1 of this article which notifies the depositary that, as a consequence of applying this Agreement within the limitations of its constitutional and/or legislative procedures, it will not be able to make its contributions to the Buffer Stock Account, shall not exercise its voting rights on matters relating to the provisions of chapters X to XV inclusive of this Agreement. Such a Government shall, however, meet all its financial obligations pertaining to the Administrative Account. The provisional membership of a Government which notifies in the manner referred to in this paragraph shall not exceed 12 months from the provisional entry into force of this Agreement, unless the Council decides otherwise.

Article 54
Accession

1. This Agreement shall be open for accession by the Governments of all States upon conditions to be determined by the Council. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the depositary. Instruments of accession shall state that the Government accepts all the conditions determined by the Council.

2. Any Government which intends to accede to this Agreement shall so inform the Council or, pending the entry into force of this Agreement, the Council of the Fifth Agreement.

Kapitel XVIII
Schlußbestimmungen

Artikel 50
Verwahrer

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird hiermit zum Verwahrer dieses Übereinkommens bestimmt.

Artikel 51
Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen liegt vom 3. August 1981 bis zum 30. April 1982 am Sitz der Vereinten Nationen in New York für die Vertragsparteien des Fünften Übereinkommens und für andere Staaten, die Mitglieder der UNCTAD sind, zur Unterzeichnung auf.

Artikel 52
Ratifikation, Annahme oder Genehmigung

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerregierungen nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

Artikel 53
Notifikation der vorläufigen Anwendung

(1) Eine Unterzeichnerregierung, die beabsichtigt, dieses Übereinkommen zu ratifizieren, anzunehmen oder zu genehmigen, oder eine Regierung, für die der Rat nach Artikel 54 Beitrittsbedingungen festgelegt hat, die jedoch ihre Urkunde noch nicht hinterlegen konnte, kann dem Verwahrer jederzeit notifizieren, daß sie im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen und/oder Gesetzgebungsverfahren dieses Übereinkommen entweder dann, wenn es nach Artikel 55 in Kraft tritt, oder, falls es bereits in Kraft ist, zu einem genau festgesetzten Zeitpunkt vorläufig anwenden wird.

(2) Eine in Absatz 1 genannte Regierung, die dem Verwahrer notifiziert, daß sie infolge der Anwendung dieses Übereinkommens im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen und/oder Gesetzgebungsverfahren nicht in der Lage sein wird, ihren Beitrag zum Ausgleichslagerkonto zu leisten, darf ihr Stimmrecht hinsichtlich der mit den Kapiteln X bis XV in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten nicht ausüben. Eine solche Regierung hat jedoch ihre finanziellen Verpflichtungen in bezug auf das Verwaltungskonto zu erfüllen. Die vorläufige Mitgliedschaft einer Regierung, die Notifikationen nach diesem Absatz vornimmt, darf 12 Monate vom vorläufigen Inkrafttreten dieses Übereinkommens an nicht überschreiten, sofern der Rat nichts anderes beschließt.

Artikel 54
Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen steht den Regierungen aller Staaten unter vom Rat festzulegenden Bedingungen zum Beitritt offen. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Verwahrer. In der Beitrittsurkunde hat die Regierung zu erklären, daß sie alle vom Rat festgelegten Bedingungen annimmt.

(2) Eine Regierung, die beabsichtigt, diesem Übereinkommen beizutreten, setzt den Rat oder bis zum Inkrafttreten des vorliegenden Übereinkommens den Rat des Fünften Übereinkommens von ihrer Absicht in Kenntnis.

3. The conditions laid down by the Council shall be equitable, in respect of voting rights and financial obligations, as between the Governments intending to accede to and other Governments already participating in this Agreement.

4. When a producing country accedes to this Agreement and becomes a Producing Member, the Council:

- (a) Shall, with the consent of that Member, fix the tonnage and proportion to be shown for that Member in annexes D and E to this Agreement, where appropriate; and
- (b) Shall also fix the circumstances for the purpose of export control to be shown against the name of that Member in annex C to this Agreement.

The tonnage, proportion and circumstances so fixed shall have effect as though they were included in such annexes.

5. The Council of the Fifth Agreement may, pending the entry into force of this Agreement, determine the conditions referred to in paragraph 1 of this article, subject to confirmation by the Council at its first session.

Article 55 Entry into force

1. This Agreement shall enter into force definitively on 1 July 1982 or on any date thereafter, if by that date Governments of producing countries accounting for at least 80 per cent of the total production percentage as set out in annex A to this Agreement and Governments of consuming countries accounting for at least 80 per cent of the total consumption percentage as set out in annex B to this Agreement have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession.

2. If, on 1 July 1982, this Agreement has not entered into force in accordance with paragraph 1 of this article, it shall enter into force provisionally if by that date Governments of producing countries accounting for at least 65 per cent of the total production percentage as set out in annex A and Governments of consuming countries accounting for at least 65 per cent of the total consumption percentage as set out in annex B have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or have notified the depositary under article 53 that they will apply this Agreement provisionally.

3. If, on 1 June 1982, the required percentages for entry into force of this Agreement in accordance with paragraph 1 or paragraph 2 of this article are not met, the Secretary-General of the United Nations shall invite those Governments which have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or have notified the depositary that they will apply this Agreement provisionally, to meet to decide whether this Agreement shall enter into force definitively or provisionally among themselves, in whole or in part, on such date as they may determine. The Secretary-General of the United Nations shall also invite other Governments which have signed this Agreement or have participated in the Fifth International Tin Agreement to attend this meeting as observers.

4. If, 18 months after the expiry of the Fifth Agreement, as extended, this Agreement has entered into force provisionally, but has not entered into force definitively in accordance with paragraph 1 of this article, those Governments which have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession may decide, by mutual consent, that notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this article this Agreement shall enter into force definitively among themselves. If those Governments do not decide to put this Agreement into force definitively among themselves, it shall continue in force provisionally.

(3) Die vom Rat aufgestellten Bedingungen müssen hinsichtlich der Stimmrechte und der finanziellen Verpflichtungen ein gerechtes Verhältnis zwischen beitriftswilligen und bereits teilnehmenden Regierungen zum Ziel haben.

(4) Sobald ein Erzeugerland diesem Übereinkommen beitrifft und zum Erzeugermitglied wird, setzt der Rat

- a) mit Zustimmung des betreffenden Mitglieds die in Anlage D bzw. E für das betreffende Mitglied auszuweisenden Tonnagen und Verhältniswerte fest;
- b) die in Anlage C für das betreffende Mitglied auszuweisenden näheren Umstände einer Ausfuhrüberwachung fest.

Die so festgesetzten Tonnagen, Verhältniswerte und Umstände sind wirksam, als seien sie Teil der betreffenden Anlagen.

(5) Der Rat des Fünften Übereinkommens kann bis zum Inkrafttreten des vorliegenden Übereinkommens die Bedingungen nach Absatz 1 vorbehaltenlich der durch den Rat auf seiner ersten Tagung zu erteilenden Bestätigung festlegen.

Artikel 55 Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt endgültig am 1. Juli 1982 oder an jedem späteren Tag in Kraft, wenn bis zu diesem Tag die Regierungen von Erzeugerländern, auf die mindestens 80 v. H. des in Anlage A angegebenen Vomhundertsatzes der Gesamterzeugung entfallen, und die Regierungen von Verbraucherländern, auf die mindestens 80 v. H. des in Anlage B angegebenen Vomhundertsatzes des Gesamtverbrauchs entfallen, Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben.

(2) Ist dieses Übereinkommen am 1. Juli 1982 nicht nach Absatz 1 in Kraft getreten, so tritt es vorläufig in Kraft, wenn bis zu diesem Tag die Regierungen von Erzeugerländern, auf die mindestens 65 v. H. des in Anlage A angegebenen Vomhundertsatzes der Gesamterzeugung entfallen, und die Regierungen von Verbraucherländern, auf die mindestens 65 v. H. des in Anlage B angegebenen Vomhundertsatzes des Gesamtverbrauchs entfallen, Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden hinterlegt oder dem Verwahrer nach Artikel 53 notifiziert haben, daß sie dieses Übereinkommen vorläufig anwenden werden.

(3) Werden am 1. Juli 1982 die für das Inkrafttreten dieses Übereinkommens nach Absatz 1 oder 2 geforderten Vomhundertsätze nicht erreicht, so fordert der Generalsekretär der Vereinten Nationen diejenigen Regierungen, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden hinterlegt oder dem Verwahrer notifiziert haben, daß sie dieses Übereinkommen vorläufig anwenden werden, auf, zusammenzutreten, um zu entscheiden, ob dieses Übereinkommen zu einem von ihnen festzulegenden Zeitpunkt zwischen ihnen endgültig oder vorläufig ganz oder teilweise in Kraft treten soll. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen fordert auch andere Regierungen, die das vorliegende Übereinkommen unterzeichnet oder an dem Fünften Internationalen Zinn-Übereinkommen teilgenommen haben, auf, dieser Sitzung als Beobachter beizuwohnen.

(4) Ist das vorliegende Übereinkommen 18 Monate nach Beendigung des verlängerten Fünften Übereinkommens zwar vorläufig, aber nicht nach Absatz 1 endgültig in Kraft getreten, so können diejenigen Regierungen, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben, in gegenseitigem Einvernehmen beschließen, daß das vorliegende Übereinkommen ungeachtet des Absatzes 1 zwischen ihnen endgültig in Kraft treten soll. Beschließen diese Regierungen nicht, dieses Übereinkommen zwischen sich endgültig in Kraft zu setzen, so bleibt es vorläufig in Kraft.

5. For any Government that deposits an instrument of ratification, acceptance, approval or accession after the entry into force of this Agreement, it shall enter into force for that Government on the date of such deposit.

Article 56

Membership by intergovernmental organizations

1. Any reference in this Agreement to a "Government" or "Governments" shall be construed as including a reference to the European Economic Community and to any intergovernmental organization having responsibilities in respect of the negotiation, conclusion and application of international agreements, in particular commodity agreements. Accordingly, any reference in this Agreement to signature, ratification, acceptance or approval, or to notification of provisional application, or to accession shall, in the case of such intergovernmental organizations, be construed as including a reference to signature, ratification, acceptance or approval, or to notification of provisional application, or to accession by such intergovernmental organizations.

2. In the case of voting on matters within their competence, such organizations shall cast the number of votes equal to the total number of votes attributable, in accordance with article 14, to their member States, which in this case shall not cast their votes individually.

Article 57

Amendment

1. The Council may, by a two-thirds majority of the total votes held by all Producing Members and a two-thirds majority of the total votes held by all Consuming Members, recommend to Members amendments to this Agreement. The Council shall, in its recommendation, fix the time-limit within which each Member shall notify the depositary whether or not it ratifies, accepts or approves the amendment.

2. The Council may extend the time fixed by it under paragraph 1 of this article for notification of ratification, acceptance or approval. The Council shall notify the depositary of any such extension.

3. If, within the time fixed under paragraph 1 of this article or extended under paragraph 2 of this article, an amendment is ratified, accepted or approved by all Members, it shall take effect immediately on the receipt by the depositary of the last ratification, acceptance or approval.

4. If, within the time fixed under paragraph 1 of this article or extended under paragraph 2 of this article, an amendment is not ratified, accepted or approved by Members holding at least 80 per cent of the total votes of Producing Members and at least 80 per cent of the total votes of Consuming Members, it shall not take effect.

5. If, within the time fixed under paragraph 1 of this article or extended under paragraph 2 of this article, an amendment is ratified, accepted or approved by Members holding at least 80 per cent of the total votes of Producing Members and at least 80 per cent of the total votes of Consuming Members:

- (a) The amendment shall, for the Members by which ratification, acceptance or approval has been signified, take effect three months after the receipt by the depositary of the last ratification, acceptance or approval necessary to comprise at least 80 per cent of the total votes of Producing Members and at least 80 per cent of the total votes of Consuming Members; and

(5) Für jede Regierung, die nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, tritt es am Tag der Hinterlegung in Kraft.

Artikel 56

Mitgliedschaft zwischenstaatlicher Organisationen

(1) Jede Bezugnahme in diesem Übereinkommen auf eine „Regierung“ oder auf „Regierungen“ ist so auszulegen, als schloße sie eine Bezugnahme auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und auf zwischenstaatliche Organisationen mit Verantwortung hinsichtlich der Aushandlung, des Abschlusses und der Anwendung internationaler Übereinkünfte, insbesondere Rohstoffübereinkommen, ein. Demgemäß ist jede Bezugnahme in diesem Übereinkommen auf die Unterzeichnung, die Ratifikation, die Annahme oder die Genehmigung oder die Notifikation der vorläufigen Anwendung oder den Beitritt im Fall dieser zwischenstaatlichen Organisationen so auszulegen, als schloße sie eine Bezugnahme auf die Unterzeichnung, die Ratifikation, die Annahme oder die Genehmigung oder die Notifikation der vorläufigen Anwendung oder den Beitritt durch diese zwischenstaatlichen Organisationen ein.

(2) Diese Organisationen geben im Fall einer Abstimmung über in ihren Zuständigkeitsbereich fallende Fragen eine Anzahl von Stimmen ab, die der Gesamtzahl der Stimmen entspricht, die ihren Mitgliedstaaten nach Artikel 14 zuzurechnen sind; diese dürfen ihre Stimmen in diesem Fall nicht einzeln abgeben.

Artikel 57

Änderungen

(1) Der Rat kann mit Zweidrittelmehrheit der Gesamtstimmen aller Erzeugermitglieder sowie mit Zweidrittelmehrheit der Gesamtstimmen aller Verbrauchermitglieder den Mitgliedern Änderungen dieses Übereinkommens empfehlen. Der Rat gibt in seiner Empfehlung eine Frist an, innerhalb deren jedes Mitglied dem Verwahrer zu notifizieren hat, ob es die Änderung ratifiziert, annimmt oder genehmigt oder ob es sie ablehnt.

(2) Der Rat kann die von ihm nach Absatz 1 für die Notifikation der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung gesetzte Frist verlängern. Der Rat notifiziert dem Verwahrer diese Verlängerung.

(3) Ist binnen der nach Absatz 1 gesetzten oder nach Absatz 2 verlängerten Frist eine Änderung von allen Mitgliedern ratifiziert, angenommen oder genehmigt worden, so wird sie unmittelbar nach Eingang der letzten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungserklärung beim Verwahrer wirksam.

(4) Ist binnen der nach Absatz 1 gesetzten oder nach Absatz 2 verlängerten Frist von denjenigen Mitgliedern, auf die mindestens 80 v. H. der Gesamtstimmen der Erzeugermitglieder und mindestens 80 v. H. der Gesamtstimmen der Verbrauchermitglieder entfallen, eine Änderung nicht ratifiziert, angenommen oder genehmigt worden, so wird sie nicht wirksam.

(5) Ist binnen der nach Absatz 1 gesetzten oder nach Absatz 2 verlängerten Frist eine Änderung von denjenigen Mitgliedern, auf die mindestens 80 v. H. der Gesamtstimmen der Erzeugermitglieder und mindestens 80 v. H. der Gesamtstimmen der Verbrauchermitglieder entfallen, ratifiziert, angenommen oder genehmigt worden, so gilt folgendes:

- a) Die Änderung wird für die Mitglieder, die ihre Ratifikation, Annahme oder Genehmigung angezeigt haben, drei Monate nach Eingang der letzten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungserklärung beim Verwahrer wirksam, deren es bedarf, damit mindestens 80 v. H. der Gesamtstimmen der Erzeugermitglieder und mindestens 80 v. H. der Gesamtstimmen der Verbrauchermitglieder erreicht sind;

- (b) Any Member which does not ratify, accept or approve an amendment by the date of its coming into effect shall as of that date cease to participate in the Agreement, unless any such Member satisfies the Council at its first session following the effective date of the amendment that its ratification, acceptance or approval could not be secured in time by reason of constitutional difficulties, and the Council decides to extend for such Member the period fixed for ratification, acceptance or approval until these difficulties have been overcome.

6. If a Member considers that its interests will be adversely affected by an amendment it may, before the date of its coming into effect, give notice to the depositary of withdrawal from this Agreement. Withdrawal shall become effective on the effective date of the amendment. The Council may, at any time, on such terms and conditions as it considers equitable, permit such Member to withdraw its notice of withdrawal.

7. Any amendment to this article shall take effect only if it is ratified, accepted or approved by all Members.

8. The provisions of this article shall not affect any power under this Agreement to revise any annex to this Agreement or the operation of any other article of this Agreement which provides for a specific procedure relating to the modification of this Agreement.

Article 58 Withdrawal

A Member which withdraws from this Agreement during its currency, except:

- (a) In accordance with the provisions of article 48, paragraph 6, or article 57, paragraph 6; or
- (b) Upon at least 12 months' notice being given to the depositary not earlier than one year after the entry into force of this Agreement,

shall not be entitled to any share of the proceeds of the liquidation of the buffer stock under the terms of article 26, nor shall it be entitled to a share of the other assets of the Council under the terms of article 60 on the termination of this Agreement.

Article 59 Duration, extension and termination

1. The duration of this Agreement shall, except as otherwise provided in this article, be five years from the date of its entry into force.

2. The Council may, by a two-thirds majority of the total votes held by all Producing Members and a two-thirds majority of the total votes held by all Consuming Members, decide to extend the duration of this Agreement by a period or periods not exceeding two years in all.

3. The Council, in a recommendation to the Members not later than four years after the entry into force of this Agreement, shall inform them whether it is necessary and appropriate that this Agreement should be renewed and, if so, in what form. It shall at the same time consider what the relationship between the supply of and demand for tin is likely to be at the expiry of this Agreement.

4. (a) A Member may at any time give notice in writing to the Executive Chairman that it intends to propose at the next session of the Council the termination of this Agreement.

- b) ein Mitglied, das eine Änderung bis zu ihrem Wirksamwerden nicht ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat, scheidet mit dem genannten Zeitpunkt aus dem Übereinkommen aus, sofern es dem Rat nicht auf seiner ersten Tagung nach Wirksamwerden der Änderung ausreichend nachweist, daß seine Ratifikation, Annahme oder Genehmigung wegen verfassungsrechtlicher Schwierigkeiten nicht rechtzeitig bewirkt werden konnte, und der Rat nicht zugunsten des Mitglieds beschließt, die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsfrist bis zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu verlängern.

(6) Ist ein Mitglied der Auffassung, daß seine Belange durch eine Änderung beeinträchtigt werden, so kann es vor ihrem Wirksamwerden dem Verwahrer seinen Rücktritt von dem Übereinkommen anzeigen. Der Rücktritt wird gleichzeitig mit der Änderung wirksam. Der Rat kann einem solchen Mitglied jederzeit zu den ihm billig erscheinenden Bedingungen gestatten, seine Rücktrittsanzeige zurückzunehmen.

(7) Eine Änderung dieses Artikels bedarf zu ihrem Wirksamwerden der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch alle Mitglieder.

(8) Dieser Artikel berührt nicht eine sich aus diesem Übereinkommen ergebende Befugnis zur Revision einer Anlage zu dem Übereinkommen oder die Durchführung eines anderen Artikels des Übereinkommens, der ein Sonderverfahren für die Änderung des Übereinkommens vorsieht.

Artikel 58 Rücktritt

Tritt ein Mitglied von diesem Übereinkommen während seiner Laufzeit zurück, es sei denn

- a) nach Artikel 48 Absatz 6 oder Artikel 57 Absatz 6 oder
- b) durch eine mit zwölfmonatiger Frist gegenüber dem Verwahrer ausgesprochene Kündigung, die jedoch frühestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens zulässig ist,

so hat es weder einen Anspruch auf einen Anteil am Erlös aus der Auflösung des Ausgleichslagers nach Artikel 26 noch auf einen Anteil an den sonstigen Vermögenswerten des Rates nach Artikel 60 bei Beendigung des Übereinkommens.

Artikel 59 Geltungsdauer, Verlängerung und Beendigung

(1) Dieses Übereinkommen hat, sofern nicht in diesem Artikel etwas anderes bestimmt ist, eine Geltungsdauer von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten.

(2) Der Rat kann mit Zweidrittelmehrheit der Gesamtstimmen aller Erzeugermmitglieder sowie mit Zweidrittelmehrheit der Gesamtstimmen aller Verbrauchermmitglieder beschließen, die Geltungsdauer dieses Übereinkommens um einen oder mehrere insgesamt zwei Jahre nicht überschreitende Zeiträume zu verlängern.

(3) Spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens teilt der Rat den Mitgliedern in einer Empfehlung mit, ob eine Erneuerung des Übereinkommens notwendig und angemessen ist, und, wenn ja, in welcher Form. Zu demselben Zeitpunkt prüft der Rat, wie bei Beendigung des Übereinkommens das Verhältnis zwischen Zinnangebot und -nachfrage voraussichtlich sein wird.

(4) a) Ein Mitglied kann jederzeit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden schriftlich seine Absicht anzeigen, auf der nächsten Ratstagung die Beendigung dieses Übereinkommens vorzuschlagen.

(b) If the Council, by a two-thirds majority of the total votes held by all Producing and Consuming Members, adopts the proposal to terminate, it shall recommend to the Members that this Agreement shall terminate.

(c) If Members holding two thirds of the total votes of all Producing Members and two thirds of the total votes of all Consuming Members notify the Council that they accept that recommendation, this Agreement shall terminate on a date decided by the Council, such date being not later than six months after the receipt by the Council of the last of the notifications from those Members.

5. The Council shall notify the depositary of any decision taken under paragraph 2 or paragraph 4 (c) of this article.

Article 60

Procedure on termination

1. The Council shall remain in being for as long as may be necessary for the carrying out of paragraph 2 of this article, for the supervision of the liquidation of the buffer stock and any stocks held in accordance with article 39 and for the supervision of the due performance of conditions imposed under this Agreement by the Council or under the Fifth Agreement; the Council shall have such of the powers and functions conferred on it by this Agreement as may be necessary for the purpose.

2. On termination of this Agreement:

- (a) The buffer stock shall be liquidated in accordance with the provisions of article 26;
- (b) The Council shall assess the obligations into which it has entered in respect of its staff and shall, if necessary, take steps to ensure that, by means of a supplementary estimate to the Administrative Account raised in accordance with article 20, sufficient funds are made available to meet such obligations;
- (c) After all liabilities incurred by the Council, other than those relating to the Buffer Stock Account, have been met, the remaining assets shall be disposed of in the manner laid down in this article;
- (d) If the Council is continued, it shall retain its archives, statistical material and all other documents;
- (e) If the Council is not continued but a body is created to succeed the Council, the Council shall transfer its archives, statistical material and all other documents to such successor body and may, by a two-thirds distributed majority, either transfer all or any of its remaining assets to such successor body, or otherwise dispose of them as the Council may direct;
- (f) If the Council is not continued and no successor body is created, the Council shall transfer its archives, statistical material and any other documents to the Secretary-General of the United Nations or to any international organization nominated by him or, failing such nomination, as the Council may determine, and the remaining non-monetary assets of the Council shall be sold or otherwise realized in such a manner as the Council may direct; and
- (g) The proceeds of realization of non-monetary assets and any remaining monetary assets shall then be distributed in such a manner that each Member shall receive a share

b) Nimmt der Rat mit Zweidrittelmehrheit der Gesamtstimmen aller Erzeugermmitglieder und aller Verbrauchermmitglieder den Beendigungsvorschlag an, so empfiehlt er den Mitgliedern die Beendigung dieses Übereinkommens.

c) Notifizieren Mitglieder, auf die zwei Drittel der Gesamtstimmen aller Erzeugermmitglieder und zwei Drittel der Gesamtstimmen aller Verbrauchermmitglieder entfallen, dem Rat ihre Annahme der Empfehlung, so tritt dieses Übereinkommen an einem vom Rat beschlossenen Tag, jedoch spätestens sechs Monate, nachdem die letzte Notifikation der genannten Mitglieder beim Rat eingegangen ist, außer Kraft.

(5) Der Rat notifiziert dem Verwahrer alle nach Absatz 2 und Absatz 4 Buchstabe c gefaßten Beschlüsse.

Artikel 60

Beendigungsverfahren

(1) Der Rat bleibt so lange bestehen, wie dies zur Durchführung des Absatzes 2 des vorliegenden Artikels, zur Beaufsichtigung der Auflösung des Ausgleichslagers und der nach Artikel 39 angelegten Vorräte sowie zur Beaufsichtigung der ordnungsgemäßen Erfüllung der vom Rat aufgrund des vorliegenden Übereinkommens oder aufgrund des Fünften Übereinkommens auferlegten Bedingungen erforderlich ist; der Rat behält diejenigen ihm durch das vorliegende Übereinkommen übertragenen Befugnisse und Aufgaben, die für diesen Zweck notwendig sind.

(2) Bei Beendigung dieses Übereinkommens werden folgende Maßnahmen getroffen:

- a) Das Ausgleichslager wird nach Artikel 26 aufgelöst;
- b) der Rat stellt die von ihm hinsichtlich seines Personals eingegangenen Verpflichtungen fest und unternimmt, falls erforderlich, Schritte mit dem Ziel, die Bereitstellung der zur Erfüllung dieser Verpflichtungen ausreichenden Mittel durch eine Zusatzveranlagung zu dem Verwaltungskonto, das nach Artikel 20 erhöht wurde, zu gewährleisten;
- c) sind alle vom Rat eingegangenen Verbindlichkeiten mit Ausnahme der sich auf das Ausgleichskonto beziehenden erfüllt worden, so wird über die restlichen Vermögenswerte in der in diesem Artikel vorgesehenen Weise verfügt;
- d) bleibt der Rat bestehen, so behält er sein Archiv und seine statistischen und alle sonstigen Unterlagen;
- e) bleibt der Rat nicht bestehen, sondern wird ein seine Rechtsnachfolge antretendes Gremium geschaffen, so überträgt der Rat diesem Gremium sein Archiv, seine statistischen und alle sonstigen Unterlagen; mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit kann der Rat entweder die restlichen Vermögenswerte insgesamt oder teilweise auf das Nachfolgegremium übertragen oder auf andere von ihm zu bestimmende Weise darüber verfügen;
- f) bleibt der Rat nicht bestehen und wird kein Nachfolgegremium geschaffen, so überträgt der Rat sein Archiv sowie seine statistischen und sonstigen Unterlagen auf den Generalsekretär der Vereinten Nationen oder auf eine von diesem benannte oder, mangels einer solchen Benennung, vom Rat bestimmte internationale Organisation; die restlichen nichtmonetären Vermögenswerte des Rates werden verkauft oder in sonstiger vom Rat zu bestimmender Weise in Geld umgesetzt;
- g) der Erlös aus den Veräußerungen nichtmonetärer Vermögenswerte und etwa verbliebene Barwerte werden sodann in der Weise verteilt, daß jedes Mitglied einen Anteil erhält,

proportionate to the total of the contributions which it has made to the Administrative Account established under article 20.

Article 61
Reservations

Reservations may not be made with respect to any of the provisions of this Agreement.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto, have affixed their signatures under this Agreement on the dates indicated.

Done at Geneva on the twenty-sixth day of June, one thousand nine hundred and eighty-one, the texts of this Agreement in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages being equally authentic.

der seinen Gesamtbeiträgen zu dem nach Artikel 20 errichteten Verwaltungskonto entspricht.

Artikel 61
Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zulässig.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen an den angegebenen Tagen mit ihrer Unterschrift versehen.

Geschehen zu Genf am 26. Juni 1981; der arabische, chinesische, englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieses Übereinkommens ist gleichermaßen verbindlich.

Annex A
Percentages of producing countries ^{a)}

Country	Percentage
Australia	5.95
Bolivia	15.61
Brazil	1.23
Indonesia	18.62
Malaysia	35.15
Nigeria	1.43
Rwanda	0.92
Thailand	19.28
Zaire	1.81
Total	100.00

^{a)} Based on production of tin-in-concentrates for the year 1980 (net exports of tin-in-concentrates and tin metal for Brazil).

Note: The list of countries and percentages in this annex was established by the United Nations Tin Conference, 1980, at which the Sixth International Tin Agreement was drawn up.

Anlage A
Vomhundertsätze der Erzeugerländer ^{a)}

Land	Vomhundertsatz
Australien	5,95
Bolivien	15,61
Brasilien	1,23
Indonesien	18,62
Malaysia	35,15
Nigeria	1,43
Ruanda	0,92
Thailand	19,28
Zaire	1,81
Insgesamt	100,00

^{a)} Unter Zugrundelegung der Erzeugung von Zinnkonzentration für das Jahr 1980 (Nettoausfuhren von Zinnkonzentraten und Zinnmetall für Brasilien)

Anmerkung:

Die in dieser Anlage enthaltene Liste der Länder und Vomhundertsätze wurde während der Zinnkonferenz der Vereinten Nationen von 1980, auf der das Sechste Internationale Zinn-Übereinkommen ausgearbeitet wurde, aufgestellt.

Annex B

Percentages of individual consuming countries
and groups of countries ^{a)}

Country/group of countries	Percentage
Austria	0.27
Bulgaria	0.55
Canada	2.69
Costa Rica	0.01
Cuba	0.03
Czechoslovakia	1.80
Egypt	0.22
European Economic Community (27,15)	
Belgium/Luxembourg	1.54
Denmark	0.10
France	5.54
Germany, Federal Republic of	7.75
Greece	0.23
Ireland	0.05
Italy	3.42
Netherlands	2.71
United Kingdom	5.81
Finland	0.11
Hungary	0.72
India	1.37
Iraq	0.07
Jamaica	0.01
Japan	17.20
Jordan	0.02
Malta	0.00
Mexico	0.94
New Zealand	0.14
Norway	0.26
Peru	0.06
Philippines	0.54
Poland	2.21
Republic of Korea	1.06
Romania	1.81
Saudi Arabia	0.03
Senegal	0.00
Spain	2.40
Sweden	0.24
Switzerland	0.45
Syrian Arab Republic	0.03
Tunisia	0.06
Turkey	0.39
Union of Soviet Socialist Republics	9.09
United States of America	26.91
Venezuela	0.34
Yugoslavia	0.82
Total	100.00

^{a)} Based on consumption of primary tin metal for the years 1978 to 1980 (net imports of tin-in-concentrates and tin metal for the USSR).

Note: The list of countries, groups of countries and percentages in this annex was established by the United Nations Tin Conference, 1980, at which the Sixth International Tin Agreement was drawn up.

Anlage B

Vomhundertsätze
der Verbraucherländer und -ländergruppen ^{a)}

Land/Ländergruppe	Vomhundertsatz
Ägypten	0,22
Bulgarien	0,55
Costa Rica	0,01
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (27,15)	
Belgien/Luxemburg	1,54
Dänemark	0,10
Bundesrepublik Deutschland	7,75
Frankreich	5,54
Griechenland	0,23
Irland	0,05
Italien	3,42
Niederlande	2,71
Vereinigtes Königreich	5,81
Finnland	0,11
Indien	1,37
Irak	0,07
Jamaika	0,01
Japan	17,20
Jordanien	0,02
Jugoslawien	0,82
Kanada	2,69
Republik Korea	1,06
Kuba	0,03
Malta	0,00
Mexiko	0,94
Neuseeland	0,14
Norwegen	0,26
Österreich	0,27
Peru	0,06
Philippinen	0,54
Polen	2,21
Rumänien	1,81
Saudi-Arabien	0,03
Senegal	0,00
Schweden	0,24
Schweiz	0,45
Spanien	2,40
Arabische Republik Syrien	0,03
Tschechoslowakei	1,80
Türkei	0,39
Tunesien	0,06
Ungarn	0,72
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	9,09
Venezuela	0,34
Vereinigte Staaten von Amerika	26,91
Insgesamt	100,00

^{a)} Unter Zugrundelegung des Verbrauchs von Primärzinnmetall für die Jahre 1978 bis 1980 (Nettoeinfuhren von Zinnkonzentraten und Zinnmetall für die UdSSR)

Anmerkung:

Die in dieser Anlage enthaltene Liste der Länder, Ländergruppen und Vomhundertsätze wurde während der Zinnkonferenz der Vereinten Nationen von 1980, auf der das Sechste Internationale Zinn-Übereinkommen ausgearbeitet wurde, aufgestellt.

Annex C**Part one****Circumstances in which tin shall be deemed to have been exported for the purpose of export control****Australia**

Tin shall be deemed to be exported on the date of the restricted goods export permit issued under the Customs (Prohibited Exports) Regulations, provided that tin despatched from a smelting company in Australia and not subject to the Customs (Prohibited Exports) Regulations shall be deemed to have been exported when the Department of Trade and Resources has officially certified that the tin has been despatched from that smelting company.

Bolivia

Tin shall be deemed to have been exported when it has passed the control of the Customs Authorities of Bolivia for payment of export duty. Where tin concentrates are smelted outside the national territory, under toll service contracts, tin shall be deemed to have been exported from Bolivia when the Ministry of Mining and Metallurgy has issued an export permit covering the tin metal obtained.

Indonesia

Tin shall be deemed to have been exported from Indonesia when the tin has been cleared through customs and/or when tin concentrates have been delivered to and weighed by the smelter under customs supervision and the customs officials have issued a customs certificate for such tin. Such tin shall not include tin subsequently imported into Indonesia for domestic consumption.

Malaysia

Tin shall be deemed to have been exported from Malaysia at the time at which the Royal Customs and Excise Department of Malaysia has weighed the concentrates or, where the concentrates have been smelted before the payment of export duty, has weighed the metal for the payment of such export duty.

Nigeria

Tin shall be deemed to have been exported when the concentrates have been delivered to the smelter, weighed and passed for payment of royalty, provided that tin not delivered to the smelter shall be deemed to have been exported when a waybill has been delivered by the Nigerian Railway Corporation acknowledging the delivery for export of concentrates to that Corporation.

Thailand

Tin shall be deemed to have been exported from Thailand when the Department of Mineral Resources has officially certified that the concentrates have been delivered to and weighed by a smelting company in Thailand, provided that tin for export not delivered to a smelting company shall be deemed to have been exported from Thailand when the Department of Mineral Resources has issued an export permit in respect of such tin.

Zaire

Tin shall be deemed to have been exported when a through bill of lading has been delivered by a carrier affiliated to the Comité intérieur des Transporteurs de la République du Zaïre acknowledging the delivery of the tin to that carrier.

Anlage C**Teil Eins****Umstände, unter denen Zinn als im Sinne der Ausfuhrüberwachung ausgeführt gilt****Australien**

Zinn gilt als an dem Tag ausgeführt, der in der aufgrund der Zollverordnung (über Ausfuhrverbote) (Customs [Prohibited Exports] Regulations) erteilten beschränkten Warenausfuhr-genehmigung (Restricted Goods Export Permit) ausgewiesen ist; jedoch gilt das von einer Hütte in Australien versandte Zinn, das nicht der Zollverordnung (über Ausfuhrverbote) unterliegt, als ausgeführt, wenn das Ministerium für Handel und Rohstoffe (Department of Trade and Resources) amtlich bestätigt hat, daß das Zinn von dieser Hütte versandt wurde.

Bolivien

Zinn gilt als ausgeführt, wenn es zwecks Zahlung des Ausfuhrzolls die bolivianischen Zollbehörden passiert hat. Werden Zinnkonzentrate außerhalb des nationalen Hoheitsgebiets im Rahmen von Verarbeitungsverträgen verhüttet, so gilt Zinn als aus Bolivien ausgeführt, wenn das Ministerium für Bergbau und Metallurgie eine Ausfuhr-genehmigung für das gewonnene Zinnmetall erteilt hat.

Indonesien

Zinn gilt als aus Indonesien ausgeführt, wenn das Zinn verzollt ist bzw. wenn Zinnkonzentrate unter Zollaufsicht an die Hütte geliefert worden und von ihr gewogen worden sind und die Zollbeamten für dieses Zinn eine Zinnbescheinigung ausgestellt haben. Dieses Zinn schließt kein Zinn ein, das zu einem späteren Zeitpunkt für den inländischen Verbrauch nach Indonesien eingeführt wird.

Malaysia

Zinn gilt von dem Zeitpunkt an als aus Malaysia ausgeführt, zu dem die Königlich Malaysische Behörde für Zölle und Verbrauchsteuern die Konzentrate gewogen hat oder - sofern die Konzentrate vor der Entrichtung des Ausfuhrzolls verhüttet worden sind - das Metall im Hinblick auf die Entrichtung dieses Ausfuhrzolls gewogen hat.

Nigeria

Zinn gilt als ausgeführt, wenn die Konzentrate an die Hütte geliefert, gewogen und zur Zahlung des Förderzinses freigegeben worden sind; jedoch gilt das nicht an die Hütte gelieferte Zinn auch dann als ausgeführt, wenn die nigerianische Eisenbahngesellschaft einen Frachtbrief ausgestellt hat, in dem die Übergabe der Konzentrate an die Gesellschaft zum Zweck der Ausfuhr bestätigt wird.

Thailand

Zinn gilt als aus Thailand ausgeführt, wenn das Ministerium für mineralische Rohstoffe amtlich bescheinigt hat, daß die Konzentrate an eine Hütte in Thailand geliefert und von dieser gewogen worden sind; jedoch gilt das zur Ausfuhr bestimmte Zinn, das nicht an eine Hütte geliefert wurde, auch dann als aus Thailand ausgeführt, wenn das Ministerium für mineralische Rohstoffe für dieses Zinn eine Ausfuhr-genehmigung ausgestellt hat.

Zaire

Zinn gilt als ausgeführt, wenn von einem dem Binnenausschuß der Transportunternehmer der Republik Zaire angeschlossenen Transportunternehmer ein Durchkonossement vorgelegt worden ist, in dem die Übergabe des Zinns an diesen Transportunternehmer bestätigt wird.

If, for any reason, no such document has been delivered for a particular consignment, the tonnage of tin in that consignment shall be deemed to have been exported for the purposes of this Agreement when export documents have been delivered by the Customs Administration of the Republic of Zaire.

Ist aus irgendeinem Grund kein derartiges Dokument für eine bestimmte Sendung ausgestellt worden, so gilt die in dieser Sendung erfaßte Zinntonnage als im Sinne dieses Übereinkommens ausgeführt, wenn die Ausfuhrdokumente von der Zollverwaltung der Republik Zaire ausgestellt worden sind.

General proviso

Any tin transported from a Producing Member during a control period shall be deemed to have been exported and treated as part of the permissible export tonnage of that Member for that control period, except:

Allgemeine Klausel

Das gesamte aus einem Erzeugermittglied während eines Überwachungszeitraums verbrachte Zinn gilt als ausgeführt und wird als Teil der zulässigen Ausfuhrtonnage dieses Mitglieds für diesen Überwachungszeitraum behandelt, mit Ausnahme

- (a) As stated in this annex in respect of Australia; or
- (b) As may be determined by the Council in accordance with article 35, subparagraph (b), unless the formalities set out in this annex opposite the name of that Producing Member have been completed in respect of that tin before the beginning of the control period.

- a) der in dieser Anlage in bezug auf Australien gemachten Angaben oder
- b) etwaiger Beschlüsse des Rates nach Artikel 35 Buchstabe b, sofern die in dieser Anlage neben dem Namen des betreffenden Erzeugermittglieds dargelegten Förmlichkeiten für dieses Zinn nicht vor Beginn des Überwachungszeitraums erfüllt worden sind.

Part two

Imports by Producing Members

For the purpose of determining net exports of tin under article 35, imports deductible from exports during a control period shall be the amount imported by the Producing Member concerned during the quarter immediately preceding the declaration of the control period in question, provided that tin imported for smelting and exported shall not be taken into account.

Teil Zwei

Einfuhren der Erzeugermittglieder

Zur Bestimmung der Nettozinnausfuhren nach Artikel 35 errechnen sich die während eines Überwachungszeitraums von den Ausfuhren absetzbaren Einfuhren aus der Zinnmenge, die im Vierteljahr unmittelbar vor Verkündung des betreffenden Überwachungszeitraums von dem betreffenden Erzeugermittglied eingeführt wurde, wobei jedoch zum Schmelzen eingeführtes und wieder ausgeführtes Zinn außer Betracht bleibt.

Annex D

Permitted tonnage of stocks for the purposes of article 39^{a)}

Country	Tonnes
Australia	
Bolivia	
Brazil	
Indonesia	
Malaysia	
Nigeria	
Rwanda	
Thailand	
Zaire	

Anlage D

Zulässige Tonnage der Vorräte im Sinne des Artikels 39^{a)}

Land	Tonnen
Australien	
Bolivien	
Brasilien	
Indonesien	
Malaysia	
Nigeria	
Ruanda	
Thailand	
Zaire	

^{a)} The figures to be included in this annex shall be determined by the Council at its first session.

^{a)} Über die in dieser Anlage aufzuführenden Zahlen beschließt der Rat auf seiner ersten Tagung.

Annex E

Additional stocks won unavoidably

Country	Other mineral	Tin content of concentrates permitted to be stocked additionally for each tonne of other mineral mined (tonnes)
Australia	Tantalo-columbite	1.5
Nigeria	Columbite	1.5
Thailand	Wolframite-scheelite	1.5
Zaire	Tantalo-columbite	1.5

Anlage E

Zwangsläufig mitanfallende Vorräte

Land	Sonstiges Mineral	Zinngehalt der Konzentrate, die je Tonne eines sonstigen abgebauten Minerals zusätzlich eingelagert werden dürfen (in Tonnen)
Australien	Tantal-Kolumbit	1,5
Nigeria	Kolumbit	1,5
Thailand	Wolframit-Scheelit	1,5
Zaire	Tantal-Kolumbit	1,5

^{a)} The figures to be included in this annex shall be determined by the Council at its first session.

^{a)} Über die in dieser Anlage aufzuführenden Zahlen beschließt der Rat auf seiner ersten Tagung.

Annex F**Rules for the redetermination
of the percentages of the Producing Members****Rule 1**

(a) The first redetermination of the percentages of the Producing Members shall be made at the first session of the Council under this Agreement. Notwithstanding the provisions of rule 2, this redetermination shall be made on the basis of the last four quarters immediately preceding the introduction of any control period for which figures of the production of tin by each of the Producing Members are available. New percentages for the Producing Members shall be determined in direct proportion to their production of tin during those four quarters.

(b) Subsequent redetermination of the percentages shall be made at yearly intervals following the first redetermination, provided that no period after the quarters referred to in this rule shall have been declared to be a control period.

(c) In such subsequent redeterminations made under this rule, the new percentages shall be calculated as follows:

- (i) The percentages in the second redetermination shall be in direct proportion to the production of tin by each of the Producing Members in the latest 24 consecutive calendar months for which figures are available; and
- (ii) The percentages in the third redetermination, and all later redeterminations, shall be in direct proportion to the production of tin by each of the Producing Members in the latest 36 consecutive calendar months for which figures are available.

Rule 2

(a) Should any period be declared to be a control period, no redetermination of the percentages shall be made until four consecutive quarters have not been declared to be control periods. The next redetermination shall then be made as soon as figures for the production of tin by each of the Producing Members in such four consecutive quarters are available, and redeterminations shall be made at yearly intervals thereafter for as long as no period is declared to be a control period.

(b) In any redetermination made under this rule the new percentages shall be calculated as follows:

- (i) The percentages in the first redetermination following a control period shall be in direct proportion to the sum of the production of tin by each of the Producing Members in the latest 12 consecutive calendar months for which figures are available and in the four quarters immediately preceding that control period;
- (ii) The percentages in the second redetermination, provided that no further control period shall have been declared, shall be in direct proportion to the production of tin by each of the Producing Members in the latest 24 consecutive calendar months for which figures are available; and
- (iii) The percentages in each subsequent redetermination, provided that no further control period shall have been declared, shall be in direct proportion to the production of tin by each of the Producing Members in the latest 36 consecutive calendar months for which figures are available.

Anlage F**Regeln für die Neufestsetzung
der Vomhundertsätze der Erzeugermittglieder****Regel 1**

a) Die erste Neufestsetzung der Vomhundertsätze der Erzeugermittglieder wird auf der ersten Ratstagung aufgrund dieses Übereinkommens vorgenommen. Ungeachtet der Regel 2 erfolgt diese Neufestsetzung auf der Grundlage der letzten vier der Einführung eines Überwachungszeitraums unmittelbar vorangehenden Vierteljahre, für die Zinnerzeugungszahlen für jedes Erzeugermittglied vorliegen. Die neuen Vomhundertsätze für die Erzeugermittglieder werden in unmittelbarem Verhältnis zu ihrer Zinnerzeugung während dieser vier Vierteljahre festgesetzt.

b) Spätere Neufestsetzungen der Vomhundertsätze erfolgen in Jahresabständen nach der ersten Neufestsetzung, sofern nicht ein auf die Vierteljahre im Sinne dieser Regel folgender Zeitraum zum Überwachungszeitraum erklärt wird.

c) Bei solchen späteren Neufestsetzungen nach dieser Regel werden die neuen Vomhundertsätze wie folgt berechnet:

- i) Die Vomhundertsätze der zweiten Neufestsetzung stehen in unmittelbarem Verhältnis zur Zinnerzeugung jedes Erzeugermittglieds in den letzten 24 aufeinanderfolgenden Kalendermonaten, für die Zahlen vorliegen;
- ii) die Vomhundertsätze der dritten und aller folgenden Neufestsetzungen stehen in unmittelbarem Verhältnis zur Zinnerzeugung jedes Erzeugermittglieds in den letzten 36 aufeinanderfolgenden Kalendermonaten, für die Zahlen vorliegen.

Regel 2

a) Wird ein Zeitraum zum Überwachungszeitraum erklärt, so findet eine Neufestsetzung der Vomhundertsätze nur statt, wenn vier aufeinanderfolgende Vierteljahre nicht zu Überwachungszeiträumen erklärt wurden. Die nächste Neufestsetzung ist vorzunehmen, sobald Zinnerzeugungszahlen für jedes Erzeugermittglied in den betreffenden vier aufeinanderfolgenden Vierteljahren vorliegen; Neufestsetzungen erfolgen in Jahresabständen, solange nicht ein Zeitraum zum Überwachungszeitraum erklärt wird.

b) Bei Neufestsetzungen nach dieser Regel werden die neuen Vomhundertsätze wie folgt berechnet:

- i) Die Vomhundertsätze der ersten Neufestsetzung nach einem Überwachungszeitraum stehen in unmittelbarem Verhältnis zur Gesamtmenge der Zinnerzeugung jedes Erzeugermittglieds in den letzten 12 aufeinanderfolgenden Kalendermonaten, für die Zahlen vorliegen, und in den vier dem betreffenden Überwachungszeitraum unmittelbar vorangehenden Vierteljahren;
- ii) die Vomhundertsätze der zweiten Neufestsetzung stehen, sofern nicht ein weiterer Zeitraum zum Überwachungszeitraum erklärt wurde, in unmittelbarem Verhältnis zur Zinnerzeugung jedes Erzeugermittglieds in den letzten 24 aufeinanderfolgenden Kalendermonaten, für die Zahlen vorliegen;
- iii) die Vomhundertsätze jeder späteren Neufestsetzung stehen, sofern nicht ein weiterer Zeitraum zum Überwachungszeitraum erklärt wurde, in unmittelbarem Verhältnis zur Zinnerzeugung jedes Erzeugermittglieds in den letzten 36 aufeinanderfolgenden Kalendermonaten, für die Zahlen vorliegen.

Rule 3

For the purposes of these rules, redeterminations shall be deemed to have been made at yearly intervals if they are made in the same quarter of the calendar year as were the preceding redeterminations.

Rule 4

For the purposes of these rules, all Producing Members shall make available to the Council their latest 12 months' production figures within three months after the date of the latest calendar month. If a Member has failed to make such figures available, the production of that Member for a period of 12 months shall be calculated by multiplying by 12 the average monthly rate of production figures available for such period.

Rule 5

Figures of the production of tin in the territory of any Producing Member for any period earlier than 42 months before the date of any redetermination shall not be employed in that redetermination, nor shall account be taken of figures of the production of tin in control periods.

Rule 6

The Council may reduce the percentage of any Producing Member which has failed to export the whole of its permissible export tonnage as determined under article 34, paragraph 1, or of any greater amount accepted by it under paragraph 2 of that article. In considering its decision, the Council shall regard as mitigating circumstances that the Producing Member concerned surrendered under article 34, paragraph 2, a part of its permissible export tonnage in time for effective steps to be taken by the other Producing Members to make good the deficit or that the Producing Member concerned which has failed to export the amount determined under article 34, paragraph 5, has exported the whole of its permissible export tonnage as determined under article 34, paragraph 1 or paragraph 2.

Rule 7

If a reduction in the percentage of any Producing Member is made in accordance with rule 6, the percentage so made available shall be distributed among the other Producing Members in proportion to their percentages current at the date of the decision to make the reduction.

Rule 8

Notwithstanding the foregoing rules, the percentage of a Producing Member shall not, during any period of 12 months, be reduced by more than one-tenth of its percentage at the commencement of that period.

Rule 9

(a) In any action which it may propose to take in accordance with these rules, the Council shall give due consideration to any circumstances stated by any Producing Member as being exceptional and may, by a two-thirds distributed majority, waive or modify the full application of these rules.

(b) For the purposes of this rule and of article 34, paragraph 1, the following circumstances, *inter alia*, may be regarded as exceptional: a national disaster, a major strike which has paralysed the tin mining industry for a substantial period, a major breakdown of power supplies or of the main line of transport to the coast or to the point of export as defined in annex C to this Agreement.

Regel 3

Neufestsetzungen gelten als in Jahresabständen im Sinne dieser Regeln durchgeführt, wenn sie in demselben Vierteljahr des Kalenderjahrs vorgenommen werden wie die vorangehenden Neufestsetzungen.

Regel 4

Für die Zwecke dieser Regeln leiten alle Erzeugermittglieder dem Rat ihre Erzeugungszahlen der letzten 12 Kalendermonate innerhalb von drei Monaten nach dem letzten Kalendermonat zu. Hat ein Mitglied diese Zahlen nicht zugeleitet, so wird die Erzeugung des betreffenden Mitglieds für einen Zeitraum von 12 Monaten in der Weise berechnet, daß die durchschnittliche Monatserzeugungsrate der für diesen Zeitraum verfügbaren Erzeugungszahlen mit 12 multipliziert wird.

Regel 5

Zahlen über die Zinnerzeugung im Hoheitsgebiet eines Erzeugermittglieds für weiter als 42 Monate vor eine Neufestsetzung zurückreichende Zeiträume werden für die jeweilige Neufestsetzung nicht herangezogen; Zahlen über die Zinnerzeugung in Überwachungszeiträumen bleiben ebenfalls unberücksichtigt.

Regel 6

Der Rat kann die Vomhundertsätze derjenigen Erzeugermittglieder herabsetzen, die ihre nach Artikel 34 Absatz 1 festgesetzten zulässigen Ausfuhrtonnagen oder die von ihnen nach Absatz 2 jenes Artikels angenommenen größeren Mengen nicht ausgeführt haben. Bei der Beschlußfassung berücksichtigt der Rat als mildernde Umstände, daß das betreffende Erzeugermittglied einen Teil seiner zulässigen Ausfuhrtonnage so rechtzeitig nach Artikel 34 Absatz 2 freigegeben hat, daß die anderen Erzeugermittglieder wirksame Schritte zum Ausgleich des Fehlbetrags unternehmen konnten, oder daß das betreffende Erzeugermittglied, das eine nach Artikel 34 Absatz 5 bestimmte Menge nicht ausgeführt hat, seine gesamte nach Artikel 34 Absatz 1 oder 2 festgesetzte zulässige Ausfuhrtonnage ausgeführt hat.

Regel 7

Wird der Vomhundertsatz eines Erzeugermittglieds nach Regel 6 herabgesetzt, so wird der dadurch freigewordene Vomhundertsatz im Verhältnis der am Tag des Herabsetzungsbeschlusses gültigen Vomhundertsätze der anderen Erzeugermittglieder unter diese aufgeteilt.

Regel 8

Ungeachtet der vorstehenden Regeln wird der Vomhundertsatz eines Erzeugermittglieds während eines Zeitraums von 12 Monaten nicht um mehr als ein Zehntel seines Vomhundertsatzes zu Beginn dieses Zeitraums herabgesetzt.

Regel 9

a) Bei allen Maßnahmen, die der Rat nach diesen Regeln etwa plant, berücksichtigt er gebührend alle von einem Erzeugermittglied als außergewöhnlich angeführten Umstände und kann mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit auf die volle Anwendung dieser Regeln verzichten oder sie modifizieren.

b) Im Sinne dieser Regel und des Artikels 34 Absatz 1 können unter anderem folgende Umstände als außergewöhnlich angesehen werden: nationale Katastrophen, umfangreiche Arbeitsniederlegungen, die den Zinnbergbau für beträchtliche Zeit lähmen, längere Ausfälle der Energieversorgung oder der Hauptverkehrsverbindung zur Küste oder zu den in Anlage C aufgeführten Ausfuhrorten.

Rule 10

For the purposes of these rules, the calculation for Producing Members which are substantial consumers of tin derived from their domestic mine production shall be based on their exports of tin and not on mine production of tin.

Regel 10

Für die Zwecke dieser Regeln werden der Berechnung bei Erzeugermitgliedern, die wesentliche Verbraucher des aus ihrer einheimischen Zinnerzeugung gewonnenen Zinns sind, die Zinnausfuhren und nicht die Zinnerzeugung zugrunde gelegt.

Rule 11

In this annex the expression "the production of tin" shall be deemed to refer exclusively to mine production, and smelter production shall accordingly be ignored.

Regel 11

In dieser Anlage bezieht sich die Bezeichnung „Zinnerzeugung“ ausschließlich auf die bergbauliche Zinnengewinnung; die Schmelzerzeugung bleibt folglich außer Betracht.

Annex G

**Cost of the buffer stock
as estimated by the Chairman
of the United Nations Tin Conference, 1980**

The cost of acquiring and operating the buffer stock established under article 21 of this Agreement is estimated to be 35 Malaysian ringgit per kilogram.

Anlage G

**Kosten des Ausgleichslagers
nach Schätzung des Vorsitzenden der
Zinnkonferenz der Vereinten Nationen von 1980**

Die Kosten des Erwerbs und Betriebs des nach Artikel 21 errichteten Ausgleichslagers belaufen sich auf schätzungsweise 35 malaysische Ringgit je Kilogramm.

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Jamaika
über Technische Zusammenarbeit**

Vom 3. Januar 1984

In Kingston ist am 2. Dezember 1983 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Jamaika über Technische Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 12

am 2. Dezember 1983

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 3. Januar 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Jamaika über Technische Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung von Jamaika –

eingedenk der zwischen beiden Staaten und ihren Völkern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen,

in dem festen Wunsch, diese Beziehungen zu vertiefen,

in Anbetracht ihres gemeinsamen Interesses an der Pflege und Förderung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Staaten und

in Erkenntnis der Vorteile, die aus einer engeren Technischen Zusammenarbeit für beide Staaten erwachsen werden –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien werden sich bemühen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten in technischen Fragen auf den in Artikel 2 genannten Gebieten zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen.

(2) Die Vertragsparteien erklären ihre Absicht, auf der Grundlage und im Rahmen dieses Abkommens Vereinbarungen über einzelne Vorhaben zu schließen.

Artikel 2

(1) Die in Artikel 1 Absatz 2 genannten Vereinbarungen können vorsehen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Regierung von Jamaika bei der Errichtung von fachlichen Ausbildungsstätten und Mustereinrichtungen sowie im Zusammenhang mit anderen, von den Vertragsparteien von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Formen Technischer Zusammenarbeit unterstützt, und zwar

- a) durch die Entsendung von Lehr- und Fachkräften nach Jamaika als entsandtes Personal,
- b) durch die Bereitstellung von technischen Ausrüstungsgegenständen
und
- c) durch die Entsendung von Sachverständigen, Gutachtern und Beratern für bestimmte Vorhaben nach Jamaika als entsandtes Personal.

(2) Das gesamte in Absatz 1 Buchstabe a und c dieses Artikels aufgeführte im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland entsandte Personal wird im folgenden als „entsandte Fachkräfte“ bezeichnet.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird vor der Ausreise einer entsandten Fachkraft die Zustimmung der jamaikanischen Regierung einholen, indem sie den Lebenslauf der Fachkraft der jamaikanischen Regierung zur Zustimmung unterbreitet. Geht innerhalb von zwei Monaten keine ablehnende Mitteilung der jamaikanischen Regierung ein, so gilt dies als Zustimmung der jamaikanischen Regierung.

(4) Für jede gemäß Absatz 1 Buchstabe a und c entsandte Fachkraft trägt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Reisekosten nach, von und in Jamaika.

(5) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland trägt zu ihren Lasten die Kosten für

- a) Unterbringung der entsandten Fachkräfte und ihrer Familienmitglieder, soweit nicht die entsandten Fachkräfte die Kosten tragen,
- b) Transport und Versicherung des in Absatz 1 Buchstabe b genannten Materials bis zum Standort des Vorhabens.

Artikel 3

Aufgrund von Vereinbarungen nach Artikel 1 Absatz 2 wird sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bemühen, die Regierung von Jamaika zu unterstützen

- a) durch die Gewährung von Ausbildungsgelegenheiten für jamaikanische Praktikanten an technischen Ausbildungsstätten in der Bundesrepublik Deutschland oder in deutschen Industriebetrieben;
- b) durch die Förderung der technischen Fortbildung von jamaikanischen Fachkräften in der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 4

(1) Die Regierung von Jamaika wird

- a) auf ihre Kosten für die einzelnen Vorhaben in Jamaika erforderlichenfalls Grund und Boden sowie Gebäude nebst Zubehör zur Verfügung stellen;
- b) die Betriebs- und Instandhaltungskosten für die einzelnen Vorhaben tragen;
- c) auf ihre Kosten das für die einzelnen Vorhaben erforderliche einheimische Fach- und Hilfspersonal sowie, falls nötig, Dolmetscher stellen;
- d) dafür sorgen, daß nach angemessener Zeit geeignete jamaikanische Staatsangehörige bereitstehen, um die entsandten Fachkräfte zu ersetzen. Zu diesem Zweck wird sie eine angemessene Anzahl geeigneter jamaikanischer Staatsangehöriger benennen, aus denen die Ersatzleute für die entsandten Fachkräfte für eine Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland ausgesucht werden können, und sie wird gewährleisten, daß diese Personen nach befriedigendem Abschluß ihrer Ausbildung in der geförderten Einrichtung eingestellt werden.

(2) Weitere Vereinbarungen zu einzelnen Vorhaben können im Einklang mit Artikel 1 Absatz 2 getroffen werden.

Artikel 5

(1) Die Regierung von Jamaika wird im Rahmen von Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit und insbesondere solcher Vorhaben, für die nach Artikel 1 Absatz 2 Vereinbarungen geschlossen worden sind, die in der Anlage zu diesem Abkommen genannten Immunitäten und Vorrechte gewähren; die Anlage ist Bestandteil dieses Abkommens.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat das Recht und die Verpflichtung, die in der Anlage erwähnten Immunitätsrechte aufzuheben in Fällen, in denen die Immunität einem ordentlichen Gerichtsverfahren im Wege stünde und eine Aufhebung ohne Beeinträchtigung der Interessen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland erfolgen kann.

(3) Die Regierung von Jamaika wird den entsandten Fachkräften und ihren Familienmitgliedern einen Ausweis ausstel-

len, in dem die volle Unterstützung bei der Durchführung der ihnen übertragenen Aufgaben durch die zuständigen jamaikanischen Behörden zugesagt wird.

(4) Die Regierung von Jamaika wird die entsandten Fachkräfte bezüglich ihrer von deutschen Regierungsstellen gezahlten Vergütungen von Steuern und sonstigen Abgaben freistellen.

Artikel 6

(1) Bei Schäden, die eine entsandte Fachkraft im Zusammenhang mit der Durchführung einer ihr nach diesem Abkommen übertragenen Aufgabe einem Dritten zufügt, hält Jamaika die entsandte Fachkraft hinsichtlich aller derartigen Schadensfälle schadlos, jedoch mit der Maßgabe, daß diese Fachkraft ohne Zustimmung der jamaikanischen Regierung keine Schadensregelung treffen darf.

(2) Die entsandte Fachkraft haftet ungeachtet der Rechtsgrundlage eines derartigen Anspruchs gegenüber Jamaika nur im Falle von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

Artikel 7

Dieses Abkommen findet auch auf entsandte Fachkräfte Anwendung, die bei seinem Inkrafttreten bereits im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in Jamaika tätig sind.

Artikel 8

Die Vertragsparteien werden sich aufgrund einer besonderen Vereinbarung gegenseitig über Ausbildungs- und Arbeits-

pläne unterrichten, die für die Durchführung der Technischen Zusammenarbeit von Interesse sind.

Artikel 9

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Jamaika binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 10

Dieses Abkommen kann von beiden Vertragsparteien einvernehmlich geändert werden.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren. Danach verlängert sich das Abkommen jeweils um ein weiteres Jahr, es sei denn, daß eine der beiden Vertragsparteien es drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitabschnitts schriftlich kündigt.

(2) Auch nach Ablauf dieses Abkommens werden die nach Artikel 1 Absatz 2 vereinbarten Vorhaben bis zu ihrem Abschluß unter weiterer Anwendung dieses Abkommens durchgeführt.

Artikel 12

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Kingston am 2. Dezember 1983 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Richard Wagner

Für die Regierung von Jamaika
Edward Seaga

Anlage

Teil I

Immunitäten und Vorrechte, die der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland gewährt werden:

1. Befreiung von Zollabgaben

- a) auf unmittelbar von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder von Organisationen der Bundesrepublik Deutschland eingeführte und, bei Bedarf, wieder ausgeführte Güter zur Verwendung für in Jamaika im Rahmen dieses Abkommens durchgeführte Vorhaben; oder
- b) auf die Einfuhr von Druckerzeugnissen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, sofern solche Druckerzeugnisse zur Verwendung für Vorhaben im Rahmen dieses Abkommens unmittelbar von ihr eingeführt werden;

hierbei gilt jedoch, daß jede derartige Befreiung den von der obersten Steuerbehörde (Collector General) erlassenen Bestimmungen zum Schutz der Staatseinnahmen entsprechen muß.

2. Die Regierung von Jamaika wird sicherstellen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder Organisationen der Bundesrepublik Deutschland keine Steuern, Gebühren, Abgaben und Belastungen tragen, die neben Zollabgaben für die in Absatz 1 Buchstabe a und b aufgeführten Gegenstände anfallen.
3. Befreiung von Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen
 - a) in bezug auf unmittelbar von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder Organisationen der Bundesrepublik Deutschland für ihren amtlichen Gebrauch eingeführte oder ausgeführte Güter;
 - b) in bezug auf Druckerzeugnisse der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, sofern diese unmittelbar von ihnen ein- oder ausgeführt werden.
4. Das Recht, für von ihr übermittelte telegrafische Mitteilungen, soweit sie nur zur Veröffentlichung in der Presse oder im Rundfunk bestimmte Nachrichten enthalten (einschließlich Mitteilungen, die für Stellen außerhalb Jamaikas

bestimmt sind oder von dort ausgehen), von den ermäßigten Gebühren Gebrauch zu machen, die für entsprechende Pressetelegramme gelten.

Teil II

Immunitäten und Vorrechte, die den von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder den von Organisationen der Bundesrepublik Deutschland entsandten Fachkräften sowie ihren Familienangehörigen und Bediensteten gewährt werden:

1. (1) Vorbehaltlich der Bestimmungen unter Nummer 2 ist die entsandte Fachkraft von Zollabgaben für die Einfuhr und, bei Bedarf, für die Wiederausfuhr von
 - a) einem Kraftwagen für den persönlichen Gebrauch
 - b) persönlicher Habe und Hausrat für sie selbst und für ihre Familienangehörigen und Bediensteten sowie von
 - c) Medikamenten und besonderer Gesundheitskost in angemessener Menge für ihren persönlichen Gebrauch sowie für den persönlichen Gebrauch ihrer Familienangehörigen und Bediensteten befreit.
- (2) Die Bezeichnung „Familienangehörige“ bedeutet im Zusammenhang mit den in diesem Abkommen genannten Personen Ehefrau oder Ehemann, Kinder unter 23 Jahren und, soweit vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten anerkannt, andere Mitglieder des Haushalts.
2. Für die nach Nummer 1 gewährten Befreiungen gelten folgende Bedingungen:
 - a) die Befreiung nach Nummer 1 Absatz 1 Buchstabe a
 - i) gilt nur für Personen, die für sechs Monate oder länger nach Jamaika entsandt werden;
 - ii) wird spätestens sechs Monate nach der ersten Einreise der betreffenden Person in Jamaika für ihre Dienstzeit gewährt;
 - iii) unterliegt der Voraussetzung, daß im Falle des Verkaufs, der Verpfändung, Übertragung oder sonstigen Veräußerung des Kraftwagens, an eine Person, die keine Befreiung von Zollabgaben genießt, und die Abgabe des Kraftwagens innerhalb von drei Jahren nach seiner Einfuhr oder vor Beendigung der dienstlichen Verwendung der Person auf der Insel erfolgt, je nachdem was eher eintritt, die zum Zeitpunkt der Einfuhr des Kraftwagens geltenden Zollabgaben zu zahlen sind;
 - b) die Befreiung nach Nummer 1 Absatz 1 Buchstabe b wird spätestens sechs Monate nach der ersten Einreise der betreffenden Person in Jamaika für ihre Dienstzeit gewährt.
3. Die entsandte Fachkraft hat Anspruch auf
 - a) Immunität von der Gerichtsbarkeit in bezug auf die von ihr in Durchführung ihres Auftrags vorgenommenen Handlungen einschließlich mündlicher oder schriftlicher Äußerungen,
 - b) Immunität von Festnahme oder Haft in bezug auf von ihr in Wahrnehmung ihrer amtlichen Aufgaben vorgenommene Handlungen und
 - c) Immunität von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks.
4. (1) Vorbehaltlich von Gesetzen oder sonstigen Vorschriften über Zonen, zu denen der Zutritt aus Gründen der nationalen Sicherheit verboten oder eingeschränkt ist, wird der entsandten Fachkraft das Recht gewährt, sich in Jamaika frei zu bewegen und zu reisen.
 - (2) Unbeschadet der Bestimmungen der Nummer 3 haben die entsandte Fachkraft und ihre Familienmitglieder das Recht, Jamaika jederzeit zu verlassen.

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzübereinkommens über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken

Vom 3. Januar 1984

Das Zusatzübereinkommen vom 7. September 1956 über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken (BGBl. 1958 II S. 203) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 2 für

Bolivien	am	6. Oktober 1983
Guatemala	am	11. November 1983

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. Februar 1982 (BGBl. II S. 181).

Bonn, den 3. Januar 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Redies

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Niger
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 4. Januar 1984

In Niamey ist am 25. November 1983 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Niger über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 25. November 1983

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 4. Januar 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Niger
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Niger –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Niger,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Niger beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Niger, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt (Main), für das Vorhaben „Wasserversorgung Maradi“ einen Finanzierungsbeitrag bis zu 13 000 000,- DM (in Worten: dreizehn Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Niger zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Wasserversorgung Maradi“ von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt (Main), zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Beitrags sowie die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Niger stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in der Republik Niger erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Niger überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden

Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß sich bei den aus der Gewährung des

Finanzierungsbeitrages ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Niger innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Niamey am 25. November 1983 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, sowie jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Klaus Bald
Dr. Jürgen Warnke

Für die Regierung der Republik Niger

Ide Oumarou

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten
freilebender Tiere und Pflanzen**

Vom 5. Januar 1984

Das Übereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (BGBl. 1975 II S. 773) ist nach seinem Artikel XXII Abs. 2 in Kraft getreten für

Belgien am 1. Januar 1984

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Oktober 1983 (BGBl. II S. 690).

Bonn, den 5. Januar 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Redies

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Elfenbeinküste
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 6. Januar 1984

In Abidjan ist am 9. Dezember 1983 ein Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutsch-
land und der Regierung der Republik Elfenbeinküste
über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet wor-
den. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 9. Dezember 1983

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. Januar 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Elfenbeinküste
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Elfenbeinküste –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Elfenbeinküste,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen
durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festi-
gen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehun-
gen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung
in der Republik Elfenbeinküste beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermög-
licht es der Regierung der Republik Elfenbeinküste, von der
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, wenn nach
Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, für
nachfolgende Vorhaben Darlehen in der genannten Höhe zu
erhalten:

- Nationalbank für landwirtschaftliche Entwicklung
(Banque Nationale pour le Développement Agricole/BNDA)
Einrichtung einer vierten Kreditlinie für 10 Millionen DM
(zehn Millionen Deutsche Mark)

- Regenwasser- und Müllentsorgung in Provinzstädten
10 Millionen DM (zehn Millionen Deutsche Mark).

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge
sowie die Bedingungen, zu denen sie zur Vergütung gestellt
werden, bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wieder-
aufbau und dem Empfänger der Darlehen zu schließenden Ver-
träge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden
Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Republik Elfenbeinküste, soweit sie
nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der
Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher
Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer
aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garan-
tieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Elfenbeinküste stellt die Kredit-
anstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonsti-
gen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit
Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Ver-
träge in der Republik Elfenbeinküste erhoben werden, frei.

Artikel 4

Die beiden Regierungen treffen bei den sich aus der Dar-
lehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und
Gütern im See- und Luftverkehr keine Maßnahmen, welche die
gleichberechtigte Beteiligung der regulären Verkehrsunter-
nehmen mit Sitz in ihren jeweiligen Ländern erschweren und
erteilen gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Ver-
kehrsunternehmen erforderliche Genehmigung.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus den Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszusprechen, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Elfenbeinküste innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Abidjan am 9. Dezember 1983 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Rudolf Koppenhöfer

Für die Regierung der Republik Elfenbeinküste
A. Koné

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins
Vom 9. Januar 1984**

Die nachstehend bezeichneten Verträge des Weltpostvereins vom 26. Oktober 1979 (BGBl. 1981 II S. 674)

1. die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins nebst Anhang,
2. der Weltpostvertrag,
3. das Postpaketabkommen,
4. das Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen,
5. das Postscheckabkommen,
6. das Postnachnahmeabkommen,
7. das Postauftragsabkommen,

8. das Postsparkassenabkommen,
9. das Postzeitungsabkommen

sind für folgende Staaten in Kraft getreten:

Argentinien	am 11. November 1983, Nr. 1–7, 9
Jemen	am 26. Mai 1983, Nr. 1–4
Kuba	am 31. Oktober 1983, Nr. 1–3
Tschad	am 8. August 1983, Nr. 1–6, 8
Ukraine	am 22. August 1983, Nr. 1–3

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. September 1983 (BGBl. II S. 654).

Bonn, den 9. Januar 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Zusatzübereinkommens
zum deutsch-liechtensteinisch-österreichisch-schweizerischen
Übereinkommen im Bereich der Sozialen Sicherheit**

Vom 10. Januar 1984

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 9. September 1983 zum Zusatzübereinkommen vom 8. Oktober 1982 zum Übereinkommen vom 9. Dezember 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Fürstentum Liechtenstein, der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Bereich der Sozialen Sicherheit (BGBl. 1983 II S. 562) wird bekanntgemacht, daß das Zusatzübereinkommen nach seinem Artikel 3 Abs. 2

am 12. Dezember 1983
mit Wirkung vom 1. Juli 1982

in Kraft getreten ist.

Die letzte der vier Ratifikationsurkunden ist am 12. Dezember 1983 hinterlegt worden; das Dritte Zusatzabkommen vom 29. August 1980 zum deutsch-österreichischen Abkommen über Soziale Sicherheit vom 22. Dezember 1966 (BGBl. 1982 II S. 414), von dessen Inkrafttreten das Inkrafttreten des Zusatzübereinkommens abhängig ist, war am 1. Juli 1982 in Kraft getreten (BGBl. 1982 II S. 748).

Bonn, den 10. Januar 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum**

Vom 10. Januar 1984

Das Übereinkommen vom 14. Juli 1967 zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (BGBl. 1970 II S. 293, 295) wird nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Ruanda am 3. Februar 1984
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Oktober 1983 (BGBl. II S. 688).

Bonn, den 10. Januar 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung**

Vom 11. Januar 1984

Das Internationale Übereinkommen vom 7. März 1966
zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung
(BGBl. 1969 II S. 961) ist nach seinem Artikel 19 Abs. 2
für

Kamputschea,
Demokratisches am 28. Dezember 1983
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die
Bekanntmachung vom 8. Dezember 1983 (BGBl. II
S. 835).

Bonn, den 11. Januar 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt**

Vom 11. Januar 1984

Das in Paris am 16. November 1972 von der General-
konferenz der Organisation der Vereinten Nationen für
Erziehung, Wissenschaft und Kultur auf ihrer
17. Tagung beschlossene Übereinkommen zum Schutz
des Kultur- und Naturerbes der Welt (BGBl. 1977 II
S. 213) ist nach seinem Artikel 33 für

Luxemburg am 28. Dezember 1983
in Kraft getreten; es wird ferner für

Antigua und Barbuda am 1. Februar 1984
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die
Bekanntmachung vom 2. Dezember 1983 (BGBl. II
S. 800).

Bonn, den 11. Januar 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Islamischen Bundesrepublik Komoren
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 11. Januar 1984

In Moroni ist am 10. Dezember 1983 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Bundesrepublik Komoren über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 10. Dezember 1983

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. Januar 1984

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Islamischen Bundesrepublik Komoren
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Islamischen Bundesrepublik Komoren –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Bundesrepublik Komoren,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Islamischen Bundesrepublik Komoren

beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Islamischen Bundesrepublik Komoren, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für

Transport, Versicherung und Montage einen Finanzierungsbeitrag bis zu DM 1 700 000 (in Worten: eine Million siebenhunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge beziehungsweise Leistungsverträge nach der Unterzeichnung des nach Artikel 2 zu schließenden Finanzierungsvertrages abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages sowie die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrages zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Islamischen Bundesrepublik Komoren stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in der Islamischen Bundesrepublik Komoren erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Islamischen Bundesrepublik Komoren überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die

freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Das bei der Vergabe der Aufträge anzuwendende Verfahren wird in dem nach Artikel 2 zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrages zu schließenden Finanzierungsvertrag geregelt.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des

Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Islamischen Bundesrepublik Komoren innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Moroni am 10. Dezember 1983 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Rouette

Für die Regierung
der Islamischen Bundesrepublik Komoren
Said Kafe

**Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Islamischen Bundesrepublik Komoren
über Finanzielle Zusammenarbeit**

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 10. Dezember 1983 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
 - a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate.
 - b) Industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte.
Ferner Maschinen und Geräte für Wasserversorgungsanlagen.
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art.
 - d) Sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Islamischen Bundesrepublik Komoren von Bedeutung sind.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über technische Handelshemmnisse**

Vom 11. Januar 1984

Das Übereinkommen vom 12. April 1979 über technische Handelshemmnisse (ABl. EG 1980 Nr. L 71 S. 29) ist nach seinem Artikel 15 Nr. 15.6 für

Ägypten am 13. November 1983
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. April 1983 (BGBl. II S. 318).

Bonn, den 11. Januar 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Pariser Verbandsübereinkunft
zum Schutz des gewerblichen Eigentums**

Vom 12. Januar 1984

Die in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossene Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums (BGBl. 1970 II S. 293, 391) ist mit Ausnahme der Artikel 1 bis 12 nach ihrem Artikel 20 Abs. 2 Buchstabe c und Abs. 3 für

Tansania am 30. Dezember 1983
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. Oktober 1983 (BGBl. II S. 693).

Bonn, den 12. Januar 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Übereinkunft
zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel
Vom 12. Januar 1984**

Die Bekanntmachung vom 16. Juni 1953 (BGBl. II S. 150) zu der Übereinkunft vom 19. März 1902 zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel (RGBl. 1906 S. 89) wird dahingehend ergänzt, daß die Übereinkunft für Polen am 13. Mai 1932 in Kraft getreten war.

Sie wird ferner dahingehend berichtigt, daß Griechenland nicht Vertragspartei der Übereinkunft geworden ist, denn es hatte sie zwar am 19. März 1902 unterzeichnet, aber nicht ratifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Juni 1976 (BGBl. II S. 1085).

Bonn, den 12. Januar 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung
der Internationalen Atomenergie-Organisation
Vom 12. Januar 1984**

Die Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 26. Oktober 1956 (BGBl. 1957 II S. 1357; 1958 II S. 4) mit ihren Änderungen vom 4. Oktober 1961 (BGBl. 1963 II S. 329) und vom 28. September 1970 (BGBl. 1971 II S. 849) ist nach ihrem Artikel XXI Buchstabe E für

China am 1. Januar 1984
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Oktober 1982 (BGBl. II S. 950).

Bonn, den 12. Januar 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz - Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 54,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,65 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1983 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,70 DM (6,60 DM zuzüglich 1,10 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten, der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Genfer Fassung des Abkommens von Nizza
über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen
für die Eintragung von Marken**

Vom 13. Januar 1984

Die in Genf am 13. Mai 1977 beschlossene Fassung des Abkommens von Nizza vom 15. Juni 1957 über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken (BGBl. 1981 II S. 358) wird nach ihrem Artikel 9 Abs. 4 Buchstabe c für
die Vereinigten Staaten am 29. Februar 1984
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. November 1983 (BGBl. II S. 762).

Bonn, den 13. Januar 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele